

2. Die Methoden

2.1 Bei ihren Entwicklungsmaßnahmen wird sich die Gemeinschaft bemühen, einen politischen Dialog anzuknüpfen, der über bloße Verhandlungen über die zu finanzierenden Vorhaben hinausgeht. Wenngleich die Empfängerländer souverän über die Verwendung der ihnen von der Gemeinschaft zur Verfügung gestellten Mittel entscheiden können, hält es die Gemeinschaft für ihr Recht und ihre Pflicht, mit den Regierungen dieser Länder über Sinn und Zweck der von ihr geförderten Politiken zu dialogieren. Erste konkrete Erfahrungen mit der Dialogmethode werden gegenwärtig im Bereich der Ernährungsstrategien gesammelt.

Die Gemeinschaft ist ferner der Meinung, daß sie gemeinsam mit den AKP-Staaten erneut prüfen muß, wie die für die Durchführung der Hilfe notwendige Verwaltungsstruktur der Empfängerländer verbessert und die Gemeinschaftshilfe im wesentlichen nach den grundlegenden Entwicklungsprioritäten jedes einzelnen Landes sowie nach den gemeinsamen Prioritäten regionaler Zusammenschlüsse programmiert werden kann.

2.2 Zur Unterstützung der kohärenten Ernährungsstrategien wird sich die Gemeinschaft vorrangig der Nahrungsmittelhilfe bedienen, die, von Notfällen abgesehen, nicht Selbstzweck sein darf, sondern in die Entwicklungsaktion integriert werden muß.

2.3 Die Gemeinschaft wird die Nahrungsmittelhilfe durch eine nach den gleichen Kriterien bewilligte Finanzhilfe ergänzen, sofern alternative Hilfemodalitäten wie die Lieferung landwirtschaftlicher Produktionsmittel oder die Unterstützung von Agrarstrukturmaßnahmen geeigneter erscheinen.

2.4 Was die Kooperation auf Gebieten von gemeinsamem Interesse (Bergbau, Energie, Industrie, Fischerei usw.) anbelangt, wird sich die Gemeinschaft bemühen, das vorhandene Instrumentarium vollständiger und kohärenter zu nutzen oder im Rahmen von mit den Partnerländern abgestimmten Strategien zu reformieren. Die Kommission wird zu gegebener Zeit Mitteilungen zu diesen verschiedenen Themen vorlegen.

2.5 Die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten sind entschlossen, durch ständige Koordinierungs- und Harmonisierungsanstrengungen den Zusammenhalt und die Dynamik ihrer Aktionen zugunsten der Entwicklungsländer sowie die Kohärenz von internen und externen Politiken der Gemeinschaft einerseits und Entwicklungs- und Kooperationspolitik andererseits zu verstärken.

3. Institutioneller Rahmen

- 3.1 Die Gemeinschaft bestätigt die vorrangige Bedeutung, die sie den Kooperationsbeziehungen mit den AKP-Staaten im Rahmen der Abkommen von Lome beimißt. Sie wird die in diesem Rahmen unternommenen gemeinsamen Entwicklungsaktionen fortsetzen und ausweiten. Die Gemeinschaft erklärt sich bereit, ihre Beziehungen mit den AKP-Ländern in einem Rahmenabkommen von unbegrenzter Dauer zu verankern. Auf der Grundlage der mit diesen Ländern entwickelten institutionellen Strukturen wird sie sich bemühen, die Tendenz zur Verschärfung der Nahrungsmittelabhängigkeit und Armut umzukehren und zur Entwicklung dieser Länder beitragen. Die Gemeinschaft ist bereit, mit Gruppen dieser Länder Abkommen zu schließen, die den geographischen Gegebenheiten oder der Art der anstehenden Probleme spezifisch Rechnung tragen.
- 3.2 In der Erkenntnis, daß Stabilität und Wohlstand der Entwicklungsländer im Mittelmeerraum mit den politischen und wirtschaftlichen Eigeninteressen der Gemeinschaft eng verbunden sind, werden die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Entwicklung dieser Länder beitragen und ihre in den Kooperationsabkommen eingegangenen Verpflichtungen voll einlösen. Die Gemeinschaft ist ferner bereit, zu gegebener Zeit ihre Beziehungen mit den südlichen Anrainerstaaten des Mittelmeers durch ein interregionales Globalabkommen zu regeln.
- 3.3 Die Gemeinschaft ist bereit, die mit den Entwicklungsländern Asiens und Lateinamerikas geschlossenen Kooperationsabkommen in ihrer Substanz zu stärken, insbesondere durch die Dotierung einiger Abkommen mit den erforderlichen finanziellen Mitteln zur Durchführung von besonderen Aktionen von gemeinsamem Interesse.

Neben diesen Abkommen wird die Gemeinschaft ihre Entwicklungsaktion weiter auf die Bereiche konzentrieren, in denen sie durch finanzielle Unterstützung der ländlichen Entwicklung in den ärmsten Ländern zum Kampf gegen Hunger und Armut beitragen kann, damit ihre Hilfe vor allem den Ärmsten der Armen zugute kommt. Um die Wirksamkeit dieser Hilfe zu steigern, wird sich die Gemeinschaft um eine Mehrjahresprogrammierung ihrer Entwicklungsmaßnahmen bemühen.

- 3.4 Zahlreiche Entwicklungsmaßnahmen zur Förderung des Handels und des Aufbaus einer autonomen Industrie können nur dann voll wirksam sein, wenn sie für mehrere Staaten gemeinsam durchgeführt werden.

Daher wird die Gemeinschaft in ihren Kooperationsbeziehungen mit den verschiedenen Gruppen von Entwicklungsländern auch in Zukunft für die gebührende Berücksichtigung der regionalen Dimension der Entwicklungshilfe eintreten. Mehr noch als früher wird sie ihre Kooperationsinstrumente dieser Notwendigkeit anpassen, um die Komplementärwirkung ihrer Maßnahmen sicherzustellen und das wirtschaftliche Gleichgewicht der Regionen zu fördern.

- 3.5 Im multilateralen Rahmen wollen die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten die Wirksamkeit ihrer Beiträge in den multilateralen Einrichtungen für die Entwicklungsfinanzierung verstärken. Zu diesem Zweck werden sie die Grundsätze und Modalitäten einer "europäischen Haltung" in diesen Einrichtungen miteinander festlegen und gemeinsam durchführen. Hierzu müßte die Grundsatzfrage einer finanziellen Beteiligung der Gemeinschaft als solcher in einigen internationalen Finanzierungseinrichtungen geprüft werden.

In den Nord-Süd-Beziehungen und insbesondere den Globalverhandlungen wird sich die Gemeinschaft bemühen, zur Erreichung der vom Europäischen Rat im Juni 1981 festgelegten und später noch ausgeweiteten Ziele beizutragen.

4. Mittel

- 4.1 Die Gemeinschaft hat sich zum Ziel gesetzt, für die gemeinschaftliche Entwicklungshilfe ein Promille des Bruttosozialprodukts der Gemeinschaft bereitzustellen, und will dieses Ziel stufenweise in den nächsten 10 Jahren erreichen; auf diese Weise soll die Kontinuität ihrer Aktion unterstrichen und die Vorausschaubarkeit ihrer Hilfe verbessert werden.

4.2 Die Einheit und Kohärenz der Entwicklungshilfe der Gemeinschaft wird auch dadurch unterstrichen, daß die dafür bereitgestellten Mittel jetzt in einem Haushaltskapitel zusammengefaßt sind; bestimmend für diese Maßnahme war ferner das Bemühen um größere Flexibilität der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik in ihren beiden Teilbereichen:

- vertragliche Hilfe: das Instrumentarium des Abkommens von Lome und der Mittelmeerabkommen sowie weitere Instrumente, die im Rahmen der Kooperationsabkommen mit anderen Entwicklungsländern geschaffen werden;
- autonome Hilfe: Finanzierung von Maßnahmen der Nichtregierungsorganisationen - Hilfe für die nichtassoziierten Entwicklungsländer - Soforthilfe in der von der Kommission vorgeschlagenen Form - Nahrungsmittelhilfe und Hilfe für die Ernährungsstrategie - Hilfe für Programme der wissenschaftlichen Forschung zugunsten der Entwicklungsländer - Maßnahmen im Rahmen von Kooperationsabkommen, deren Finanzierung noch nicht vertraglich geregelt ist.

4.3 Die Gemeinschaft wird ferner alles daransetzen, den Kapitalzufluß in die Entwicklungsländer auch durch Inanspruchnahme der Kapitalmärkte und Förderung von Privatinvestitionen zu verstärken. Sie wird die Möglichkeit prüfen, ihre eigene Anleihekapazität direkt in den Dienst der Entwicklungsländer zu stellen.

Kurzfristig sollte eine großzügigere Auslegung des Artikels 18 der Satzung der EIB der Bank die Möglichkeit geben, sich in den durch Kooperationsabkommen mit der Gemeinschaft verbundenen Entwicklungsländern an Finanzierungen von gemeinsamem Interesse zu beteiligen.

4.4 In währungspolitischer Hinsicht ist zu bemerken, daß die Einführung des Europäischen Währungssystems und seines Währungsinstruments, der ECU, sich als Stabilitätsfaktor zugunsten einzelner Entwicklungsländer oder Ländergruppen auswirken kann, die sich auf dieses System beziehen wollen.

VII.

4.5 Im Bereich des Handels hat sich die Gemeinschaft vorrangig zum Ziel gesetzt, möglichst liberale und vorausschaubare Handelsregelungen festzulegen; dies gilt insbesondere, wenn diese Regelungen nach Verhandlungen mit den Partnerländern vertraglich fixiert worden sind.

4.6 Im Grundstoffsektor wird die Gemeinschaft sich wie bisher in den internationalen Gremien für eine Stabilisierung der Rohstoffmärkte einsetzen.

Die Gemeinschaft ist bereit, bei der Erneuerung des Abkommens von Lome mit den AKP-Staaten, das Stabex- und Sysmin-System sowie die Zucker-, Bananen- und Rumprotokolle nach den bisherigen Erfahrungen zu ändern, um ihre Wirksamkeit zu steigern.

EINLEITUNG

Die Entwicklungspolitik ist eine der wesentlichen Dimensionen des europäischen Aufbauwerkes.

Von Anbeginn hat die Gemeinschaft ihren Beitrag zur Entwicklung geleistet, der, bereichert um das Experiment der Abkommen, nach und nach die Dimensionen einer "globalen Politik der Zusammenarbeit im Weltmaßstab" annahm. Darin lag sie auf der Linie des von der Pariser Konferenz im Oktober 1972 ausgearbeiteten und in der Entschließung des Ministerrats detaillierten Orientierungsrahmens.

Diese Politik gewinnt ihre ganze Bedeutung durch das Ausmaß der institutionellen, finanziellen, technischen und handelspolitischen Mittel, die durch sie mobilisiert werden; sie ist zudem bedeutend durch die große Zahl der Partner, an die sie sich richtet; schließlich zeigt sich ihr Stellenwert in den neuen Wegen der internationalen Zusammenarbeit, die sie erforscht hat und nun beschreitet. Auf internationaler Ebene ist sie heutzutage der Ausdruck der europäischen Identität schlechthin und ein wesentlicher Faktor in der auswärtigen Politik der Gemeinschaft. In ihr manifestiert sich ein Wille zur Solidarität mit den am wenigsten entwickelten Ländern; sie verrät politisches, menschliches ebenso wie wirtschaftspolitisches Wissen um die Interdependenz der einzelnen Weltregionen, um die beiderseitigen Interessen der Industriestaaten und der Entwicklungsländer. Sie ist ein einmaliges Beispiel beständiger und kohärenter Aufgeschlossenheit gegenüber der Wirklichkeit der Welt. In Anbetracht der Tatsache, daß sie in Phasen ausgearbeitet und ergänzt wurde, und auch in Anbetracht der Tatsache, daß die internationale Lage sich einschneidend verändert hat, ist es an der Zeit, an ihr einige Anpassungen vorzunehmen; globale Überlegungen zu einer Bestandsaufnahme der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik sind jetzt angebracht, damit ihr Sinn und Zweck und die geographischen Zielrichtungen erneut bekräftigt sowie ihre Methoden und Instrumentarien den Erfordernissen angepaßt werden können.

Das Jahr 1982 ist das Jahr, in dem in der gemeinschaftlichen Politik so manche Weiche gestellt wird, und bietet somit einen willkommenen Anlaß.

Es gibt zahlreiche Gründe dafür:

- ① - Die kürzlich bekanntgewordene Bilanz der zwei ersten Entwicklungsdekaden zeigt, daß die eingesetzten Mittel unzureichend waren oder nicht richtig angewandt wurden. Aus einem gerade erstellten Bericht der Weltbank über die Länder Afrikas südlich der Sahara geht hervor, daß die Ergebnisse der Entwicklungshilfe in dieser Weltregion, in der Europa mit ganz besonderem Nachdruck seine Präsenz zu festigen versucht hat, noch enttäuschender sind als anderswo. Die Studienprojektionen von Welternährungsorganisation und -Rat lenken die Aufmerksamkeit auf bevorstehende Schwierigkeiten.
- Dauer und Verschärfung der Weltwirtschaftskrise sowie das Ausmaß der in Europa immer weiter um sich greifenden Arbeitslosigkeit lassen ein Fragezeichen über der Fähigkeit der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten erscheinen, ihren Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt zu steigern und zu verbessern; auf der anderen Seite wird immer deutlicher, daß kein anderer Weg aus der Krise herausführt, als die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums der Entwicklungsländer, das seinerseits durch die Weltwirtschaftskrise zum Stillstand kam.
- ① - Die Aussicht der Erweiterung der Gemeinschaft durch den Beitritt Spaniens und Portugals läßt nicht nur die Frage nach der künftigen Mittelmeerpolitik - sowie der Lateinamerikapolitik - der Gemeinschaft aufkommen, sondern gibt genau besehen auch einen Anstoß, darüber nachzudenken, ob es notwendig und vertretbar ist, daß Europa eine Politik betreibt, die darauf abzielt, das Gefälle des Lebensstandards zwischen seinen zentralen und peripheren Bereichen auszugleichen und gleichzeitig eine Politik zugunsten der Entwicklung der Mittelmeeranrainer zu verfolgen.
- Das Wissen und Bewußtsein aller dieser Probleme hat in Europa eine neue Dimension erlangt, seit das direkt gewählte Parlament ihnen in seiner Arbeit Vorrang einräumte, und seit es im Verlaufe mehrerer Debatten immer wieder den Aufruf an die Gemeinschaft ergehen läßt, die Mittel ihres Einsatzes zu steigern und insbesondere einen umfassenden Feldzug gegen den Hunger in der Welt anzutreten.

- Die gegenwärtigen Schwierigkeiten, auf die sie bei der Verwirklichung der gesteckten Ziele im Nord-Süd-Dialog (1) stößt, zwingen die Gemeinschaft, sich im Zusammenhang mit der Krise des Systems der multilateralen Zusammenarbeit ernsthafte Fragen zu stellen; diese Krise macht auch eine Überlegung über die Zukunft der direkten Beziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern und -gruppierungen dringender als je zuvor. Sie ist - was die Angelegenheit erst recht kompliziert macht - ein Zeichen für die beträchtlichen Unterschiede, die zwischen den einzelnen entwickelten Ländern herrschen, die aber wiederum allesamt vor der Notwendigkeit stehen, den Dialog mit dem Süden zu führen.
- Die Verwirklichung der anlässlich des Treffens von zweiundzwanzig Staats- und Regierungschefs in Cancún in Mexiko im Oktober 1981 geweckten Hoffnungen auf einen echten Nord-Süd-Dialog und Globalverhandlungen hat lange auf sich warten lassen. Ein Jahr danach muß man sich die Schwierigkeiten eingestehen, die dieses Unterfangen schon aufgrund seines Globalcharakters mit sich bringt, und man muß deshalb auf jeder einzelnen Ebene, bei der sich eine Möglichkeit dazu bietet, Antworten finden - dies um so mehr, als der Süden sich über die Tag für Tag weiter um sich greifende Ost-West-Auseinandersetzung Sorgen macht. Bleibt ihm der Weg in eine annehmbare Zukunft versperrt, so könnte er in Versuchung geraten, bei dieser Auseinandersetzung eine Negativrolle zu übernehmen, deren Folgen er nicht allein zu tragen hätte.
- Schließlich ist die Zeit reif, in Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den AKP-Staaten "die Maßnahmen zu prüfen, die nach Auslaufen des zweiten Lome-Abkommens ihre Beziehungen regeln werden". Diese Verhandlungen werden am 1. September 1983 eröffnet. Bevor diese Verhandlungen einsetzen und bevor die Kommission im ersten Halbjahr des Jahres 1983 dem Rat den Wortlaut eines Verhandlungsmandats vorschlägt, möchte die Kommission eine Debatte anregen, an der sich Parlament, Rat sowie der Wirtschafts- und Sozialausschuß beteiligen und nach deren Ablauf die Gemeinschaft die großen Linien bestimmt, an denen sie künftig ihre Entwicklungspolitik ausrichten wird. Auf diese Weise werden die Partnerländer genau über die hauptsächlichen Ziele, den Aktionsrahmen und die Mittel unterrichtet, über die Europa mit ihnen in Verhandlungen eintreten will.

(1) "Die Politik der Gemeinschaft und der Nord-Süd-Dialog", 1. vom Europäischen Rat im Juni 1981 angenommener Bericht und 2. vom Rat auf seiner Tagung vom 7. und 8. Dezember 1981 angenommener Bericht.

Mit dieser Bemühung um Klärung und Vertiefung der Probleme hat die Gemeinschaft die Absicht, den Erfordernissen einer geänderten internationalen Situation, den Bedürfnissen ihrer Partnerländer und dem Appell ihrer eigenen öffentlichen Meinung gerecht zu werden. Zudem wünscht sie die Voraussetzungen für eine Entwicklung zu schaffen, ohne die die Gefahr besteht, daß die wirtschaftliche und politische Krise der Welt sich so weit zuspitzt, daß jede Aussicht auf eine annehmbare Lösung zunichte gemacht wird.

I. BILANZ DER ZWEI ENTWICKLUNGSDEKADEN

Die Bilanz der zwei Entwicklungsdekaden gibt zwar Anlaß, zuversichtlich zu bleiben, verbietet aber jede Form von Schönfärberei.

Die Entwicklung der Dritten Welt

Die Bilanz gibt deshalb Anlaß zu Zuversicht, weil sich für eine Milliarde in den Entwicklungsländern lebender Menschen im Laufe von zwanzig Jahren das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen real nahezu verdoppelt hat; ein noch aussagekräftigeres Kriterium ist, daß sich die Lebenserwartung für Neugeborene in denselben Entwicklungsländern von 53 Jahren im Jahr 1960 auf 61 Jahre im Jahr 1979 erhöht hat; die Alphabetisierung von Erwachsenen hat zudem beträchtliche Fortschritte gemacht.

Doch die Kluft zwischen diesen Ländern mit mittlerem Einkommen und den ärmsten Ländern hat sich auf geradezu verheerende Weise vertieft; die Einkommensentwicklung in diesen ärmsten Ländern war kaum schneller als die Bevölkerungsentwicklung. Für mehr als zwei Milliarden Menschen (Indien und China eingeschlossen) machte das Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens in zwanzig Jahren real nicht mehr als 70 \$ aus; in derselben Zeitspanne nahm es in den Industriestaaten im Durchschnitt um 5 080 \$ zu! Im Verlauf der letzten Dekade mußten die ärmsten Länder Afrikas einen Rückgang ihres Jahres-Pro-Kopf-Einkommens um 0,4 % hinnehmen.

1980 lebten oder überlebten 750 Millionen Menschen, d.h. ein Drittel der Bevölkerung der Dritten Welt (China nicht eingeschlossen) in absoluter Armut. Millionen von Menschen sind unterernährt und Millionen von Kindern leiden Mangel, wodurch ihre Zukunft zunichte gemacht wird.

Insgesamt hat die Zunahme der Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern mit der demographischen Entwicklung Schritt gehalten, doch im südlichen Asien, in Mittelamerika und im Afrika südlich der Sahara nimmt die Zahl der Unterernährten ständig zu, wobei sich diese Tendenz in Afrika seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre verschärft. Zudem hat sich der Zustand der natürlichen Umwelt in der Dritten Welt in dem Zeitraum unaufhaltsam verschlechtert, was zu einer verstärkten Pauperisierung der Bevölkerungen beitrug.

Dieses weder konjunkturbedingte noch örtlich genau abgrenzbare Phänomen ist für Europa um so problematischer, als mehr als die Hälfte der allerärmsten Menschen privilegierte Beziehungen zu ihm unterhält. Ob Europa nun will oder nicht, es trägt in jedem Fall hohe Verantwortung.

Die ernährungswirtschaftliche Abhängigkeit der Entwicklungsländer insgesamt nimmt zu (Gründe sind die gestiegene Nachfrage der Länder mit mittlerem Einkommen, die beschleunigte Verstädterung in allen Entwicklungsländern und die Verschlechterung der natürlichen Bedingungen): Aus den 25 Millionen Tonnen an Getreidebruttoeinfuhren der ersten 60er Jahre sind in den Jahren 1978-1979 80 Millionen geworden, im Jahr 2000 drohen sie die 200-Millionen-Tonnen-Grenze zu überspringen. Zahlreiche Länder sind vor die Wahl gestellt, entweder Nahrungsmittel oder Erdöl einzuführen. Die Wahl wird nicht leichtfallen.

Soweit die aussagekräftigsten Zahlen. Man kann nicht den Anspruch erheben, mit ihnen allein die Entwicklung unseres Planeten in allen Einzelheiten festzuhalten. Insgesamt gesehen hat sich die internationale Lage nach und nach verschlechtert, selbst wenn sich dabei aus den Möglichkeiten des internationalen Systems für die am günstigsten gelagerten Länder eine Reihe von Chancen ergaben.

- So hat zum Beispiel das Vorhandensein eines liberalen Systems des Warenaustauschs, das trotz zunehmender Versuchungen, zum Protektionismus Zuflucht zu nehmen, in seinen wesentlichen Teilen aufrechterhalten werden konnte, es den in einem raschen Industrialisierungsprozeß begriffenen Ländern erlaubt, zwischen 1970 und 1980 ihre Ausfuhren von Verarbeitungserzeugnissen trotz abgeschwächter Weltnachfrage zu vervierfachen.

- Den erdölausführenden Ländern ist ein solcher Umschwung der Terms of Trade zu ihren Gunsten gelungen, daß sie die Kaufkraft ihrer Ausfuhren zwischen 1970 und 1980 um das 3,8fache erhöhen konnten. Der gegenwärtig unsichere Markt, die Entdeckung neuer Öllager und die Verschuldung der OPEC-Staaten dürfen nicht zu dem Schluß verleiten, daß eine wesentliche Tendenzwende bevorsteht. Die Besitzer der Erdöllager werden wohl weiterhin im Vorteil bleiben. Für die Besitzer anderer Bodenschätze gilt nicht

Cui
bonum?

das gleiche: Der Verfall der internationalen Marktpreise stellt die betroffenen Länder vor die schier unlösbare Aufgabe, ihre Volkswirtschaften im Gleichgewicht zu halten und die notwendigen Investitionen aufzubringen, denn gleichzeitig nimmt ihre Verschuldung unerträgliche Ausmaße an.

- Die unerwartete Flexibilität des internationalen Bankensystems hat es den erdöleinführenden Entwicklungsländern, die eine Verschuldung bis zu einem gewissen Maße verkraften können, erlaubt, den ersten Erdölschock ohne fühlbare Wachstumseinbußen aufzufangen; dies war jedoch nur möglich um den Preis einer zunehmenden Schuldendienstbelastung der Erlöse aus Ausfuhren von Gütern und Dienstleistungen: Im Verlauf der siebziger Jahre hat sich die Außenverschuldung der Entwicklungsländer versechsfacht und die aus dem Schuldendienst erwachsende Belastung verzehnfacht!

Insgesamt gesehen sind es jedoch die armen Länder, die durch die Verschlechterung der internationalen Konjunktur am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurden: Ihre Terms of Trade gegenüber den Industrieländern haben sich in dem Jahrzehnt 1970-1980 um 16 % verschlechtert; darunter hat ihre Kaufkraft auf dem Weltmarkt gelitten. Die Krise hat also die Unterschiede zwischen den Entwicklungsländern verstärkt; die armen Länder, an denen bereits der Wachstumsschub der 60er Jahre vorbeigerauscht war, sind nun von Minuswachstum bedroht.

Die öffentliche Entwicklungshilfe ist für diese Länder insofern von großem Gewicht, als sie dadurch, daß sie die wichtigste Quelle zur Finanzierung des Außendefizits ist, auch dessen jeweilige Grenze bestimmt. Real gesehen hat der Beihilfenstrom zwar zugenommen, doch reicht dies nicht aus, um die Auswirkungen der Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage von diesen Ländern abzuwenden: In zwanzig Jahren lag das reale Wachstum des Zustroms öffentlicher Entwicklungshilfe (2,7 % pro Jahr) kaum über der Rate des Bevölkerungszuwachses. Hinzu kommt, daß die Hilfe immer noch nicht den Bedürftigsten zufließt: 1979 machte die bilaterale Hilfe an Länder mit mittlerem Einkommen 12 Dollar pro Kopf aus gegenüber 5 Dollar für die armen Länder!

(1) Seit 1973 ist die Auslandsschuld der Entwicklungsländer praktisch auf das Fünffache gestiegen und erreicht heute fast 500 Mrd. \$. Dabei umfaßt dieser Betrag noch nicht die kurzfristigen Schulden. Hinzu kommt, daß zahlreiche Länder seit 1981 gerade diese kurzfristigen Finanzierungen massiv in Anspruch nehmen.
Die Auslandsschuld der Entwicklungsländer konzentriert sich vorwiegend auf die relativ reichen Länder. Die zehn Hauptschuldner - 5 Erdölnettoexporteure und 5 junge Industrieländer - vereinen 60 % der Gesamtschuld.

Man hat den Eindruck, als sei das Ziel der Hilfe nicht die Beendigung eines unerträglichen Zustandes, sondern im Gegenteil die Placierung von möglichst krisensicheren und einträglichen Investitionen. Diese paradoxe Streuung der Mittel ist aber zum Teil eine direkte Folge des Zustands der Unterentwicklung der armen Länder, aus dem sie ihnen heraus helfen sollte: Die in traditioneller Manier auf die Finanzierung von Investitionsprojekten zielende Entwicklungshilfe wird leichter von Ländern absorbiert, die bereits über eine gute Wirtschafts- und Verwaltungsinfrastruktur verfügen und in denen selbst konzipierte Politiken die Entwicklung der örtlichen Produktivkräfte begünstigen. Fest steht, daß die Geber der Hilfe bewußt oder unbewußt nicht immer die richtige Art und Methode gefunden haben, den Regierungen der armen Länder bei der Tätigkeit effizienter Investitionen, bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Verwaltungsmethoden und Entwicklungspolitiken unter die Arme zu greifen, die geeignet gewesen wären, eine Erschließung der heimischen Ressourcen einzuleiten.

Das Problem lohnt eingehendere Betrachtung. Wenn es mit Hilfe besonders umsichtiger Bemühungen und den üblichen Rahmen übersteigender Beziehungen nicht möglich wäre, bestimmte Länder ihrem Unterentwicklungszustand zu entreißen, und gelänge es nicht, auf diese Weise die elementarsten Infrastrukturen zu schaffen, könnte damit nicht die allerdringendste Ausbildung der Menschen bewerkstelligt und nicht eine gewisse Befähigung zur Selbstverwaltung erreicht werden, dann bliebe nichts anderes übrig als festzustellen, daß mit der Gewährung der Hilfe kein anderes Ziel verfolgt wird, als sie in ihrem bedrückenden Elend zu belassen. Wird eine bestimmte Schwelle der Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit unterschritten, entartet die Hilfe, denn sie unterhält nichts als einen schönen Schein und spricht von jeder Anstrengung frei. So gibt es Länder, die "außerhalb der Welt" ihr Dasein fristen, ohne begründete Hoffnung, daß ihnen je der Anschluß gelingt, obwohl ihnen aufgrund ihres Potentials bei richtiger Nutzung ein ganz anderes Schicksal zuteil würde.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß der wirtschaftliche Rückstand oder Niedergang der armen Länder auch auf die politische, soziale und militärische Destabilisierung zurückzuführen sind. Die Zunahme von Konflikten aus unterschiedlichsten Anlässen hat die Armut bestimmter Regionen und einzelner Bevölkerungsschichten (Flüchtlinge) verschärft, ohne daß es immer möglich wäre zu entscheiden, ob die Instabilität Ursache oder Folge der Armut ist. Sie ist sicher beides.

Es ist zudem frappierend festzustellen, daß sich die meisten internationalen Krisenherde in den letzten 20 Jahren im Raum der dritten Welt - ausgenommen der Nahostkonflikt - in den Zonen großer Armut entzündeten.

Setzt man jedoch diese Analyse fort, deren einzelne Elemente auf der Hand liegen, stellt sich die Frage nach den Zielen und Modalitäten der Entwicklungshilfe selbst. Sie hat nicht genügend berücksichtigt, daß die Entwicklungsländer und insbesondere die ärmsten unter ihnen schwachen und gebrechlichen menschlichen Wesen vergleichbar sind und daß wir vor allem ihr Recht im Auge haben müssen, als Persönlichkeit zu existieren. Entwickeln heißt nicht, einem Land ein wenn auch noch so begehrtes Gerät hinzustellen; entwickeln heißt, darauf hinzuwirken, daß eine Nation, eine Region oder eine Stadt das Bedürfnis nach einem solchen Gerät verspürt und daß dieses Bedürfnis sich entwickelt aus dem Willen, es zu bauen, und der Fähigkeit, mit ihm umzugehen.

Eine so verstandene Entwicklungshilfe brächte den Unternehmen der Geberländer vielleicht für die nächste Zukunft weniger große Aufträge ein, doch würde sie ausreichen, einen geringen Anteil der Bauinvestitionen für den Menschen selbst abzuzweigen, um zu einem gerechten Gleichgewicht zwischen der Verwirklichung eines Bauvorhabens und seinem tatsächlichen Nutzen zu gelangen.

Die internationale wirtschaftspolitische Zusammenarbeit

Die Entwicklungshilfe ist in ein internationales System eingebettet, was für sie, je nach Beschaffenheit dieses Systems, sehr wirksame oder auch nur mittelmäßige Ergebnisse bringen kann.

Eines der entmutigendsten Kapitel der Bestandsaufnahme dieser zwei Entwicklungsdekaden ist das Scheitern des Nord-Süd-Dialogs, der sich in dem Beinahe-Schiffbruch des Gipfels von Cancún, den in die Sackgasse geratenen Globalverhandlungen und der Krise der AID (1) niederschlägt.

Lang ist die Liste der Konferenzen, Charten und Entschließungen, die von UNCTAD I im Jahr 1964 über die CCEI (2) bis zum Gipfel von Cancún 1981 reicht; bedeutend kürzer ist dagegen die Liste der greifbaren Fortschritte. Die Vielfalt der verwendeten Organisationsformen (Sonderkonferenzen unter weltweiter Beteiligung, Konferenzen mit begrenzter Teilnehmerzahl, Gipfel...) tut nichts zur Sache und vermittelt höchstens den Eindruck, daß es sich dabei um schlichte Sachverständigentagungen ohne jegliche politische Zielsetzung handelt.

(1) Agency for international Development, US-amerikanische Entwicklungsbehörde, Unterorganisation der Weltbank.

(2) Conférence sur la Coopération Economique Internationale, Paris, 1975-1977.

Gewiß, Teilerfolge

konnten erzielt werden: so die Anpassung der Instrumente des Weltwährungsfonds an die Bedürfnisse der Entwicklungsländer (kompensierende Finanzierung, erweiterte Fondsfazilität ...), Aufstockung der Mittel der Weltbank, die Einrichtung eines allgemeinen Präferenzsystems, Schuldenerlaß... In den meisten Fällen jedoch sind diese Abkommen rein symbolischer Natur (gemeinsamer Fonds) oder sind rein rhetorischer Art (Entwicklungsstrategien).

Die Verantwortung dafür ist gerecht verteilt. Die Entwicklungsländer haben in dem legitimen Bestreben, die politische Einheit ihrer Gruppe zu fördern, eine Reihe von kategoriellen Forderungen vorgebracht, unter dem Deckmantel des Wunsches nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung, der, statt zu einer in sich schlüssigen Strategie aufgebaut zu werden, immer mehr in den Bereich der Visionen rückte. Durch Einführung der Politik in die Debatte, was vielleicht nicht zu vermeiden war, lösten sie politische Reaktionen und Wortgefechte aus, und gingen dabei das Risiko ein, daß das Dringendste vernachlässigt würde.

Die osteuropäischen Staaten haben sich stets aus der Nord-Süd-Debatte herausgehalten und zogen es vor, die Schwierigkeiten der dritten Welt als Folgeerscheinungen des Kolonialismus zu brandmarken und im bilateralen Bereich ihren militärischen und ideologischen Einfluß geltend zu machen, statt ihren Teil der Verantwortung am Aufbau eines multilateralen Systems der Zusammenarbeit zu übernehmen, wo sich ihr unzulängliches Gebaren hinsichtlich der Hilfeleistung und im handelspolitischen Bereich deutlich zeigen würden. Diese durch nichts zu rechtfertigende Haltung ist eine schwere Belastung für den Nord-Süd-Dialog. Sie funktioniert ihn in einen West-Süd-Dialog um und ist in vielen Teil der Welt Ursache für verheerende Situationen, bei denen die Entwicklungshilfe (West-Süd) und die ideologische und militärische Hilfe (Ost-Süd) aufeinanderprallen und die Ost-West-Konfrontation an die Stelle des Nord-Süd-Dialogs tritt, bis dann selbst die Entwicklungshilfe in ihrem Wesen verfälscht wird.

Die Vereinigten Staaten von Amerika, die im Gegensatz zu der UdSSR als Hauptakteure eines multilateralen Systems der Zusammenarbeit aufgetreten sind, messen der Ost-West-Dimension der internationalen Probleme ein solches Gewicht bei, daß sie in der dritten Welt nichts anderes mehr sehen als eine getarnte Austragungsstätte des Ost-West-Konflikts. So räumen die Vereinigten Staaten heutzutage im Rahmen ihrer Beziehungen zur dritten Welt den bilateralen Einflußbeziehungen Vorrang ein und scheinen zu übersehen, welchen beträchtlichen Beitrag sie

mit ihrer bedeutenden Finanzkraft und mit der Dynamik ihrer Volkswirtschaft zum Nord-Süd-Dialog leisten könnten.

Die Gemeinschaft hat ein wesentliches Interesse an der Stabilität des internationalen Systems, an der Zuverlässigkeit seiner Funktionsregeln und an der Vorausssehbarkeit seiner Verhaltensweisen. Da sie eine politische und kommerzielle Macht ist, hat sie ein natürliches Interesse daran, eine Organisation des internationalen Systems zu unterstützen, in der sich die Gesetzmäßigkeit der Interdependenz gegen jene des offenen Konflikts durchsetzt: Auf dieser Ebene treffen sich ihre Interessen mit denen der Entwicklungsländer. Europa und die Entwicklungsländer sind nur in einer Welt des Friedens Faktoren von Bedeutung. In einer Welt des Krieges besteht die wahrscheinliche Aussicht, daß ihnen die Rolle der Opfer oder der Schlachtfelder zufällt. Aus diesen Gründen kann sich die Gemeinschaft nicht mit einer endlosen Blockierung des Nord-Süd-Dialogs abfinden. Sie kann nicht hinnehmen, daß der Nord-Süd-Dialog (in dem es um Entwicklung geht) von der Ost-West-Auseinandersetzung (bei der es um Machtpolitik geht) aus dem Felde geschlagen wird.

Mit dem Aufbau eines Systems vertraglich verankerter Beziehungen zu bestimmten Entwicklungsländergruppen folgte die Gemeinschaft konsequenterweise dem Gebot der Einrichtung eines ausgewogeneren, sichereren und den Interessen aller gemäßerer Systems internationaler Beziehungen. Zwischen der Politik des Lome-Abkommens (die eine bestimmte Gruppe von Entwicklungsländern betrifft) und der Nord-Süd-Politik (die an alle Entwicklungsländer gerichtet ist) gibt es genügend Spielraum für eine intensivere Anwendung der Nord-Süd-Doktrin, die sich die Gemeinschaft zu eigen machte.

Zwei Entwicklungsdekaden sind vergangen, in deren Verlauf zweifelsohne beachtliche wirtschaftliche und technologische Fortschritte erzielt wurden, in deren Verlauf Millionen von Menschen einen nie dagewesenen Lebensstandard erreichten, in deren Verlauf der Frieden in der Welt trotz sich häufender lokaler Konflikte und unerhörter Ausgaben für die Rüstung bewahrt werden konnte - diese zwei Dekaden zeichnen sich durch einen Beinahe-Stillstand der Einkommen der armen Länder, durch die zahlenmäßige Zunahme der in extremer Armut lebenden und hungerleidenden Menschen, und durch die Unfähigkeit der Völkergemeinschaft aus, die Entwicklungsländer als gleichberechtigte und mündige Partner in ein wirksames System multilateraler Zusammenarbeit einzubinden. Das Wissen um dieses Versagen leitet die Kommission in ihren Vorschlägen über die Zukunft der gemeinsamen Entwicklungspolitik. Sie macht es der Europäischen Gemeinschaft, die mitten in der Krise steht, zur Auflage, Initiativen zu ergreifen, die die Wirksamkeit der von ihr bereits eingeleiteten Aktionen steigern und der Welt beweisen, daß es zwischen Nord und Süd die Möglichkeit für so etwas wie eine zwar ungleiche, aber solidarische Entwicklung zum Nutzen aller Beteiligten gibt.

II. BILANZ UND BESITZSTAND DER GEMEINSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

Im Jahr 1971 übermittelte die Kommission dem Rat ein Memorandum mit dem absichtlich voluntaristischen Titel "Memorandum der Kommission über eine gemeinschaftliche Politik der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern". Die Situation erforderte dies. Die Gemeinschaft hatte sich zwar bis dahin Instrumente für die Durchführung einer Entwicklungspolitik geschaffen, ohne jedoch ein politisches Konzept entworfen zu haben. Im Anschluß an den Impuls des Pariser Gipfels hat die Gemeinschaft die Palette ihres Instrumentariums noch erheblich erweitert, doch muß man sich auch heute noch die Frage stellen, ob die Gemeinschaftsaktion auf dem Gebiet der Entwicklung trotz ihres Instrumentariums und der vielfältigen Möglichkeiten tatsächlich die Kohärenz einer fundierten Politik erlangt hat.

Die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik läßt sich in der Tat in vier Gruppen mit jeweils eigenem historischen Hintergrund aufgliedern.

1. Lome ist die älteste und vollkommenste Ausformung entwicklungs- politischer Maßnahmen. Das auslösende Moment für Lome war der 1963 von achtzehn gerade in die Unabhängigkeit entlassenen afrikanischen Staaten artikulierte Wille, die kolonialen Bindungen an einzelne Mitgliedstaaten durch ein ausgehandeltes Abkommen mit der Gemeinschaft zu ersetzen.

Die Gemeinschaft betritt somit gestützt auf die entsprechenden Artikel des Römischen Vertrags völliges Neuland in den internationalen Beziehungen. In der ersten Zeit konnte wohl niemand ahnen, was für eine kräftige Statur das Abkommen im Laufe der Zeit und mit der sich häufenden Erfahrung erlangen würde, das zunächst nur als Schlußstrich unter eine gewisse Vergangenheit gedacht war und das seit Jaunde und Lome zu einer politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Struktur erstarken sollte, die ihresgleichen auf der Welt sucht.

Lome ist und bleibt deshalb ein System ganz eigener Prägung, weil darin privilegierte Beziehungen einer Gruppe von Industrieländern zu einer Gruppe von Entwicklungsländern auf der Grundlage eines Kollektivvertrags verankert sind, der gleichberechtigt ausgehandelt und paritätisch verwaltet wird, und der zugleich die handelspolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte dieser Beziehungen berücksichtigt. Seinen besonderen Charakter gewinnt das Abkommen auch dadurch, daß die Beziehungen über ein echtes institutionelles System laufen, an dem nicht nur die Exekutive, sondern auch die Parlamente beteiligt sind. Der Ministerrat AKP-EG und die paritätisch besetzte Beratende Versammlung AKP-EG sind Gremien, in denen sich zwei Ländergruppen einvernehmlich um die bestmögliche Umsetzung einer gemeinsam für fünf Jahre festgelegten Politik bemühen, die de facto jedoch fortgeschrieben werden kann.

2. Bei der Umsetzung ihrer Mittelmeerpolitik hat sich die Gemeinschaft eng an das Muster Lome gehalten. In einigen Punkten ist sie sogar noch weitergegangen, denn die Abkommen mit den Mittelmeerländern sind mit Ausnahme der Finanzprotokolle zeitlich nicht befristet, doch ist es ihr nicht gelungen, diesen Abkommen die Solidität und das politische Gewicht

eines Kollektivvertrags zu verleihen; die Mittelmeerabkommen sind nichts weiter als eine Reihe bilateraler Abkommen. Es ist sogar so, daß über diesen Abkommen gegenwärtig eine doppelte Ungewißheit schwebt: Einerseits zeigten die Umstände, unter denen die Abkommen angewandt wurden, bereits, daß die technischen und finanziellen Klauseln nur von geringem Wert sind, wenn die Handelsklauseln so wie bisher nicht strikt eingehalten werden. Andererseits könnten sich die Schwierigkeiten, die zu der gegenwärtigen Lage geführt haben, mit dem Beitritt von Spanien und Portugal noch verschärfen. Die Mittelmeerabkommen wurden als Instrumente der internationalen Beziehungen geschaffen und könnten im erweiterten Europa den ihnen zukommenden Rang nur beibehalten, wenn Europa die Kraft und den Willen aufbringt, eine globale Mittelmeerpolitik auf die Beine zu stellen, die aus diesem Raum eine der für ihr weiteres Schicksal wichtigsten Bühnen des politischen Geschehens macht.

3. Die sich aus den gemeinschaftlichen Politiken ergebenden Instrumente

(das allgemeine Präferenzsystem, die Beteiligung an den Warenabkommen und die Nahrungsmittelhilfe) sind aus der Fortsetzung der gemeinsamen Handels- und Agrarpolitik im internationalen Bereich hervorgegangen und gehören so zum Rüstzeug der Gemeinschaftsaktionen.

4. Das System der einseitig von der Gemeinschaft gewährten Hilfe: Dazu

gehören die Soforthilfen, die einer Solidaritätspflicht gegenüber Katastrophenopfern entspringt, ferner die Beteiligung an der Finanzierung von Vorhaben, die von Nichtregierungsorganisationen gefördert werden, deren Aktion ein Beweis dafür ist, daß die Entwicklungshilfe nicht nur Sache des Staates ist, und schließlich und vor allem die finanzielle und technische Hilfe an nichtassoziierte Entwicklungsländer, wobei dieser Haushaltstitel den Zweck nur ungenau umschreibt, da es sich um eine Hilfe handelt, deren Zielgruppe die ärmsten Länder Lateinamerikas und Asiens sind und deren oberstes Anliegen - abgesehen von der Förderung der regionalen Zusammenarbeit - eine Unterstützung der ernährungswirtschaftlichen Entwicklung ist.

*

* * *

Der Apparat als solcher ist sehr beeindruckend:

Unter dem Blickwinkel des Warenaustauschs betrachtet ist die Gemeinschaft der hauptsächliche Partner der Entwicklungsländer (1). Ihr Zollltarif ist im Durchschnitt einer der niedrigsten der Welt, und die Zölle auf Waren, die für die Entwicklungsländer besonders bedeutsam sind, wurden in den letzten 20 Jahren weit stärker ermäßigt als bei den übrigen Waren.

Die Gemeinschaft gewährt außerdem den Entwicklungsländern die meisten Handelspräferenzen der Welt: Einerseits gestatten die in höchstem Maße vollständigen Systeme (Lome, Mittelmeer) diesen Ländern, ihre Schwäche im internationalen Wettbewerb zu kompensieren; andererseits war das allgemeine Präferenzsystem, das die Möglichkeit bietet, aus hundert Ländern - und ganz besonders aus sieben davon - Einfuhren in derselben Höhe vorzunehmen, eine begrüßenswerte Neuerung. Die politische Wirkung hat dies zwar nicht verfehlt, doch bleibt die praktische Wirkung begrenzt, da je nach Begünstigtem unterschiedlich Gebrauch davon gemacht wird.

Finanziell gesehen mobilisiert die Entwicklungspolitik der Gemeinschaft Finanzmittel, die 1980 allein im Rahmen der öffentlichen Entwicklungshilfe 10 % der gesamten von den Mitgliedstaaten gezahlten Summe ausmachen (was wiederum 50 % der 1980 von den OECD-Ländern gezahlten Hilfe entspricht).

Die gemeinschaftliche Hilfe im eigentlichen Sinne hat sich unter mehreren Aspekten auf bemerkenswerte Weise entwickelt: Ihr Volumen hat sich in den siebziger Jahren real um 7 % erhöht; sie dürfte 1981 einen Jahresrhythmus von mehr als 1,5 Milliarden ECU gebundener Mittel erreichen. Was die Instrumente anbelangt, so hat sich die Diversifizierung rasch vollzogen: Zu den Abkommen EWG-AASM und EWG-AKP kamen hinzu: die Nahrungsmittelhilfe (30 % der gesamten Aufwendungen), die finanzielle und technische Hilfe (Artikel 930 des Haushaltsplans), die Hilfe über die Nichtregierungsorganisationen, die Soforthilfe, die Hilfe zur Absatzförderung und regionalen Zusammenarbeit... Die Folge war eine sehr deutlich geographische Diversifizierung: Nachdem die Finanzhilfe der Gemeinschaft Anfang der sech-

(1) Die Einfuhren von Fertigwaren aus den Entwicklungsländern machten 1980 1,35 % des gemeinschaftlichen BIP aus, gegenüber 1,13 % für die Vereinigten Staaten und 0,58 % für Japan (selbst bei Textilien ist der Öffnungsgrad des Marktes der Gemeinschaft zweimal höher als im Fall der Vereinigten Staaten und Japans); bei landwirtschaftlichen und ernährungswirtschaftlichen Produkten liegt der Öffnungsgrad entsprechend bei 0,90 %, 0,45 % und 0,47 %.

ziger Jahre noch nahezu ausschließlich nach Afrika ging, entfallen heutzutage auf Afrika 65 % (Durchschnittswert für die Jahre 1972 bis 1979) gegenüber 35 % auf die übrige Welt (1). Insgesamt liegt das gemeinschaftliche Hilfeaufkommen für die am wenigsten entwickelten Länder merklich über dem Durchschnitt der von den Mitgliedstaaten gewährten bilateralen Hilfen.

Bevor wir darangehen, Entwicklungsperspektiven für das System der Beziehungen Gemeinschaft-Entwicklungsländer vorzuschlagen, ist es angezeigt, ihre besonderen Merkmale sowohl gegenüber den von den Mitgliedstaaten unterhaltenen bilateralen Systemen als auch gegenüber den multilateralen Institutionen abzugrenzen, an denen die Mitgliedstaaten teilhaben und die sie finanzieren.

Die Gemeinschaft ist keine multilaterale Entwicklungsorganisation: Die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik ist Ausdruck der europäischen Identität und setzt geographische Schwerpunkte; sie ist zwar Ausdruck eines Solidaritätsgefühls gegenüber bestimmten Entwicklungsländern, folgt jedoch auch mit der Organisierung ihrer Beziehungen zu Ländern, von denen die Gemeinschaft aus Gründen der Versorgungs- und Absatzmarktsicherung abhängt, durchaus den eigenen Wirtschaftsinteressen. Hierin unterscheidet sie sich von den weltweiten oder multilateralen Einrichtungen.

Gleichzeitig besteht ein Unterschied zwischen der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik und den bilateralen Politiken der Mitgliedstaaten. So verstehen dies auch die Empfängerländer. Sie ist keineswegs eine elfte Politik, die sich zu zehn anderen hinzugesellt. Sie ist nicht der multilaterale, sondern kollektive Ausdruck einer Gemeinschaft, die weder die Zuständigkeitsattribute noch den Ehrgeiz eines Nationalstaates besitzt, die jedoch über große Möglichkeiten verfügt. Sie verfolgt politische Maßnahmen, deren Wirkung auf die Dritte Welt ohne Zweifel größer ist als diejenige ihrer Entwicklungspolitik. Im Verständnis der Partnerländer ist die Gemeinschaft voll verantwortlich tätig und gilt als der berufene Ort für eine Konzertierung und Koordinierung der Politiken und nationalen Standpunkte der Mitgliedstaaten.

(1) Zum Vergleich: Der Anteil Afrikas an den bilateralen Hilfen der Mitgliedstaaten liegt bei 45 %.

Die gemeinschaftliche Entwicklungspolitik macht sich immer mehr die grundlegenden Ziele zu eigen, die die öffentliche Meinung in Europa mit der Entwicklungspolitik verbindet. Damit sich Europa also in seiner kollektiven Aktion zugunsten der Entwicklung wiedererkennen und durch sie seinen Standort bestimmen kann, ist es erforderlich, daß sich in der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik deutlich erkennbar alle jene Prioritäten wiederfinden, für die das Europäische Parlament wiederholt und mit Nachdruck eingetreten ist, und zwar insbesondere in den Entschlüssen, die am Ende der Debatten über die Entwicklungspolitik und den Kampf gegen den Hunger in der Welt standen.

Von diesen spezifischen Merkmalen der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik ausgehend beabsichtigt nun die Kommission, dem Rat den Vorschlag zu unterbreiten, Ziele, Methoden und Instrumente der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik neu zu bestimmen.

III. ZIELE FÜR DIE ACHTZIGER JAHRE

Analysiert man die spezifischen Züge des gemeinschaftlichen Systems, so wie es im Laufe der Jahre gewachsen ist, sieht man sich veranlaßt, zwei Konzepte für eine gemeinschaftliche Politik gegenüber den Entwicklungsländern vorzuschlagen:

- das Hinwirken auf eine autonome (self-reliant) und auf Dauer (sustainable) angelegte Entwicklung dieser Länder, insbesondere der ärmsten unter ihnen, die während der zwei Entwicklungsdekaden leer ausgegangen sind;
- die Förderung über den üblichen Rahmen hinausgehender Formen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, sowohl auf der Ebene der direkten Beziehungen zwischen Europa und einzelnen bzw. in Gruppen zusammengeschlossenen Entwicklungsländern als auch auf der Nord-Süd-Ebene.

Die zwei Konzepte schließen einander keineswegs aus, sie eignen sich nur gut zur Charakterisierung von Aktionen, die zwar kohärent, aber nichtsdestoweniger sehr unterschiedlicher Art sind.

Auf die Bilanz der zwei Entwicklungsdekaden und die gesammelten Erfahrungen der Gemeinschaft stützt die Kommission ihre Überzeugung, daß die größere Spezifizierung der Gemeinschaftsaktion, die Bestimmung der prioritären Ziele und die Bereitstellung der dazu notwendigen Mittel in dieser doppelten Richtung zu bewerkstelligen ist.

Auf der Linie des soeben Gesagten schlägt die Kommission die Wahl folgender Hauptziele vor:

- für die entwicklungspolitische Aktion

- . die Entwicklungsländer in die Lage versetzen, autonome Entwicklungsmodelle zu entwickeln und umzusetzen sowie aktiv am internationalen Wirtschaftsprozeß teilzunehmen;
- . die Ernährungssicherheit der Bevölkerungen und gleichzeitige Hilfestellung bei der Erarbeitung und Umsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Förderung der für den Eigenverbrauch bestimmten Nahrungsmittelproduktion und der Umsetzung einer aktiven Politik der Entwicklung im ländlichen Milieu;
- . die Entwicklung der menschlichen Ressourcen;
- . die Entwicklung der autonomen Kapazitäten in der wissenschaftlichen Forschung und angewandten Technik sowie die Nutzung aller Sparten von Wissenschaft und Technologie für die Zwecke der Entwicklung;
- . die systematische Nutzung des gesamten natürlichen Ressourcenpotentials;
- . die Wiederherstellung und Erhaltung der ökologischen Gleichgewichte und die Eindämmung der Verstädterungswelle.

- für die internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit

- . die Schaffung und Vertiefung dauerhafter, vertraglich geregelter, auf Solidarität und beiderseitigen Interessen (gewerbliche Wirtschaft, Energie, Bergbau) aufbauender Beziehungen zwischen Europa und seinen Partnern;
- . die Einrichtung eines "neuen Systems auf den Grundsätzen der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteils aufbauender internationaler Wirtschaftsbeziehungen, zur Förderung des gemeinsamen Interesses aller Länder" (1) im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs;
- . die Unterstützung zur Festigung der Wirtschaftsbeziehungen der Entwicklungsländer untereinander ("Süd-Süd-Kooperation").

(1) Resolution 34/138 der Generalversammlung der Vereinten Nationen.

Die Gemeinschaft folgt dem in der Präambel zum Vertrag von Rom verankerten Auftrag, diese zwei komplementären Wege zur Erhaltung von Frieden und Freiheit zu beschreiten. Sie wird gleichzeitig die für die Verwirklichung dieses doppelten Zieles bereitstehenden Instrumente zum Einsatz bringen, denn die Entwicklungshilfe und die wirtschaftliche Zusammenarbeit können sich in vielen Fällen gegenseitig von Nutzen sein.

IV. DIE ENTWICKLUNGSPOLITISCHE AKTION: PRIORITÄTEN UND METHODEN

Die Bestandsaufnahme zu den zwei Dekaden gemeinschaftlicher Entwicklungspolitik und konkreter Aktion zeigt deutlich, daß die Gemeinschaft die Ziele, die sie sich selbst gesteckt hat, über eine qualitative Verbesserung der in den einzelnen Aktionsbereichen eingesetzten Mittel weiterverfolgen muß, wobei die nicht unwesentlichen quantitativen Aspekte nicht zu übersehen sind.

4.1 Aktionsmethoden

Eine Intensivierung der Entwicklungsaktion erfordert mehr als eine bloße Aufstockung der Mittel.

Diese ist jedoch bitter nötig: In einem kürzlich erstellten Bericht kommt die Weltbank zu dem Schluß, daß beispielsweise die den afrikanischen Ländern südlich der Sahara gewährte Hilfe im Laufe der achtziger Jahre real verdoppelt werden muß, nur um zu verhindern, daß das Pro-Kopf-Wachstum gleich Null oder negativ ausfällt.

Eine Verdoppelung der Mittel ohne einen Wandel in der Politik ist aber noch keine Erfolgsgarantie. In Anbetracht der gesammelten Erfahrungen und der Tatsache, daß die Welt und selbst die Entwicklungsländer einen Wandel durchgemacht haben, ist der Zeitpunkt für eine Denkpause gekommen.

Zu der quantitativen Unzulänglichkeit der Transfers kommt allzuhäufig die Unangemessenheit und in einigen Fällen eine gewisse Gefährlichkeit hinzu; die Nahrungsmittelhilfe ist zwar notwendig, wirkt sich jedoch zuweilen lähmend auf die örtliche Produktion aus und verändert die Konsumgewohnheiten um so mehr, als die Tendenz besteht, daß sie mit der Zeit zu nichts weiter als einer regelmäßigen Stützung der

Zahlungsbilanz wird; im Rahmen der Verwaltung ihrer Finanzhilfe neigen die Geber dazu, der Finanzierung von genau umrissenen Vorhaben den Vorzug zu geben, die jedoch nicht unbedingt den Bedürfnissen angepaßt und in das Wirtschafts- und Sozialgefüge des Empfängerlandes integriert sind; in solchen Fällen wird die Hilfe eher zu einer Förderung der Unternehmen der Industrieländer, als daß sie lokal die Entstehung eines Geflechts kleiner und mittlerer Betriebe bewirken würde; der auf diese Weise begünstigte Technologietransfer ist eher schädlich als einem echten Fortschritt förderlich.

Insgesamt gesehen und aufgrund mangelnder Lageanalyse bei der Hilfe von außen ist deswegen nicht immer die von Gebern und Empfängern erwartete Wirkung eingetreten: Die Hilfe muß zwar aufgestockt werden, doch gleichzeitig ist auch eine Anpassung erforderlich.

Die Länder der Dritten Welt haben auch ihr Scherflein zu dieser enttäuschenden Bilanz beigetragen: Hierher gehören die Schwierigkeiten im Management, die vorrangige Berücksichtigung des Staatsapparats, des städtischen Milieus, der Großprojekte und der im "Norden" herangebildeten Eliten; den meisten Regierungen, mit dem Handicap der Kurzfristigkeit behaftet, ist es nicht gelungen, ein politisches Konzept zu entwickeln und sich auch daran zu halten. Sie neigen im allgemeinen wenig zur regionalen Zusammenarbeit, und es fehlt ihnen weitgehend die Einsicht in die Notwendigkeit eines Warenaustauschs, der die nachbarliche Komplementarität begünstigt; so wählten sie sich vorzugsweise potente Partner zu Vorbildern und bemühten sich um privilegierte Beziehungen zu diesen, statt die zukunftsentscheidenden Faktoren bei sich selbst, in der eigenen Scholle, in der eigenen Kultur, bei ihren Nachbarn und bei ihrem eigenen Nachwuchs zu suchen.

Das Problem ist nicht durch ein Aufzwingen strengerer Bedingungen bei der Vergabe der Hilfen zu lösen. Genausowenig liegt eine Lösung darin, die ausschließliche Verantwortung für den Einsatz und die Verwaltung der gewährten Hilfe ausschließlich den Regierungen der Empfängerländer zu übertragen.

Zwischen den zwei Extremen der starren Bedingungen der Finanzierungseinrichtungen und der unverantwortlichen Aufgabe jeglicher Bedingungen müssen wir unbedingt die Wege eines politischen Dialogs zwischen den Gebern äußerer Ressourcen und den örtlichen Entscheidungsgremien finden, und vor allem muß dieser politische Dialog über ein bloßes Feilschen oder über eine technische Debatte über die zu finanzierenden Vorhaben hinausgehen.

Letzthin entscheiden die Regierungen der Empfängerländer der Gemeinschaftshilfe souverän über ihre Prioritäten und verfügen gleichermaßen über die eigenen Ressourcen und die ihnen von der Gemeinschaft vertragsmäßig zur Verfügung gestellten Ressourcen. Die Gemeinschaft dialogiert jedoch mit den Regierungen über Sinn und Zweck der Politiken, für deren Durchführung eine Hilfe beantragt wird. Es geht dabei um die Zweckmäßigkeit gemessen an den allgemeinen Zielen der Entwicklungspolitik der Gemeinschaft.

Abgesehen von den Fällen, in denen es um das Überleben der Bevölkerungen geht und eine umgehende Hilfe erforderlich ist, muß das Ziel der Gemeinschaft darin liegen, auf freier Entscheidung der Regierungen beruhende Politiken zu fördern, und zwar Politiken, die eine Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerungen, eine autonome und stetige Entwicklung der Volkswirtschaften und eine gesellschaftliche Entfaltung anstreben; dies ist die Umkehrung jeglicher Konditionalität, denn hier wird die Kontinuität der Anstrengung in der von der jeweiligen Regierung selbstgewählten Richtung zur einzigen Bedingung für die Fortsetzung dieser Hilfe.

Im Rahmen dieses Konzepts - das der Auslandshilfe und den internen Politiken eine größere Kohärenz verleihen soll - trägt allein die jeweilige Regierung die Verantwortung für die eingeschlagene Politik. Im Einvernehmen mit der Gemeinschaft und anhand einer Zielprojektion ortet sie die Schwierigkeiten, die möglicherweise bei der Umsetzung dieser Politik auftauchen können. Die Gemeinschaft verpflichtet sich, ihr bei der Überwindung dieser Schwierigkeiten behilflich zu sein, damit das einmal gefaßte politische Konzept weiterverfolgt werden kann.

Die Gemeinschaft verpflichtet sich auch, ihre Instrumente entsprechend flexibel und verfügbar zu gestalten, damit sie auf die Realität einer im Werdeprozeß begriffenen Politik eingestellt sind.

Auf beiden Seiten sind beträchtliche Anstrengungen auf die Ausarbeitung von Konzepten und die Organisation zu verwenden. In diesem Kontext wird die Gemeinschaft mit den Empfängern ihrer Hilfe überprüfen müssen, wie sie ihnen helfen kann, ihre Verwaltungskapazität zur Verwendung der Hilfe zu stärken und mit welchen Mitteln sich eine Programmierung der Gemeinschaftshilfe in erster Linie nach den wichtigsten Entwicklungsprioritäten eines jeden Landes und den gemeinsamen Prioritäten regionaler Zusammenschlüsse ermöglichen läßt.

Die Gemeinschaft hat diesen Weg eingeschlagen, als sie versuchsweise und nur einigen Ländern Afrikas eine Unterstützung ihrer Ernährungsstrategie vorschlug.

Angesichts der Schwierigkeit des Unterfangens wurde eine begrenzte Anzahl von Versuchen gestartet. Sie sind von der Kommission und den Mitgliedstaaten in gemeinsamer Verantwortung aufmerksam zu verfolgen.

Aber die heutigen Bemühungen um die Definition einer Ernährungsstrategie müßten in dem gleichen Sinne in anderen Bereichen fortgesetzt werden. Vor allem auf dem Energiesektor. Die direkten und indirekten Folgen der Ölrechnung der Entwicklungsländer sind inzwischen so hoch, daß die Energieautonomie zumindest den gleichen Preis hat wie die Ernährungsautonomie. Auch auf dem gewerblichen Sektor, wo vor der Exportförderung das einheimische Unternehmen in die Lage versetzt werden muß, den elementaren Inlandsbedarf zu decken, der heute noch unbefriedigt ist.

Das ist der Sinn einer Strategie, bei der die Hilfe nicht mehr ohne jeden Bezug zur Realität geleistet wird, sondern sich einer Politik unterordnet und deren Erfolgsaussichten auf diese Weise steigert.

4.2 Entwicklung und gegenseitiges Interesse

Neben den Bereichen, in denen die Auslandshilfe das Wachstum schwacher oder krisenanfälliger Wirtschaften ermöglichen soll, gibt es Bereiche, in denen die Entwicklungsmaßnahmen eindeutiger die Form eines Austauschs von Vorteilen annehmen können.

Vier Beispiele lassen sich anführen. Weitere können mit der Zeit auftreten, würden aber auf den gleichen Grundsätzen basieren.

Das erste betrifft die Fischerei. Die Gemeinschaft weist ein Defizit an Meeresprodukten für ihren eigenen Verbrauch und einen Überschuß an Produktionskapazitäten, d.h. an Fischereifahrzeugen auf. Unsere Partner unter den Entwicklungsländern ihrerseits kennen in der Mehrzahl das gleiche Ernährungsdefizit. Einige verfügen jedoch über bedeutende Ressourcen in ihren Hoheitsgewässern, ohne diese selbst rationell nutzen zu können.

Die ausländischen Schiffe üben ihre Fangtätigkeit allzuoft außerhalb einer wirksamen Kontrolle aus ohne angemessene Rücksicht auf die Wiederherstellung der Fischbestände und ohne ausreichenden Nutzen für die allgemeine Wirtschaft oder das Ernährungsgleichgewicht der Anliegerstaaten.

In den Fischereiabkommen, die die Gemeinschaft und mehrere AKP-Staaten in den letzten Jahren geschlossen haben, werden bei der Regelung der Beziehungen zwischen Anliegerstaaten und ausländischen Fangunternehmen bereits gewisse moralische Gesichtspunkte und die Wahrung des gegenseitigen Interesses berücksichtigt. Angesichts ihrer geringen Tragweite (im Verhältnis zu der geringen Fangtätigkeit der Gemeinschaft in den AKP-Gewässern) und der kleinen Anzahl von Vorhaben, die vom EEF oder aus anderen Aktionsmitteln der Gemeinschaft finanziert worden sind, bleibt das Problem einer vorsichtigen eigenständigen Entwicklung des Fischereisektors der Anliegerstaaten der Dritten Welt jedoch in vollem Umfang bestehen.

Auf der Basis des gegenseitigen Interesses wäre eine neue Politik zu definieren, bei der europäische Technik und Produktionskapazität in die Entwicklung des lokalen Fischereisektors und entsprechender Vermarktungswege integriert würden, wobei das Fangergebnis so auf den lokalen Markt, die Verarbeitungsindustrie und den Export verteilt würde, daß ein optimaler wirtschaftlicher Nutzen gewährleistet wird.

Der zweite weit wichtigere Bereich ist die Erschließung der Erzvorkommen der Entwicklungsländer, mit denen Europa privilegierte Beziehungen unterhält. Das Instrumentarium dafür ist vorhanden: das Sysmin beispielsweise und die Interventionsmöglichkeiten der EIB. Dennoch sind wir bisher nicht bis zu einer echten Politik durchgedrungen, obgleich die Problemstellung einfach ist: Von allen großen Industrieräumen der Welt ist Europa einer der ärmsten an Bodenschätzen; von allen großen Erzreserven der Welt ist Afrika am wenigsten erforscht und am wenigsten genutzt. Eine Aktion in dieser Richtung schließt keineswegs ähnliche Maßnahmen in Lateinamerika und Asien aus, wenn das gemeinsame Interesse es gebietet.

Das gemeinsame Interesse an einer intensiveren Nutzung der Ressourcen unter größeren Sicherheitsbedingungen und bei stärkerer Konzertierung kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine erste wenig ermutigende Analyse zeigt, daß es die Länder mit Erzlagerstätten nicht immer verstanden haben, ihre Bodenschätze zur Förderung der eigenen Entwicklung einzusetzen. Der Abbau der Erz- und Ölvorkommen bewirkte negative politische, soziale und wirtschaftliche Erscheinungen, die Auflösung des Staatsgebietes und den Niedergang der Landwirtschaft. Die ungeordnete Entwicklung der Weltmarktpreise ist hier nicht allein verantwortlich: Der Boden liefert Reichtümer, die nur Möglichkeiten darstellen, welche der Mensch in Wachstumsfaktoren umzuwandeln verstehen muß.

In den Ländern, die von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten Finanzhilfen erhalten, könnten sich außerdem die rationelle Bewirtschaftung der Ressourcen und die Auslandshilfe gegenseitig valorisieren und so ihre Wirkung vervielfachen.

Zwischen einem Land mit Bodenschätzen und der Gemeinschaft wäre eine Koordinierung der Gemeinschaftsinstrumente anzustreben, bei der die Nutzung der Bodenschätze, die Raumplanung und die Entwicklung gemeinsam konzipiert würden und die Versorgung der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten stärker gesichert wäre.

Nicht weniger wichtig ist der Energiesektor. Die Kommission ist der Auffassung, daß sich die Energieprobleme in den Industrieländern und den Entwicklungsländern oft in ähnlicher und komplementärer Weise stellen. Für die Dritte Welt, in der zwei Drittel der Weltbevölkerung leben, auf die aber nur 20 % des gesamten Energieverbrauchs entfällt, bedingen die Lösungen für die Energieprobleme nicht nur das Wirtschaftswachstum und die Anhebung des Lebensstandards, sondern auch das Überleben eines großen Teils der Bevölkerung.

Einige dieser Länder besitzen Energievorkommen, die oft unzureichend erschlossen sind, die aber zur Deckung eines Teils ihres Bedarfs und sogar zur Lieferung neuer Ressourcen an die Industrieländer beitragen könnten.

Aufgrund ihrer privilegierten Beziehungen zu einer großen Anzahl von Entwicklungsländern und der daraus resultierenden besonderen Verantwortung, bemüht sich die Gemeinschaft bereits um die Entwicklung einer Zusammenarbeit auf dem Energiesektor mit einigen Entwicklungsländern. Sie beabsichtigt, diese Zusammenarbeit künftig zu intensivieren.

Als viertes Beispiel ist die Industrialisierung zu nennen. Sie stellte einen Mythos für die Länder dar, die erst vor kurzem die Unabhängigkeit erreicht haben. Sie war nur in wenigen von ihnen erfolgreich, obwohl sie unter Mißachtung der Geschichte zur Priorität erhoben worden war: Im Westen war die landwirtschaftliche Entwicklung die Voraussetzung für die industrielle Entwicklung. In einigen Entwicklungsländern glaubte man, es ließe sich ein Szenario ohne die Rolle der Landwirtschaft denken. Die Enttäuschung war hart. Die Gemeinschaft hat angeboten, den Industrieprodukten einiger Entwicklungsländer ihre Grenzen zu öffnen. Als aber dann das eine oder andere Land mit ihrer Hilfe exportfähig war, wurde ihm der Zugang zum Markt beschränkt. Ein solches Verhalten läßt sich nicht ohne Gefahr wiederholen. Europa muß eine Politik der industriellen Entwicklung verfolgen, die der Entwicklung der Dritten Welt Rechnung trägt. Europa hat das Recht, seinen Markt nur begrenzt und gegen Bedingungen zu öffnen, muß sich aber gleichzeitig bemühen, seine eigene Wirtschaftsentfaltung nach voraussehbaren Zeitfolgen zu steuern. ?

Hier ist aber zu bedenken, daß die Industrialisierung der dritten Welt nach drei Gesichtspunkten erfolgen kann: Deckung des nationalen und regionalen Bedarfs, Verarbeitung der einheimischen Rohstoffe, Abbau der Rohstofflager durch billige Arbeitskräfte: Bisher hat man dem dritten den Vorzug gegeben. Die beiden ersten dagegen versprechen mehr Erfolg.

So treffen Entwicklung und Zusammenarbeit ergänzend zusammen, selbst wenn es zur Vereinfachung der Analyse notwendig ist, sie zu trennen. Bei ihrer Verwechslung wird das politische Vorgehen unverständlich. Setzt man sie in Widerspruch, werden die Anstrengungen unwirksam.

4.3 Anwendungsbereiche

Die Verwirklichung der grundlegenden Ziele der Kommission ist geographischen Zwängen unterworfen. Die Gemeinschaft kann in der Tat nicht den Anspruch erheben, in der Welt überall dort tätig zu werden, wo Bedarf nach Entwicklungsaktionen besteht. Die (sogar ständig zunehmende) Begrenztheit der Mittel erfordert, daß die Gemeinschaftsaktion auf solche Länder konzentriert wird, in denen der Erfolg weitgehend gewährleistet ist und das Gewicht der europäischen Präsenz, die bereits gesammelte Erfahrung und die in der Vergangenheit übernommene Verantwortung einen besonderen Grad der Verpflichtung schaffen.

Afrika kommt in dieser Rangliste der erste Platz zu, und die gemeinschaftliche Entwicklungsaktion hat vor allem den ärmsten der afrikanischen Länder zu gelten, deren Wirtschaftsresultate und Wachstumsaussichten in erschreckendem Kontrast zu dem anderswo in Afrika und der Dritten Welt Erreichten stehen.

In diesen armen Ländern leben 54 % der afrikanischen Bevölkerung südlich der Sahara. Bis Ende des Jahrhunderts werden aus den 190 Millionen Einwohnern im Jahr 1980 mehr als 330 Millionen geworden sein. Dagegen ist ihre landwirtschaftliche Pro-Kopf-Produktion in den letzten zehn Jahren bereits um rund 10 % zurückgegangen.

Die Getreideeinfuhren nahmen indessen entsprechend zu; inzwischen finanziert die Nahrungsmittelhilfe bereits mehr als 20 % dieser Einfuhren. Sie werden auf die Ernährung der Stadtbevölkerung verwendet, die der ländliche Bereich nicht mehr zu tragen vermag und die sich alle zehn bis zwölf Jahre verdoppelt (sie stellt bereits 20 % der Gesamtbevölkerung). Des weiteren verändern diese Einfuhren Konsumgewohnheiten und lassen ein artifizielles Wirtschaftsgebaren aufkommen - beides leistet dem Verstädterungsprozeß Vorschub, der außer Kontrolle zu geraten und in eine Katastrophe auszufernen droht.

Auch in den Ländern der Karibik und des Pazifik, in denen die Armut zwar nicht so krasse Formen annimmt und deren allgemein wirtschaftliche Entwicklung günstiger verläuft, geht die Tendenz auf eine Verschlechterung der Ernährungslage. Hinzu kommt, daß sie in ihren Entwicklungsanstrengungen durch die Insellage und in vielen Fällen durch die geringe Ausdehnung ihres häufig in Archipelen weit verstreuten Territoriums gehemmt werden.

Angesichts dieser Probleme muß die Gemeinschaft, die gemeinsam mit den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifik ein einmaliges Kooperationsmodell schuf, sich der ihr daraus erwachsenden Verantwortung stellen. Sie muß in Aktionseinheit mit den AKP-Staaten dieses institutionalisierte System als Hebel ansetzen, um eine Tendenzwende herbeizuführen und der ernährungswirtschaftlichen Abhängigkeit und der weiteren Verarmung Einhalt zu gebieten und die Voraussetzungen für eine auf Dauer angelegte Entwicklung zu schaffen, die der Interdependenz von Entwicklung, Umwelt, Bevölkerung und Ressourcen Rechnung trägt. Es gilt gleichermaßen, die Bodenschätze und Energieressourcen der AKP-Staaten zu erschließen und in den Dienst ihrer Entwicklung zu stellen, Formen einer Industrialisierung auf regionaler Basis zu fördern, die im internationalen Wettbewerb bestehen und gleichzeitig vor allem auf die inländischen Bedürfnisse eingestellt sind.

Ohne in irgendeiner Weise in die einzelnen Staaten hineinregieren zu wollen, muß die Gemeinschaft Afrika anhand ihrer Analysen und den von ihr ins Auge gefaßten Mitteln davon überzeugen, daß seine Zukunft in erster Linie an der Mobilisierung und der Entfaltung der Arbeit seiner Bauern, der fachgerechten Bewirtschaftung seiner endlosen ungenutzten Flächen und an der Erhaltung der gegenwärtig gefährdeten Vegetationsdecke hängt. Europa kann es nicht dabei bewenden lassen, seinen Geldsäckel lockerzumachen, es muß ihm gelingen, durch die Umsetzung eines politischen Konzepts endlich den Weg in eine lebenswerte Zukunft zu ebnen.

Ein weiteres bedeutendes entwicklungspolitisches Aktionsfeld: der Mittelmeerraum, der durch die Kooperations- und Assoziierungsabkommen, aber vor allem durch Geographie und Geschichte mit der Gemeinschaft verbunden ist. Die Gemeinschaft hat bei der Umsetzung ihres 1972 festgelegten Globalkonzepts und bei der Erfüllung der Assoziierungsabkommen den Willen bekundet, sich an der Entwicklung ihrer Mittelmeerpartner unter Respektierung von deren eigener politischer Orientierung zu beteiligen.

Der soziologische, ökologische und ökonomische Kontext ist nicht derselbe wie in Schwarzafrika, doch stehen auch hier beträchtliche Entwicklungsprobleme, insbesondere landwirtschaftlicher Natur an, die sich synchron zum Bevölkerungswachstum verschärfen. Die Lösung dieser Probleme liegt namentlich in einem neuen Impuls für die finanzielle Zusammenarbeit, die zwar in gar keinem Fall die von der Gemeinschaft im Rahmen der Abkommen eingegangenen handelspolitischen Verpflichtungen ersetzen kann, aber dennoch für die Präsenz der Gemeinschaft im Mittelmeerraum von grundlegender Bedeutung ist.

Was die Entwicklungsländer in Asien und Lateinamerika anbelangt, so zwingt das Ausmaß ihrer Finanzierungsbedürfnisse die Gemeinschaft dazu, sich auf Länder und Sektoren zu beschränken, deren Existenz von einem ständigen Strom öffentlicher Entwicklungshilfe abhängt: Die Gemeinschaft muß in der Tat ihre Präsenz in den Ländern aufrechterhalten, in denen ihre Hilfe im Verein mit der Hilfe anderer Geber zur Bekämpfung von Armut und Hunger beitragen kann. Die Kommission empfiehlt deshalb, daß die Gemeinschaft ihre auf die ärmsten Länder Asiens und Lateinamerikas abzielenden, weitgehend der Förderung der Entwicklung im ländlichen Bereich vorbehaltenen Hilfsprogramme ausbaut. Um dieser Art Aktion ein Höchstmaß an Wirksamkeit zu verleihen, wäre es nach Ansicht der Kommission wünschenswert, daß man den Weg einer Mehrjahresplanung einschlägt, und dies unabhängig von den Finanzmitteln, die dazu dienen, Kooperationsabkommen in die Tat umzusetzen, die die traditionellen Bindungen der Gemeinschaft an die Länder Lateinamerikas und Asiens bekräftigen (vgl. unten 5.3).

Zu diesen Direktbeiträgen kommen jene hinzu, die die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten den multilateralen Einrichtungen zur Finanzierung der Entwicklung zukommen lassen (Weltbank, AID, regionale Banken), die einen Großteil ihrer Mittel auf die Entwicklung in Ländern Asiens und Lateinamerikas verwenden. In Anbetracht der Gefahr, daß die Aktionskapazität dieser Einrichtungen beschnitten werden könnte, empfiehlt es sich für die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten, ihr Handeln aufeinander abzustimmen, um ihre Mittel aufzustocken und Einfluß auf ihre Aktionsweise zu nehmen.

V. SYSTEM DER ZUSAMMENARBEIT

Während sich die weltweite Interdependenz in den letzten zwanzig Jahren immer mehr verstärkte, verringerte sich die kollektive Fähigkeit, die Unsicherheit in den Griff zu bekommen, die das Gegenstück zu dieser Interdependenz darstellen müßte.

Die Gemeinschaft, die von allen großen Industrienationen am stärksten in das Netz der weltweiten wirtschaftlichen Interdependenz verwickelt ist, hat mit den Entwicklungsländern gemeinsam ein grundlegendes Interesse an dem Aufbau eines Systems der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, das den Partnerländern ein Mindestmaß an Sicherheit und Voraussesbarkeit bietet. Diese im gegenseitigen Interesse geführten Politiken sind die Ergänzung zu der Entwicklungsaktion, deren Ergebnisse in jedem Augenblick durch die Unsicherheit der internationalen Wirtschaftssituation gefährdet zu werden drohen.

Die Gemeinschaft stellt allein durch ihre Existenz und trotz ihrer Unvollkommenheit einen Aufruf zur Neuordnung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dar. Sie fordert dazu auf, das traditionelle Schema der Beziehungen zwischen den Staaten und Nationen progressiv durch ein System von Beziehungen zwischen regionalen Gruppen oder großen kontinentalen Zusammenschlüssen abzulösen, die ihre Wechselbeziehungen auf die Voraussesbarkeit und die Sicherheit des Vertrags stützen, der auf der Basis der Gleichberechtigung ausgehandelt und paritätisch verwaltet würde.

[Die Gemeinschaft, die weder Nation noch Staat, sondern lediglich Akteur auf der Weltbühne ist, darf ihre Beunruhigung über die derzeitige Entwicklung in den internationalen Beziehungen nicht verbergen. Sie befürwortet die Weiterführung des Nord-Süd-Dialogs für mehr Gerechtigkeit und kann nur bedauern, daß der Ost-West-Konflikt wieder zu dem einzigen Kriterium für die Rangfolge und Organisation der Mächte wird. Bedingungslos dem Abendland verbunden, dessen Werte sie hervorgebracht hat und bewahrt, kann die Gemeinschaft sich nicht damit begnügen, die Welt nur in Schwarz-Weiß zu sehen. Mit dem Einsatz für die Werte der Freiheit und mit der eigenständigen Entscheidung für das freie Spiel der Marktkräfte will sie ihr eigenes Weltbild

└┐verteidigen.

Das ist ihr ständiges Anliegen.

Das ist intern die Lebenskraft der Gemeinschaft, die auf der Grundlage der Verträge errichtet worden ist. Das ist das Ziel des Plans, das EWS zu einem Stabilitätsfaktor in der internationalen Währungsordnung zu erheben. Darin liegt auch die Daseinsberechtigung des gemeinschaftlichen Systems der Zusammenarbeit, dessen vollständigster Ausdruck heute das Abkommen von Lome darstellt.

5.1 Die Politik von Lome

Die Kommission wird dem Rat zu gegebener Zeit ihre Vorschläge für die Verabschiedung von Weisungen für die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den AKP-Staaten vorlegen, die am 1. September 1983 beginnen werden. Sie wird sich dabei an den in diesem Memorandum skizzierten Grundvorstellungen orientieren.

Aber schon heute schlägt die Kommission dem Rat vor, die vorrangige Bedeutung, die er den Kooperationsbeziehungen mit den AKP-Staaten beimißt, und seine Bereitschaft zu bekräftigen, die in diesem Rahmen in Angriff genommenen gemeinsamen Entwicklungsanstrengungen fortzusetzen und zu erweitern.

Dieser Rahmen der Zusammenarbeit dient dem Interesse der AKP-Staaten: Das haben sie gezeigt, als sie nach den Erfahrungen mit dem ersten Abkommen beschlossen, den Vertrag, wenn auch mit einigen Änderungen, zu erneuern. In einer Welt der Unsicherheit garantiert dieser Vertrag einen sicheren Zugang zum Gemeinsamen Markt und eine voraussehbare Finanzhilfe. Er kann und muß nicht nur als Sicherheitsfaktor, sondern auch als Entwicklungsinstrument verbessert werden.

Dieser Vertrag kann auch den grundlegenden Interessen der Gemeinschaft dienen, sofern sie fähig ist, ihre eigenen Wirtschaftsziele mit den Entwicklungszielen ihrer Partner, vor allem im Industrie-, Wissenschaft-, Energie- und Bergbaubereich, zu formulieren.

Die in dem Abkommen vorgesehenen Maßnahmen lassen sich jedoch nur über einen langen Zeitraum verwirklichen. Aus diesem Grund fragte sich die Kommission, wie diese Zusammenarbeit, auf die die Gemeinschaft und die AKP-Staaten offensichtlich großen Wert legen, die aber bei jeder Neuverhandlung förmlich wieder in Frage gestellt wird, eine größere Kontinuität erhalten kann.

Natürlich müssen auch weiterhin die Durchführungs- und Finanzbestimmungen des Abkommens in regelmäßigen Zeitabständen überprüft werden. Das heißt aber nicht, daß man alle fünf Jahre (1) sämtliche Bestimmungen erneut in Frage stellen und damit unnütz die Ziele, die Dauerhaftigkeit der Garantiemechanismen (2) und den sicheren Zugang zum Gemeinschaftsmarkt gefährden muß. Man provoziert unnötige Konflikte, wo doch jeder von Anfang an weiß, daß das Abkommen in der einen oder anderen Form erneuert werden wird.

Die Kommission schlägt daher vor, daß die Gemeinschaft sich bereit erklärt, mit den AKP-Staaten, die dies wünschen, ein Rahmenabkommen unbegrenzter Dauer auszuhandeln, in dem die Grundsätze, die Ziele, die wesentlichen Bestandteile und die Institutionen der Zusammenarbeit ein für allemal festgelegt werden. Hinzu kämen sektorale oder regionale Durchführungsprotokolle, deren Geltungsdauer dem jeweiligen Ziel entsprechen müßte. Auf diese Weise würde ein ausgewogenes Gleichgewicht zwischen der Kontinuität eines Abkommens, das einen wichtigen politischen Akt darstellt, und der Anpassungsfähigkeit seiner Instrumente an die jeweiligen Umstände und unterschiedlichen Situationen und Entwicklungen der AKP-Staaten gewährleistet.

Diese Kontinuität gäbe vor allem die Möglichkeit, unter günstigen Bedingungen eine Reihe von wesentlichen Entwicklungsmaßnahmen in Angriff zu nehmen, die nur über einen langen Zeitraum verwirklicht werden können. Der Kampf gegen das Vordringen der Wüste, die Erhaltung der Tropenwälder, die Nutzung der Bodenschätze, der Energievorkommen und der natürlichen Ressourcen, der Aufbau eigener Institute für die wissenschaftliche und technische Forschung, die Bekämpfung der großen Endemien sind Aufgaben, die die Gemeinschaft und die AKP-Staaten nicht übernehmen können, ohne sich gleichzeitig einen größeren

(1) Praktisch alle drei Jahre wegen der Dauer der Verhandlungen.

(2) Wie Stabex, Sysmin, Soforthilfen.

zeitlichen Spielraum als Fünfjahresabkommen zu geben, ohne sich die Möglichkeit zu schaffen, den Aktionsbereich über die nationalen oder sogar regionalen Grenzen hinaus auszudehnen.

Gerade diese langfristigen Aktionen werden von den Regierungen angesichts der dringendsten Aufgaben am ehesten vernachlässigt. Wenn die EWG-AKP-Zusammenarbeit ihnen hier nicht helfen würde, wenn die Mittel für diese großen Unternehmungen nicht grundsätzlich gesichert wären, so wären weitere Entwicklungsmaßnahmen bald sinnlos, da die natürliche Umwelt selbst zerstört worden wäre.

Was den geographischen Anwendungsbereich des künftigen Abkommens anbetrifft, so hofft die Kommission, daß die Voraussetzungen für den Beitritt von Angola, Mosambik und ein unabhängiges Namibia erfüllt sein werden.

Abgesehen von einer Ausnahme gehörte dann ganz Afrika südlich der Sahara zu der Gruppe der AKP-Staaten, ohne dabei all jene Länder der Kariben und der Pazifik zu vergessen, die von dem Abkommen eine eigenständige Vorstellung haben, an der sie in gewisser Weise festhalten wollen. Die Diversität, die sich in dem Anwendungsbereich des Abkommens widerspiegelt, spricht schon heute für eine regionalisierte Struktur des neuen Abkommens. Unter strenger Einhaltung des vorgeschlagenen Rahmenabkommens können an die Realität angepaßte Formen der regionalen Zusammenarbeit beträchtliche Vorteile bieten. Es wird weder die Aufgabe Europas noch des Abkommens sein, künstlich Regionen zu bilden. Aber das Europa der Gemeinschaft kann reich an seinen eigenen Erfahrungen für die regionale Zusammenarbeit günstige Voraussetzungen schaffen, von denen allein die Zukunft sagen kann, ob sie institutionell oder politisch Folgen haben können oder müssen.

In jedem Fall wird die Kommission zu gegebener Zeit vorschlagen, die spezifischen Maßnahmen zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit zwischen den AKP-Staaten untereinander oder zwischen diesen und anderen Entwicklungsländern des gleichen Raums zu intensivieren.

Außer für das südliche Afrika gilt dies beispielsweise für die europäische Aktion zur Entwicklung der Länder Mittelamerikas und des karibischen Raums, von denen einige der AKP-Gruppe angehören, oder für den Ausbau der Beziehungen mit den Mittelmeerländern.

5.2 Die Mittelmeerpolitik

Die Kommission unterbreitete dem Rat am 24. Juni 1982 eine Mitteilung über die Durchführung einer Mittelmeerpolitik der erweiterten Gemeinschaft (1). Heute, wo die Erweiterung um Spanien und Portugal bevorsteht, muß die Gemeinschaft bekräftigen, daß sie bereit ist, ihre früheren, vor allem handelspolitischen Verpflichtungen gegenüber den Mittelmeerländern einzuhalten. Die Handelspolitik der Gemeinschaft spielt eine unersetzbare Rolle, die noch wichtiger ist als die Finanzhilfe, die den betreffenden Ländern die Mittel an die Hand gibt, ihre eigene Entwicklung zu verwirklichen, die sowohl in der Industrie als auch in der Landwirtschaft von der Qualität der Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft bedingt wird.

Ohne eine solche Zusammenarbeit würde sich die Gemeinschaft der Gefahr einer ernsthaften Verschlechterung ihrer Beziehungen zu ihren Partnern im Mittelmeerraum aussetzen und damit ihre eigenen wirtschaftlichen und politischen Interessen gefährden. Die Finanzprotokolle, die heute nur die unerläßliche Ergänzung, nicht aber den Kern der Zusammenarbeit zwischen der EWG und den Mittelmeerländern darstellen, würden ihr dann zum Vorwurf gemacht und als das Alibi Europas erscheinen, um politische Entscheidungen mit negativen Folgen für seine Partner zu verschleiern.

Die Mittelmeerpolitik wäre jedoch solider und von größerer Tragweite, wenn das globale und kollektive Konzept der Gemeinschaft seine Entsprechung bei ihren Partnern fände: Die Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit den Mittelmeerländern bleibt bilateraler Natur wegen der Gegensätze, die bisher den Abschluß eines globalen Abkommens zwischen der Gemeinschaft und allen Ländern der Region nach dem Muster von Lome verhindert haben.

(1) KOM(82) 353 vom 24. Juni 1982.

Die Kommission schlägt dennoch als ein Zeichen für ihr Vertrauen in die Zukunft vor, daß die Gemeinschaft sich bereit erklärt, allen Mittelmeerländern einen kollektiven Vertrag anzubieten, sobald die Umstände dies zulassen werden. So würden sie mit ihr gegenüber den externen Mächten der Region einen gemeinsamen Willen nach Frieden und Unabhängigkeit in einem Rahmen bekunden, der ihre wirtschaftliche Expansion und die Begegnung ihrer Kulturen begünstigt.

Die Kommission unterschätzt weder die Schwierigkeit des Unterfangens noch die Zeit, die zu seiner erfolgreichen Verwirklichung notwendig sein wird, sie lehnt aber die Fatalität des Konflikts, der seit 40 Jahren das Mittelmeer zu einem Krisenherd macht, ab. Das Mittelmeer kann und muß wieder die wichtige Rolle übernehmen, die es früher gespielt hat. Es ist Aufgabe der Gemeinschaft, unablässig die Initiativen zu ergreifen, die allen Anliegerstaaten die Möglichkeit geben, ihre Gegensätze zu überwinden und ihre Komplementaritäten zu fördern. Gleichzeitig wären die institutionellen und praktischen Relationen zwischen unseren derzeitigen Abkommen und den sonstigen Formen der Zusammenarbeit zu intensivieren, die wir heute und in Zukunft mit der übrigen arabischen Welt aufnehmen werden.

*
* * *

Über die Entwicklungshilfe- und Handelspolitik hinaus muß die Aktion der Gemeinschaft in diesem Raum im Einklang mit ihrer Verantwortung vor der Geschichte darauf abzielen, die Voraussetzungen für einen Frieden zu schaffen, ohne den es für niemanden Reichtum noch Sicherheit gibt. Die Aktion der Gemeinschaft und der Mitgliedstaaten im Mittelmeerraum muß eine Priorität erhalten, die im Verhältnis zu dem politischen Einsatz steht. Die Gemeinschaft, deren Mitgliedstaaten und privilegierte Partner neun Zehntel der Küsten eines Meeres innehaben, dessen maritimer Raum aber praktisch dritten Mächten gehört, muß sich zwangsläufig weitgehend für das Gleichgewicht im Mittelmeer verantwortlich fühlen. Und dies verpflichtet.

(1) Einige Mitglieder der Gruppe N.S. machen die Kommission vor allem auf diesen letzten Satz aufmerksam.

5.3 Die vertraglichen Beziehungen zu den übrigen Entwicklungsländern

Die europäische Präsenz kann sich jedoch nicht auf Afrika, die Kariben, den Pazifik und das Mittelmeer beschränken.

Die Kommission erachtet es für notwendig, die Leitlinien der Gemeinschaftspolitik gegenüber den nichtassoziierten Entwicklungsländern zu präzisieren. Dieser Ausdruck des Gemeinschaftsjargons ist nicht sehr glücklich. Obgleich die AKP-Staaten oder die meisten Mittelmeerländer sich selbst nicht als assoziierte Länder betrachten, hat die Gemeinschaft die Gewohnheit angenommen, die Beziehungen, die sie zu den übrigen Ländern der dritten Welt unterhält, mit einem im wesentlichen negativen Etikett versehen.

Die Gemeinschaft hat ein Interesse daran, mit den Entwicklungsländern, die dies wünschen, stabile Beziehungen der Zusammenarbeit aufzubauen und gegebenenfalls auf diesem Umweg ihre regionale Zusammenarbeit zu fördern.

Was die Länder Lateinamerikas anbelangt, so können weder die geographische Ferne noch die vorübergehenden Spannungen den historisch gewachsenen Bindungen an die Länder der EWG etwas anhaben; der Stellenwert dieser Bindungen erfährt zudem durch die Aussicht der Süderweiterung der EWG sowohl für die Entwicklung der Länder Lateinamerikas als auch für diejenigen Europas eine erhebliche Steigerung.

Für sie und für die Entwicklungsländer Asiens, insbesondere der ASEAN-Gruppe und des Subkontinents, kann eine Steigerung der Hilfe an die am wenigsten entwickelten Staaten der Region und eine fortschreitend ausgewogene Zusammenarbeit mit den am weitesten fortgeschrittenen Staaten nur in eine Konsolidierung und Verstärkung der Entwicklung der Zusammenarbeit der letzten Jahre ausmünden. Die Gemeinschaft wird insbesondere fortfahren, die Förderung der von diesen Ländern eingeleiteten Bemühungen der regionalen Kooperation zu intensivieren.

Der vertragliche Rahmen der Kooperationsabkommen, wie sie beispielsweise mit den ASEAN-Länder, Indien, Brasilien und Mexiko bestehen, soll eine Intensivierung der Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Industrie sowie Konsultationen ermöglichen, die eine harmonische Entwicklung des Handels begünstigen.

Zu diesem Zweck erachtet die Kommission es für notwendig, daß sich die Gemeinschaft unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen um einen weiteren Ausbau dieser Abkommen bemüht, der den gemeinsamen Aktionen mehr Substanz und Kontinuität verleihen und die Handelsregelungen stärker vorausschaubar macht.

Die Kommission schlägt vor, die Möglichkeit in Erwägung zu ziehen, in die Kooperationsabkommen auf paritätischer Basis verwaltete finanzielle Bestimmungen aufzunehmen, um die gemeinsame Vorbereitung von Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele dieser Abkommen zu erleichtern (Durchführbarkeitsstudien, technische Hilfe, Industrie- und Absatzförderung, Vorbereitung von Investitionen und "joint ventures"....).

Mit diesem Weg bekundet die Gemeinschaft eindeutig, daß sie es ablehnt, in ihrer Politik der bilateralen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern eine Trennung nach "assozierten" und "nichtassozierten" Ländern vorzunehmen. Dieser Weg wird ihren Interessen und denjenigen ihrer Partner dienen, indem er eine stabile institutionelle Basis für die Kooperationsbeziehungen liefert, die sie mit bestimmten Regionen der Dritten Welt entwickeln möchte, die ihr weniger nahe stehen, denen gegenüber sie aber in keiner Weise gleichgültig bleiben will.

*

* *

So skizziert sich die Karte der Beziehungen, die die Gemeinschaft mit der Dritten Welt aus dem zweifachen Anliegen heraus - Zusammenarbeit und Entwicklung, gegenseitiges Interesse und Solidarität - entfalten will.

Die AKP-Staaten bilden schon heute mit der Gemeinschaft ein Ganzes, in dem die kollektive Aushandlung und Verwaltung der gemeinsamen Interessen, die Überschaubarkeit der Verpflichtungen und die Diversität der Instrumente künftig durch neue Bestimmungen gestärkt werden wird, welche Dauerhaftigkeit, Diversifizierung und Flexibilität im Dienst der Entwicklung gewährleisten.

An die Mittelmeerländer richtet Europa den Appell, ihre Konflikte zu überwinden, um sich selbst wiederzufinden und ihre Komplementaritäten zu entdecken. Das vorgeschlagene Unterfangen von historischer Bedeutung ist schwierig und langwierig. Es umfaßt die vielfältigen Aspekte von Entwicklungsanstrengungen, die gleichermaßen Südeuropa und Nordafrika betreffen, und von Kooperationsanstrengungen, die durch die neue Dimension Europas ihre ganze Bedeutung erhalten, aber auch besonders schwer zu verwirklichen sein werden.

Die Großräume der südlichen Welt, die die Unterentwicklung als historische Fatalität ablehnen und ungeheure Anstrengungen zu ihrer Überwindung unternehmen, fordern Europa auf, ihr Partner und manchmal ihr Zeuge zu sein. Mit ihnen kann eine auf dem gegenseitigen Interesse basierende Zusammenarbeit auch ohne den Einsatz großer Finanzierungsmittel die Entwicklung von Beziehungen ermöglichen, die für beide Seiten von Nutzen sind und dem Frieden in der Welt dienen.

So läßt sich das allgemeine System skizzieren, das die Gemeinschaft ihren zahlreichen Partnern vorschlagen kann, von denen jeder dennoch für die Gemeinschaft eine spezifische und eigenständige Realität bewahrt.

5.4 Die Aktion der Gemeinschaft auf multilateraler Ebene

In diesem Memorandum werden keine neuen Orientierungen gegenüber dem Dokument über die "Politik der Gemeinschaft im Nord-Süd-Dialog" vorgeschlagen, das von dem Europäischen Rat im Juni 1981 angenommen und im Dezember 1981 erweitert worden ist. Dieses Dokument bleibt nach wie vor die Basis der gemeinsamen Aktion der Gemeinschaft in den Gremien der Nord-Süd-Verhandlungen.

Jedoch gibt es einen Bereich an der Grenze der Nord-Süd-Politik und der Entwicklungspolitik, wo sich das Fehlen einer gemeinschaftlichen Politik und mehr noch jeder gemeinsamen Haltung der Mitgliedstaaten negativ bemerkbar macht: das sind die multilateralen Institutionen, die die Entwicklung finanzieren: Weltbank, AID, regionale Entwicklungsbanken, denen die Mitgliedstaaten dennoch aktive und kontinuierliche Unterstützung gewähren und die wesentliche Instrumente ihrer Präsenz in der dritten Welt darstellen.

Diese Einrichtungen haben seit nahezu zwei Jahren mit beträchtlichen Finanzierungsschwierigkeiten zu kämpfen, weil die amerikanische Regierung mehrere ihrer finanziellen Verpflichtungen in Frage gestellt hat. Die neue amerikanische Politik, die in einem im Februar 1982 veröffentlichten Regierungsmemorandum verankert ist, sieht auch eine stärkere Einflußnahme auf die Entwicklungspolitik dieser Finanzinstitute und die Blockierung neuer Projekte, z.B. die geplante Energiefiliale der Weltbank vor.

Die Kommission schlägt vor, daß die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft, deren Interessen durch eine solche Politik gefährdet sind, einvernehmlich die Grundsätze einer europäischen Haltung beschließen, die sie gemeinsam in diesen Finanzierungseinrichtungen vertreten werden. Die von der Kommission entwickelten Vorstellungen in dem Dokument über die "Finanzierungsprobleme der multilateralen Finanzierungseinrichtungen" vom 29. April 1982 stellen einen ersten Schritt in dieser Richtung dar.

Parallel zu einer besseren Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten würde eine finanzielle Beteiligung der Gemeinschaft als solcher an den multilateralen Einrichtungen zur Finanzierung der Entwicklungshilfe auch eine Stärkung des europäischen Einflusses ermöglichen.

VI. DIE MITTEL DER GEMEINSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

6.1 Die finanziellen Mittel: Volumen und Wachstum

Global gesehen ist die öffentliche Entwicklungshilfe, die von sämtlichen Mitgliedstaaten in bilateraler Form, über die Gemeinschaftskanäle oder über die multilateralen Einrichtungen gezahlt wird, bedeutend. Sie stellte 1981 die Hälfte der Hilfsleistungen der Länder des Entwicklungshilfesausschusses der OECD dar, d.h. die Hälfte der öffentlichen Entwicklungshilfe, die in den Industrieländern des Westens bereitgestellt wurde.

Die Mitgliedstaaten haben zwar ihre Hilfe im letzten Jahrzehnt real um jährlich 5 % erhöht, aber kollektiv noch nicht das Ziel von 0,7 % des BIP erreicht (1). Mit 0,52 % im Jahr 1981 haben sie sich diesem Ziel jedoch etwas genähert.

Die Gemeinschaftshilfe stellt approximativ 10 % der Gesamthilfe der Mitgliedstaaten dar, das sind also 0,5 pro Tausend ihres gemeinsamen BIP.

In Zukunft könnte es sein, daß die Gemeinschaftshilfe nur auf dem Wege von Verhandlungen mit den AKP-Staaten und den Mittelmeerländern und im Zuge der jährlichen Diskussionen über die Haushaltsdotierungen erhöht wird.

(1) das die Niederlande (1,08 % im Jahr 1981) und Dänemark (0,73 %) überschreiten.

Die Kommission ist jedoch der Auffassung, daß der Wille der Gemeinschaft, die Entwicklungspolitik zu einer wesentlichen Dimension des Europäischen Einigungswerks zu erheben, glaubwürdiger wäre, wenn sie sich ein Ziel setzen könnte, das die Entwicklung und die Progression der finanziellen Mittel, die sie global für die Entwicklungshilfe bereitzustellen beabsichtigt, steuern würde.

Ein solches Ziel könnte das Konzept der Verhandlungen mit den AKP-Staaten und gegebenenfalls anderen Entwicklungsländern insofern verändern, als die Grundsatzdiskussion über Zweck und Organisation der Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen größere Bedeutung erhielte als Verhandlungen über die Finanzierungsmittel, die - wenn auch nur förmlich - dennoch frustrierend sind.

Die Kommission schlägt vor, daß die Gemeinschaft sich zum Ziel setzt, ein pro tausend des BIP der Gemeinschaft für die gemeinschaftliche Entwicklungshilfe bereitzustellen, wobei dieses Ziel in den nächsten zehn Jahren in Etappen erreicht werden soll.

Bis dahin würde der Anteil der Gemeinschaftshilfe an den Gesamtanstrengungen der Mitgliedstaaten von 10 % (Stand von 1980) auf 14 % (1) steigen, falls die Mitgliedstaaten kollektiv das Ziel von 0,7 % verwirklichen.

Dieses Ziel ist ehrgeizig, aber nicht unrealistisch. Es gibt die Möglichkeit, die Gemeinschaftshilfe progressiv an die effektive Erhöhung ihrer Finanzierungskapazität anzupassen, ohne einen Zweifel an ihrer Bereitschaft aufkommen zu lassen, ihre Anstrengungen im Rahmen ihrer Mittel zu steigern. Es läßt ferner eine vernünftige anteilige Erhöhung der Gemeinschaftshilfe zu und bietet gleichzeitig den einzelnen Mitgliedstaaten weiten Spielraum bei der Entwicklung ihrer eigenen Politik.

Das Ziel ist politisch wichtig, da auf diese Weise der endgültige und progressive Charakter der Zusagen verankert wird. Es ermöglicht wegen der größeren Überschaubarkeit eine größere Wirksamkeit der Hilfe.

(1) oder 20 %, falls die Mitgliedstaaten ihre derzeitige Hilfe (0,5 % des BIP) nicht allmählich erhöhen.

Angesichts der Tatsache, daß die Entwicklungsmaßnahmen Kapital in einer Größenordnung erfordern werden, die die Haushaltsmöglichkeiten weit überschreitet, könnte die Gemeinschaft außerdem versuchen, ihre Finanzierungsinstrumente, die die Inanspruchnahme des internationalen Kapitalmarktes beinhalten, in größerem Umfang zugunsten der dritten Länder einschließlich der nichtassoziierten Länder einzusetzen.

Beim gegenwärtigen Stand der Dinge sind die EIB-Darlehen das einzige Instrument, das der Gemeinschaft zur Verfügung steht, um den Kapitalmarkt zugunsten der Entwicklungsländer in Anspruch zu nehmen. Die Kommission befürwortet eine großzügigere Auslegung von Artikel 18 der Satzung der EIB, damit diese die Möglichkeit erhält, außer in den AKP-Staaten und den Mittelmeerlandern auch in den durch Kooperationsabkommen mit der Gemeinschaft verbundenen übrigen Entwicklungsländern auf dem Energie- und Bergbausektor tätig zu werden, wenn eine solche Intervention dem gegenseitigen Interesse der Partner dient.

Die Gemeinschaft könnte ferner ihre eigene Anleihekapazität in den Dienst von Entwicklungsländern stellen, um die Finanzierung wirtschaftlich rentabler Investitionen im Bergbau- und Energiesektor zu sichern.

Ferner stellt sich für die Gemeinschaft die Frage, ob es angebracht erscheint, im Falle schwerwiegender Zahlungsbilanzkrisen in den Ländern, mit denen sie enge Beziehungen unterhält, selbst oder im Rahmen der zuständigen internationalen Gremien koordinierter zu intervenieren.

Die Kommission fordert ferner, daß die Rolle der Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern stärker präzisiert wird: Die Direktinvestitionen stellen zwar bei weitem keine Alternative zu der öffentlichen Hilfe dar, können aber dennoch eine wichtige komplementäre Rolle in dem Entwicklungsprozeß spielen, vorausgesetzt selbstverständlich, daß sie sich in die Entwicklungsprioritäten des Aufnahmelandes integrieren. Nach Auffassung der Kommission sollte die Gemeinschaft den Entwicklungsländern, mit denen sie Kooperationsabkommen eingeht, einen vertraglichen Rahmen zur Förderung der Privatinvestitionen in gemeinsamem Interesse vorschlagen. Dies setzt voraus, daß Rechts- und Finanzvorschriften zur Investitionsgarantie vereinbart werden, die die Privatinvestoren ermutigen und sie in der gleichen Weise wie das Aufnahmeland absichern. Zu diesem Zweck müßten die bisherigen äußerst allgemeinen Bestimmungen in den Abkommen zwischen der Gemeinschaft und einiger Entwicklungsländer oder Gruppen von Entwicklungsländern wirksamer angewandt werden.

Die Einführung des Europäischen Währungssystems und die Entwicklung der ECU geben der Gemeinschaft die Möglichkeit, den Entwicklungsländern und Ländergruppen, die dies wünschen, einen währungspolitischen Stabilitätsfaktor vorzuschlagen.

Für diese Länder könnte es von Vorteil sein, die Schwankungen ihrer Währungen gegenüber den europäischen Währungen in Grenzen zu halten und die ECU als Wechselkursreferenz zu wählen, wobei die gegenseitigen Fluktuationen zwischen den individuell an die ECU gebundenen Währungen gleichzeitig verringert würden, was zu einer größeren überregionalen Währungsstabilität beitragen würde. Diese Entwicklung würde durch den Ausbau des Europäischen Währungssystems begünstigt, durch den die ECU nach und nach die Eigenschaften einer Währung erhielte, d.h. gleichzeitig Rechnungseinheit, Transaktions- und Reservewährung würde.

Bereits heute bieten Banken und Finanzierungseinrichtungen der Mitgliedstaaten eine große Anzahl von Darlehen und Anlagemöglichkeiten in ECU an. Die dritten Länder können nunmehr ihre Handelsverträge und ihre Finanzgeschäfte in ECU abwickeln und diese gegebenenfalls zur Diversifizierung ihrer Währungsguthaben verwenden.

6.2 Die finanziellen Mittel: Haushaltseinheit und spezifische Instrumente

Die Kommission schlägt vor, daß sämtliche von der Gemeinschaft für die Entwicklungshilfe eingesetzten Mittel künftig in einem gleichen Haushaltsrahmen zusammengefaßt werden, der die Einheit und die Kohärenz der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik widerspiegelt. Für sämtliche Mittel würden auf diese Weise die gleichen Haushaltsverfahren und unter gebührender Berücksichtigung ihrer Spezifität die gleichen Kontrollen gelten, und sie wären Gegenstand der gleichen öffentlichen Aussprachen.

Das Budget der gemeinschaftlichen Entwicklungspolitik würde auf diese Weise insbesondere umfassen:

- die vertraglichen Hilfen zugunsten der AKP-Länder (1) und im Mittelmeer sowie diejenigen, die im Rahmen bestimmter Kooperationsabkommen mit anderen Entwicklungsländern oder Gruppen von Entwicklungsländern vorgesehen wären.
- die autonome Entwicklungshilfe der Gemeinschaft, wie:
 - . die Finanzierungen mit den Nichtregierungsorganisationen,
 - . die Hilfe an die "nichtassoziierten Entwicklungsländer", die praktisch eine Hilfe für die ländliche Entwicklung darstellt (ergänzend zu der regionalen Zusammenarbeit), und für die ärmsten Länder in Asien und Lateinamerika bestimmt ist;
 - . die Hilfe für die Energieprogrammierung
- die Material- oder Betriebshilfen, über die die Gemeinschaft verfügen können muß, um den Entwicklungsländern in Notsituationen helfen oder um Entwicklungspolitiken von Regierungen zu stützen, die außergewöhnlichen Schwierigkeiten gegenüberstehen (2).

Problematisch ist die Nahrungsmittelhilfe, die in dieser Kategorie das wichtigste Instrument der Gemeinschaft darstellt.

Nach den Mittelbindungen entfallen auf sie 40 % der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfe, die den Partnerländern nicht im Rahmen von Verträgen zur Verfügung gestellt werden.

(1) Dies impliziert also eine Übernahme des nächsten EEF (mit der Stabex- und Sysmin-Dotierung) in den Gemeinschaftshaushalt.
(2) Siehe "Unterhaltshilfe : warum und wie?", Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen vom 1. Juni 1982.

Die Kommission hat eine systematische Evaluierung der Auswirkungen der Nahrungsmittelhilfe auf die Empfängerländer vorgenommen und wird dem Rat aufgrund ihrer Schlußfolgerungen eine Neuorientierung vorschlagen. Generell wird es sich darum handeln, dafür zu sorgen, daß die Nahrungsmittelhilfe, abgesehen von Notfällen, kohärente Ernährungsstrategien unterstützt statt einen Selbstzweck darzustellen, wie es zu oft der Fall ist. Die künftige Nahrungsmittelhilfe müßte unter Bedingungen geliefert werden, die den Empfängerländern die Möglichkeit geben, die Hilfe in ihre Ernährungsstrategien einzuplanen. Voraussetzung dafür ist eine kontinuierlichere Bereitstellung der Nahrungsmittel, um eine optimale Wirksamkeit dieser Hilfe und möglichst durchschlagende entwicklungspolitische Auswirkungen im Einklang mit den nationalen Entwicklungsprogrammen zu erzielen.

Nach diesen Anpassungen wäre es jedoch paradox, daß dieses Instrument, das für die Entwicklung ein zweischneidiges Schwert darstellt, praktisch das einzige Instrument bleibt, das die Gemeinschaft autonom zur Stützung einer Ernährungsstrategie einsetzen kann, die durch außergewöhnliche Schwierigkeiten gefährdet würde, auf die die Regierung des Landes keinen Einfluß hat.

Die Kommission schlägt daher vor, die Nahrungsmittelhilfe durch eine Finanzhilfe zu ergänzen, die nach den gleichen Kriterien bewilligt würde, jedes Mal, wenn andere Interventionsmöglichkeiten und die Lieferung landwirtschaftlicher Produktionsmittel angebracht erscheinen (Lieferung von landwirtschaftlichen Inputs oder Stützung von Strukturmaßnahmen).

*

* *

Mit der Globalisierung und der Berechnung ihrer Hilfe nach einem Prozentsatz ihres BIP und der Festsetzung strenger und elastischer Verwaltungsregeln würde sich die Gemeinschaft die Möglichkeiten für ein besonders wirksames und eigenständiges Vorgehen im Nord-Süd-Dialog schaffen.

6.3 Handel und Rohstoffe

Angesichts der Bedeutung, die den Bedingungen für den Zugang zum Gemeinschaftsmarkt für die Exportsteigerung und das Wirtschaftswachstum der Entwicklungsländer zukommt, muß die Gemeinschaft über ihre Agrar-/Industrie- und Handelspolitik die Verantwortlichkeiten übernehmen, die ihr ihre Stellung als wichtigster Absatzmarkt für die Ausfuhren der Entwicklungsländer auferlegt. Das liegt auch eindeutig in ihrem Interesse, wenn man den Anteil der Entwicklungsländer im Außenhandel der Gemeinschaft berücksichtigt.

Die Gemeinschaft wird dennoch nur über einen begrenzten Spielraum für eine weitere Liberalisierung des Handels verfügen, solange die weltweite Wirtschaftskrise andauert. Sie hat unter den Industrienationen ihren Markt gegenüber den Ausfuhren der Entwicklungsländer bereits am weitesten geöffnet. Hinzu kommt, daß sie sich mit dem Beitritt Griechenlands und später Spaniens und Portugals darauf vorbereitet, ihren Handel mit drei Ländern vollständig zu liberalisieren, die von den internationalen Organisationen noch zu den "jungen Industrieländern" gerechnet werden.

In diesem Kontext muß die Gemeinschaft in erster Linie dafür sorgen, daß die Handelsregelung maximal überschaubar wird. Für die Partnerländer, für die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft und die Sicherheit ihrer Handelsbeziehungen ist dies weit wichtiger als dieser oder jener begrenzte Fortschritt in der Liberalisierung des Warenverkehrs.

Die Voraussehbarkeit der Handelsregelung ist vor allem dann zu garantieren, wenn diese Regelung vertraglich mit den Partnerländern festgelegt worden ist. In dem regionalen Rahmen der Präferenzabkommen scheinen die Erfolgsvoraussetzungen am ehesten erfüllt. Denn hier sind zwei wesentliche Faktoren gegeben:

- die Dauer der Verpflichtungen hinsichtlich des Marktzugangs (grundlegende Voraussetzung für neue Investitionen und neue Handelsströme). Im Falle der Mittelmeerländer wurden diese Verpflichtungen auf unbegrenzte Dauer eingegangen.
- die Eingliederung der Handelsbeziehungen in ein organisiertes Gefüge der wirtschaftlichen, industriellen, finanziellen (sogar währungspolitischen) Zusammenarbeit.

In einer solchen Perspektive würden sich die Handelsbeziehungen der Gemeinschaft, die sich auf die Erweiterung vorbereitet, je nach der Intensität (der bestehenden oder neu zu schaffenden) globalen Wirtschaftsbeziehungen mit jeder Region entwickeln:

- Beibehaltung der AKP-Präferenzregelung nach dem Muster der Regelung der Mittelmeerländer für einen längeren Zeitraum bei gleichzeitig stärkerer Konzertierung zur Vermeidung von Krisensituationen,
- Anstrengungen zur weiteren Öffnung des Marktes über das System der allgemeinen Präferenzen und zur Förderung des Handels im Rahmen von Kooperationsabkommen mit Entwicklungsländern oder Ländergruppen: Indien, Asean, Anden-Pakt,
- im Falle der fortschrittlichsten Entwicklungsländer Asiens oder Lateinamerikas schließlich würde der Handel künftig immer stärker auf der Basis einer abgestuften Gegenseitigkeit geregelt.

Die Voraussehbarkeit der Handelsregelung interessiert in erster Linie die Ausfuhrländer von Agrar- und Industrieprodukten, die mit europäischen Erzeugnissen konkurrieren.

Die Entwicklungsländer, deren Wirtschaft von der Ausfuhr von Rohstoffen abhängt, sind ihrerseits Opfer der unsicheren Marktverhältnisse, die in Krisenzeiten durch konjunktur- und zufallsbedingte Schwankungen von Angebot und Nachfrage hervorgerufen werden.

Die Gemeinschaft muß sich weiterhin aktiv an der Suche nach wirksamen Mitteln zur Verringerung der Schwankungen der Rohstoffpreise beteiligen, die zahlreiche Entwicklungsländer stark benachteiligen und in oft unzulässiger Weise ihre Wirtschaftsplanung beeinträchtigen.

Sie wird dies entweder auf internationaler Ebene durch Teilnahme an den Verhandlungen über die Rohstoffabkommen oder auf regionaler Ebene durch Erarbeitung geeigneter Lösungen mit den unmittelbar betroffenen Verbraucher- und Erzeugerländern tun.

Die Kommission hat bekanntlich bereits als neues Instrument zur Stützung der Ernährungsstrategien der Entwicklungsländer, die bei ihren Getreideimporten nicht ausschließlich von der Nahrungsmittelhilfe abhängen, langfristige Abkommen vorgeschlagen, die den Entwicklungsländern die Möglichkeit bieten, ihre Getreideversorgung zu Handelsbedingungen zu sichern und die damit die Grundlage ihrer Ernährungsstrategien bilden könnten.

Die Kommission ist ferner entschlossen, die Beibehaltung des Stabex- und Sysmin-Systems, der Zucker-, Bananen- und Rumprotokolle zugunsten der AKP-Staaten vorzuschlagen, gegebenenfalls nach ihrer Überarbeitung im Lichte der Erfahrungen, um ihnen eine größere Wirkung zu verleihen. Sie wird dem Rat zu diesem Zweck Vorschläge im Rahmen der Vorbereitung der Verhandlungen mit den AKP-Staaten unterbreiten, die 1983 aufgenommen werden müssen.

Im Rahmen von UNCTAD VI müßte die Gemeinschaft den übrigen Industrieländern vorschlagen, mit ihr zusammenzuarbeiten, um auf diese Weise das Stabex-System auf die gesamte Gruppe der am wenigsten entwickelten Länder auszudehnen.

6.4 Koordinierung und Kohärenz der Politiken

Die Kooperationsbeziehungen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zu den Entwicklungsländern spielen sich auf drei Ebenen ab, ohne daß die Kohärenz des Ganzen immer gewährleistet ist: Das sind

- die gemeinsamen nationalen Politiken, die unmittelbar in der einen oder anderen Weise die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern beeinflussen (gemeinsame Agrarpolitik, Europäisches Währungssystem, Energiepolitiken, Industriepolitiken, Ausfuhrkredite ...).
- die Euro-Süd-Ebene, d.h. die bilateralen Kooperationsbeziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern oder vorzugsweise Gruppen von Entwicklungsländern (Lome, Mittelmeer-Abkommen, System der Allgemeinen Präferenzen, Kooperationsabkommen Indien, Brasilien, Asean..).
- die multilateralen Beziehungen, die die Gremien der Nord-Süd-Verhandlungen, in denen sich die europäische Identität stark bestätigt hat, sowie die internationalen Finanzeinrichtungen umfassen, an deren Finanzierung sich die Mitgliedstaaten beteiligen, ohne dort den Einfluß auszuüben, den sie im Falle einer stärkeren Koordinierung ihrer Maßnahmen haben könnten.

Die Kommission hält es für unumgänglich, daß die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten durch ständige Koordinierungs- und Harmonisierungsanstrengungen den Zusammenhalt und die Dynamik ihrer Aktionen auf jeder dieser drei Ebenen sowie die Kohärenz des Ganzen im Dienste der Ziele der Entwicklungs- und Kooperationspolitik verstärken.

Die Kommission ihrerseits wird sich nachdrücklich für die Kohärenz der internen und externen Politiken der Gemeinschaft mit der Entwicklungspolitik einsetzen.

Sie beabsichtigt, dem Rat und dem Parlament regelmäßig über die Fortschritte und die Schwierigkeiten bei der Koordinierung der bilateralen und der gemeinschaftlichen Kooperationspolitik sowie über die Folgen der Entwicklung der vom Rat beschlossenen verschiedenen Gemeinschaftspolitiken für die Entwicklungsländer Bericht zu erstatten.

Jedesmal, wenn sich dies als notwendig erweist, wird sie außerdem im Falle spezifischer Entwicklungsaktionen eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten untereinander, aber auch zwischen den Mitgliedstaaten und der Gemeinschaft vorschlagen, nach dem Muster dessen, was zur Zeit im Bereich der Ernährungsstrategien verwirklicht wird.

Im Einklang mit den langwierigen Anstrengungen, die die Gemeinschaft von Anfang an zur Förderung der Entwicklung unternommen hat, mißt die Kommission den privilegierten Beziehungen, die künftig zwischen Europa und der Dritten Welt geschaffen werden, größte Bedeutung bei; sie ist sich des Wertes der Institutionen und der Instrumente, die mit der Zeit gemeinsam ausgearbeitet werden konnten, bewußt und verfolgt aufmerksam die Schwierigkeiten, die die Weltwirtschaftskrise vor allem für die Entwicklungsländer bringt. Sie erkennt die Verantwortung, die Europa in einer Welt übernehmen muß, deren Gleichgewicht bedroht ist, und mißt dem Nord-Süd-Dialog weiterhin höchste politische Bedeutung bei. Die Kommission schlägt daher dem Rat vor, den vorstehenden Grundvorstellungen über die europäische Kooperations- und Entwicklungspolitik zuzustimmen.

Liaison Committee
of Development NGOs
to the European Communities

DEVELOPMENT EDUCATION
Sub-Committee

EINGEGANGEN
Erledigt 18. OKT 1982

Mr President,

Please, find enclosed to this letter a short account of the European Conference on E.E.C Agriculture and Third World Agriculture, held in Mur de Bretagne (France) between March 26 and March 28, 1982.

In view of the importance of the problems tackled during it, the Organizers - that is the Development Education Sub-Committee of the Liaison Committee of Development NGOs to the European Communities - decided to make a detailed report on this Seminar. It would contain : the complete texts of the lectures, a substantial summary of the working groups, a presentation of concrete Development Education experiences discussed in these groups, and the recommendations adopted at the end of this Seminar.

Moreover, we are aware we only had certainly a very uncomplete survey of the Development Education actions made by European NGOs and Agricultural Professional Organizations on agricultural issues. In this report, we find important to try to give information as exhaustive as possible on these actions. That is why we are enclosing a questionnaire to this letter ; could you please fill it and send it before November 1st, 1982, to :

Yannick ANVROIN
3, rue du Moulin
F - 80850 BERTEAUCOURT LES DAMES
FRANCE

We do hope you could give a moment to answer to this questionnaire. In fact, the answers will permit to put in contact, at a European level, the different groups which are working on similar themes. In the final report - which will be sent to every NGO answering to the questionnaire - the addresses of these groups, as data on their themes of investigations, their experiences in animation, ... will be mentioned.

We thank you in advance for the contribution you could give to this work.

Yours sincerely,

Mildred NEVILE

Alain RUELLAN

Comité de Liaison
des Organisations Non Gouvernementales Européennes
auprès de la Commission des Communautés Européennes

Sous - Comité
EDUCATION AU DEVELOPPEMENT

Monsieur le Président,

Vous trouverez ci-joint un bref compte-rendu du Séminaire Européen "Agricultures Européennes et Agricultures du Tiers-Monde" qui s'est tenu à Mur-de-Bretagne (France) les 26, 27 et 28 Mars derniers.

Vu l'importance des problèmes abordés au cours de ce Séminaire, les Organisateur, c'est-à-dire le Sous-Comité Education au Développement du Comité de Liaison des Organisations Non Gouvernementales auprès de la Commission des Communautés Européennes, ont décidé d'en faire un compte-rendu détaillé, avec : les textes complets des Conférences, un résumé substantiel des travaux de groupes, une présentation des cas concrets d'Education au Développement discutés par ces groupes, les recommandations adoptées à la fin du Séminaire.

Par ailleurs, sachant que nous n'avons eu à Mur-de-Bretagne qu'un échantillonnage, certainement très incomplet, des actions d'Education au Développement sur les questions agricoles réalisées par les O.N.G et les O.P.A* Européennes, il nous semble important d'essayer de faire apparaître dans ce compte-rendu une information aussi complète que possible sur ces actions. C'est la raison pour laquelle nous vous adressons ci-joint un questionnaire auquel nous vous demandons de bien vouloir répondre avant le 8~~ème~~ Novembre 1982 en y joignant tous les documents que vous estimerez utiles.

Vos réponses sont à adresser à : Yannick ANVROIN
3, rue du Moulin
F - 80850 BERTEAUCOURT LES DAMES
FRANCE

Nous espérons que vous pourrez consacrer quelques minutes pour répondre à ce questionnaire. En effet, les réponses permettront la mise en relation des groupes travaillant sur les mêmes thèmes au niveau européen. Dans le compte-rendu final - qui sera envoyé à toutes les O.N.G ayant répondu au questionnaire - les coordonnées des groupes avec l'indication de leurs thèmes de recherches, de leurs expériences d'animation... seront indiquées.

En vous remerciant de la collaboration que vous voudrez bien apporter à ce travail, nous vous prions d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de nos sentiments les meilleurs.

Mildred NEVILE

Alain RUELLAN

* Organisations Professionnelles Agricoles

Rapport préliminaire du séminaire agricole organisé à l'intention des représentants des ONG et des groupes d'agriculteurs du 26 au 28 mars 1982 à Mur-de-Bretagne, France, sur le thème agriculture européenne et agriculture du Tiers monde.

(We are very sorry to present only a French account of this first report, but there will be two translations of the final report - a french one and a english one)

Organisation : Le séminaire a été organisé au niveau européen par le sous-comité pour l'éducation au développement du Comité de Liaison des ONG en collaboration avec la Commission des Communautés européennes et, en France par un groupe proche du CRIDEV à Rennes.

L'objectif de ce séminaire de Rennes était de réunir des ONG européennes actives dans le domaine de l'éducation au développement, avec les milieux ruraux et agricoles de la Communauté européenne et les organisations d'agriculteurs afin de discuter ensemble les réalités des besoins et des problèmes que rencontrent les producteurs agricoles et d'échanger l'acquis et les évaluations des programmes d'éducation au développement.

Participants : 56 au total en provenance de 8 états membres de la CEE, avec des représentants d'ONG canadiennes et suisses, du secrétariat des ACP à Bruxelles, de ICDA, du service ONG de l'ONU, du Ministère français des relations extérieures et de la coopération, du Comité de Liaison et de la Commission des Communautés européennes.

Le lieu : Bien que difficile d'accès pour la plupart des participants, le choix de Mur-de-Bretagne s'est avéré un choix judicieux, non seulement à cause de sa situation exceptionnelle et des locaux disponibles sur place mais surtout parce qu'il s'agit d'une des principales régions agricoles françaises, donnant ainsi une certaine couleur aux débats et un sens de la réalité aux problèmes, ce qui n'aurait pas été le cas à Bruxelles par exemple. La soirée passée dans la commune de St. Gilles des Menés a constitué l'un des moments les plus agréables de cette expérience.

Le séminaire était d'une nature et d'un caractère informels. Les avis n'avaient pas été préparés d'avance et les deux premières sessions ont été consacrées aux allocutions:

- Mr. Edwin Carrington, Secrétaire Général adjoint du secrétariat des ACP à Bruxelles
- Mr. M. de Heer, président du sous-comité développement de COPA, mais venu pour ce séminaire à titre personnel
- Mr. Charles Templier du CNSTP, France
- Mr. Mark Mitchell, du Centre des Etudes agricoles européennes, Wye College, Angleterre
- Professeur Fosco Volerosi de l'Institut d'économie et de politique agricole à l'université de Perugia

Les participants n'étaient pas venus avec l'intention de défendre ou d'attaquer des positions. Tous ont fait preuve d'un réalisme profond dans la mesure où la complexité des questions agricoles était en cause et ont demandé que les ONG mettent davantage l'accent sur le travail d'éducation au développement en collaboration avec les principaux producteurs en Europe. Le travail en groupe a tourné autour d'une série d'études de cas ou de campagnes d'éducation ayant été menées à bien par les organisations des participants. C'était là une manière efficace d'échanger les expériences et d'analyser les succès et les échecs, cet exercice étant en soi une sensibilisation au problème.

Absence des organisations d'agriculteurs : Pour différentes raisons, entre autres une préparation insuffisante de la part du sous-comité pour l'éducation au développement du Comité de Liaison, on a pu que regretter la faible participation à tous les niveaux, des organisations d'agriculteurs, la Hollande, l'Italie, l'Irlande, la France et l'Allemagne ayant été les seuls pays à les faire figurer dans leur délégation. Néanmoins nous nous sommes félicités de la présence de Mr. Marten de Heer, venu à titre personnel et malgré certaines difficultés et malentendus, il nous est permis d'espérer que la voie est ouverte au plan européen et national à une coopération fructueuse entre le Comité de Liaison des ONG et des groupes d'agriculteurs.

1. Recommandations au Comité de Liaison

- (i) Le séminaire demande au Comité de Liaison des ONG de mettre l'accent sur les problèmes de l'agriculture et de l'alimentation, plus graves que jamais.
- (ii) Le Comité de Liaison devrait poursuivre ses efforts visant à établir des relations plus étroites avec les organisations européennes d'agriculteurs.
- (iii) Le Comité de Liaison devrait prévoir une rencontre avec COPA et autres groupements agricoles européens.
- (iv) Le Comité de Liaison devrait aider les ONG agricoles à accéder au budget communautaire pour l'éducation au développement en faveur de projets liés à l'établissement de contacts entre des groupes agricoles européens ainsi qu'entre l'Europe et le Tiers monde.
- (v) Le Comité de Liaison des ONG devrait prendre en considération les autres recommandations prises par le séminaire (les textes seront diffusés prochainement) qui portent sur la préparation de déclarations politiques sur des sujets intéressant les ONG, sur la nécessité d'un centre de coordination pour le travail des ONG dans ce domaine, sur les moyens à mettre en oeuvre pour associer les ONG des ACP au travail des institutions du Parlement européen.

2. Aide alimentaire

- (i) Le séminaire demande au Comité de Liaison d'entreprendre un exercice conjoint d'évaluation sur les programmes d'aide alimentaire de la CEE et réitérè la position du Comité de Liaison : la condamnation de l'utilisation de l'aide alimentaire comme arme politique.

3. Travail des ONG avec le secteur agricole

- (i) En conclusion, le séminaire a reconnu que certains individus et certains groupes se sont efforcés de lier les problèmes agricoles en Europe à ceux des pays pauvres mais que ce sujet a été négligé au niveau européen. Cette négligence a limité la contribution que peuvent apporter les ONG actives dans le secteur du développement aux discussions actuellement en cours sur la politique agricole commune.
- (ii) Les ONG devraient s'orienter davantage sur l'éducation au développement en coopération avec les producteurs de base.
- (iii) Les ONG devraient faire preuve de beaucoup plus d'humilité en travaillant avec les agriculteurs!
- (iv) Le travail d'éducation au développement avec les groupes d'agriculteurs devraient partir de cas et d'expériences concrets et favoriser l'élaboration de programmes liés à des régions particulières et à des produits locaux spécifiques.
- (v) L'un des objectifs prioritaires de ce travail avec les producteurs de base en Europe est de créer des liens entre ceux-ci et ceux du Tiers monde.

4. Relations des ONG avec des producteurs et autres groupes

- (i) Les organisations de développement devraient participer aux questions d'agriculture locale et de l'agri-business.
- (ii) Etablissement de contacts entre organisations d'agriculteurs et de producteurs et les ONG dans chaque pays pour des produits donnés.
- (iii) Les ONG devraient inciter les responsables politiques et d'autres groupes sociaux à une réflexion approfondie.

M. Nevile BXL, le 29 mars 1982

Le rapport complet du séminaire de Mur-de-Bretagne sera disponible prochainement
en ANGLAIS et en FRANÇAIS

Kopie aspesdriddl am
3.11.82

DEVELOPMENT EDUCATION ON AGRICULTURAL ISSUES
QUESTIONNAIRE TO NON GOVERNMENTAL ORGANIZATIONS

INFORMATION ON THE N.G.O

- Name : *Gossner Mission*
- Address : *Handjerystr. 19/20, 1000 Berlin (West) 41*
- Phone : *030 / 851021*
- Name of the person who is responsible of Development Education on agricultural issues (and who fills this questionnaire) : *Rev. E. Mische*

N.G.O GENERAL PRESENTATION

YES NO

1. Has your N.G.O
 - 1.1 a local or regional size ?
 - if it has, are you linked with a wider structure ?
 - its name :
 - 1.2 a nationwide size ?
 - if it has, have you local or regional structures or correspondents ?
 - 1.3 an internationalwide size ?
 - if it has, have you national or regional structures or correspondents ?
2. Are the Third World problems the main concern of your N.G.O ?
 - if they aren't, what is your main activity ?
3. Do you give a financial support to programmes of development in the Third World ?
4. Do you send voluntary people to work on programmes in the Third World ?
5. Have you a task of informing the public in your country about underdevelopment origins and mechanisms ?
6. Can you have a Centre of Documentation on development issues ?
7. Do you publish a review ?
 - if you do, is it only intended to your members ? *and friends*
 - its title : ... *Gossner Mission - periodical* ...
 - its circulation : ... *6 times a year* ...
8. How many
 - members have you ? ... *a board of 36 people and supporters* ...
 - active militants have you ?
 - salaried employees have you in Europe : ... *ca. 17* ...
 - voluntary people have you in the Third World ? ... *12* ...
9. When was your N.G.O created ? ... *130 years ago* ...

DEVELOPMENT EDUCATION ON AGRICULTURAL ISSUES

YES NO

- 1. Is your N.G.O specialized on such issues ? *on one part*
- 2. Is your N.G.O institutionally connected with Agricultural Professional Organizations ?
- 3. Is your N.G.O intended
 - specifically to farmers ?
 - to the rural environment in general ?
 - not intended to a specific public ?
- 4. What actions connected with Third World agricultures has your N.G.O undertaken ?
 - . financial or technical support (sending of voluntary people) to technical projects (to sink a well, for irrigation...)
 Give some examples : *irrigation, training in dryland farming, marketing, storage in Zambia and Nepal*
 - . financial or technical support (voluntary people) to rural organization programmes (cooperatives, trade-unions, associations ; training, financing of advocates, ...)
 Give some examples : *Farmers Training Centre in the Gweru Valley, Government of Southern Province*
 - . political support (sending of letters of solidarity in your country) to rural organization programmes.
 Give some examples :
 - . information in your country about agricultural and food situations in the Third World ?
 Give some examples : *Church-related groups, school-classes*
- 5. Did you have to think about or to make investigations on the connections there are between European agriculture and Third World agriculture ?
- 6. If you answered positively to the previous question :
 - . what facts, meetings, were at the origin of such a reflexion ? *modern agro-business, shortage of basic food in 3rd World*
 - . did this reflexion bring you to call into question some aspects of the Common Agricultural Policy ?
 - if it did, what are these aspects : *issue of fertilizer, mechanization*
 - . did this reflexion incite you to ask some Agricultural Professional Organizations for a meeting ?
 - did some meetings take place ?
 - . did you have to call out to or to meet the Minister of Agriculture of your country ?
 - . for how long have you been taking up such issues ?

EDUCATION AU DEVELOPPEMENT SUR LES QUESTIONS AGRICOLES

OUI NON

1. Votre O.N.G est-elle spécialisée sur ces questions ?
2. Votre O.N.G est-elle liée institutionnellement à des Organisations Professionnelles Agricoles ?
3. Votre O.N.G s'adresse-t-elle - spécifiquement aux agriculteurs
- au milieu rural en général
- ne s'adresse pas à un public particulier
4. Quelles sont les actions entreprises par votre O.N.G qui sont en lien avec les agricultures du Tiers-Monde ?
- . soutien financier ou technique (envoi de volontaires) à des projets techniques (creusement de puits, irrigation,...)
Citez quelques exemples :.....
.....
 - . soutien financier ou technique (volontaires) à des projets d'organisations paysannes (coopératives, syndicats, associations ; formation, financement d'avocats....)
Citez quelques exemples :
 - . soutien politique (envoi de messages de solidarité dans votre pays) à des projets d'organisation paysanne
Citez quelques exemples :
 - . information dans votre pays sur la situation agricole et alimentaire du Tiers-Monde
Citez des exemples :.....
5. Avez-vous été amenés à réfléchir ou à faire des recherches sur les liens entre les agricultures européennes et les agricultures du Tiers-Monde ?
6. Si vous avez répondu oui à la question précédente
- . quels faits, rencontres, sont à l'origine de cette réflexion ?
 - . cette réflexion vous-a-t-elle amenés à remettre en cause certains aspects de la politique agricole européenne ?
 - si oui, lesquels ?.....
 - . cette réflexion vous a-t-elle amenés à demander à rencontrer des Organisations Professionnelles Agricolés ?
 - des rencontres ont-elles eu lieu ?
 - . avez-vous été amenés à interpeller, ou à rencontrer le Ministre de l'Agriculture de votre pays
 - . depuis combien de temps abordez-vous ces problèmes ?
7. Ces réflexions ont-elles débouché sur des actions d'information de l'opinion publique ?
- si oui, citez quelques exemples :.....
.....
8. Ces réflexions vous ont-elles amenés à intervenir plus souvent en milieu rural ?
9. Ces réflexions vous ont-elles amenés à remettre en cause d'autres aspects de la politique nationale ou européenne ?
- si oui, lesquels ?.....

YES NO

7. Did such reflexions lead on to actions to inform the public ?
 - if they did, give some examples of actions :
 *No. 4*
8. Did such reflexions bring you to intervene more frequently in a rural environment ?
9. Did such reflexions bring you to call into question other aspects of the national or European policies ?
 - if they did, what are these aspects :
 .. *structure of trade between E. and Th. W.*
10. For this work, do you meet
 - obstacles with Agricultural Professional Organizations ?
 - supports ?
 Give some examples :

 - obstacles with other groups ?
 Give some examples :

11. Is there in your country one (or several) N.G.O whose specificity is the study of the links between European agriculture and Third World agriculture ?
 - if there are, what are their name :
Wellprovisiondienst, Weltkulturbef., Bf d. W.
12. Did Agricultural Professional Organizations introduce structures of solidarity with the Third World in your country ?
 - if they did, what type of work do they do :
 .. *surveys, studies*
- (see question 4 for the type of answer)
13. Would you like to be regularly informed of the experiences made in Development Education on similar issues in the other European countries ?
14. Do you find important a coordination between N.G.O on these problems ?
15. Do you think that N.G.O should be able to make public declarations, and this in a coordinated way, about the Common Agricultural Policy and its consequences for the Third World ?
16. In several countries, experiences in Development Education have been made on the following themes ; have you got yourself an experience on these themes (column 1), have you heard about such an experience in your country (column 2), or don't you know anything about such experiences (column 3) ?

	(1)	(2)	(3)
. animal feed (soya, manioc) -	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>
cattle-breeding - meat consumption	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. food aid	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. out-of-season fruit and vegetables	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. study of products channels	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. study of the use of pesticides in the Third World.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. experiences in alternative distribution.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. internationalization of food supplies / disruption of European rural areas.	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

	OUI	NON	
10. Pour ce travail, rencontrez-vous			
- des obstacles parmi les Organisations Professionnelles Agricoles	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- des soutiens	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Citez des exemples :			
.....			
- des obstacles parmi d'autres groupements	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
Citez des exemples :			
.....			
11. Y-a-t-il dans votre pays une (ou des) O.N.G spécialisée(s) sur l'étude des relations entre agricultures européennes et agricultures du Tiers-Monde ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- si oui, lesquelles :			
.....			
12. Des Organisations Professionnelles Agricoles ont-elles mis en place des structures de solidarité avec le Tiers-Monde dans votre pays ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
- si oui, quel type de travail font-elles ? (s'inspirer de la question 4)			
.....			
13. Souhaitez-vous être régulièrement informé d'expériences d'Education au Développement sur ces questions se déroulant dans les autres pays européens ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
14. Jugez-vous importante une coordination des O.N.G sur ces problèmes ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
15. Estimez-vous que les O.N.G doivent être capables de prendre publiquement position et de façon coordonnée sur la Politique Agricole Commune et sur ses conséquences dans le Tiers-Monde ?	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	
16. Dans différents pays, des expériences d'Education au Développement ont été entreprises sur les thèmes suivants ; sur ces thèmes, avez-vous vous-mêmes une expérience (col.1), connaissez-vous une expérience de ce type dans votre pays (col.2), ou bien n'avez-vous aucune connaissance de telles expériences (col.3)	(1)	(2)	(3)
. aliments pour animaux (soja, manioc)-élevage - consommation de viande	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. aide alimentaire	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. fruits et légumes de contre-saison	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. études de filières de produits	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. études sur l'utilisation des pesticides dans le Tiers-Monde	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. expériences de distribution alternative	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. internationalisation de l'approvisionnement alimentaire / bouleversement de l'espace rural européen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. sucre de betteraves, de canne - protocole sucre avec les A.C.P.....	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. semences et ressources génétiques mondiales	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
. études sur les multinationales alimentaires	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Pouvez-vous nous décrire en un feuillet dactylographié les expériences que vous avez en matière d'Education au Développement sur les relations "Agricultures Européennes et Agricultures du Tiers-Monde", ou plus généralement "Alimentation des Européens - alimentation des peuples du Tiers-Monde", en suivant si possible le plan suivant : (cf page suivante)

- | | (1) | (2) | (3) |
|--|--------------------------|-------------------------------------|-------------------------------------|
| . beet sugar, cane sugar - draft treaty on sugar with A.C.P countries... | <input type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> |
| . seeds and world-wide genetic resources. | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |
| . study of multinational food firms | <input type="checkbox"/> | <input checked="" type="checkbox"/> | <input type="checkbox"/> |

On a typed page, could you describe the experiences you have on Development Education issues, on the theme "European Agriculture and Third World Agriculture" or, in general, "food consumption of European people, food consumption of the Third World populations", using as much as possible the following framework :

- name and information about the association
- description of the experience which is presented
 - . preparation (what sort of contacts have been taken ?)
 - . what type of materials have been used and produced ?
 - . results (if the action has already taken place)
 - how many people were reached by this action ?
 - what relations were established with other associations ?
 - how do you mean to follow up this action ?
- can you make an estimation of the results you obtained, compared with the objectives you had ?

When possible, can you please add the written documents which have been realized for this action (files, tracts, reports,...).

Can you also add a tract presenting your association, and any other document you would estimate useful (especially a list of the equipment you had to inform the public on these issues).

Maybe you won't find this questionnaire complete enough to present and characterize your N.G.O and its Development Education task on the agricultural issues. Every comment will be both welcomed and taken into account.

- nom et coordonnées de l'association
- description de l'activité présentée
 - . objectifs et public concerné
 - . préparation (contacts pris)
 - . matériel utilisé ou produit
 - . résultat (si l'activité a déjà eu lieu) :
 - nombre de personnes touchées (directement + médias)
 - relations mises en place avec d'autres organisations
 - suivi prévu
- évaluation des résultats obtenus comparés avec les objectifs poursuivis.

Joindre si possible les matériaux écrits réalisés à cette occasion (dossiers, tracts, compte-rendus).

Joindre aussi un tract de présentation de l'association et tout autre document qui semblera utile (en particulier liste de matériel dont vous disposez pour l'information de l'opinion publique sur ces problèmes).

Bien sûr, si ce questionnaire vous semble incomplet pour caractériser et présenter votre O.N.G et son travail d'Education au Développement sur ces problèmes agricoles, toute remarque sera la bienvenue et sera prise en compte.

An die Kommission
der Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion Entwicklung
Zusammenarbeit mit Nichtregierungs-
organisationen
Rue de la Loi 200
B-1049 Brüssel

Berlin, den 27.7.1982

Sehr geehrte Damen und Herren!

Für die Übersendung des Vertrages zum NRO-Vorhaben ONG/109/82/D -
"Integriertes landwirtschaftliches Vorhaben, Zambia" danken wir
herzlich und schicken den Vertrag hiermit unterschrieben zurück.

Wir freuen uns sehr, daß es damit zu einer vereinbarten Zusammenarbeit
in dem genannten Vorhaben gekommen ist, und bitten um die Überweisung
der ersten Rate von DM 290.000,-- gemäß § 2 des Vertrages.

Mit freundlichen Grüßen


Siegwart Kriebel
(Direktor)

Anl.: Vertrag

Erhard Mische, Pfarrer

An

Frau A.M. Lizin

- Untersuchungsausschuß
zur Situation der Frauen in Europa -

19.6.82

97, rue Belliard
Büro 404
1040 Brüssel

Sehr geehrte Frau Lizin!

Kürzlich erhielten wir einen Fragebogen an die NGOs zur Situation der Frauen in der Dritten Welt. Wir halten eine umfassende Studie über diese Problematik für unbedingt notwendig und hoffentlich auch aufschlußreich für die zukünftigen Entwicklungsstrategien.

Die Gossner Mission arbeitet im Gwembetal, Süd-Zambia, in einem integrierten ländlichen Entwicklungsprojekt der zambischen Regierung mit. Z.Z. beschäftigt sie 7 Fachleute, davon 3 Frauen. Eine Soziologin wurde vor zwei Jahren eingestellt, um speziell die Situation der Frauen im Gwembetal zu analysieren und eine Entwicklungsstrategie mit den Betroffenen zu entwerfen. In der Anlage füge ich ihren Jahresbericht von 1981 bei.

Nun zu den einzelnen Fragen:

1. Wir bemühen uns seit gut 1 Jahr, die Frauen in die gesamte Projektarbeit einzubeziehen.

Es werden ferner spezielle Programme mit den Frauen gemacht: Ernährung, Gesundheit und seit kurzem landwirtschaftliche Beratung.

Schließlich haben wir dafür gesorgt, daß Frauen auch Mitglied der Kreditgenossenschaften werden, die in den letzten Jahren gebildet worden sind.

Von 7 Mitarbeitern ist eine Fachkraft für Frauenarbeit bestimmt. Die für Frauen zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Gesamtbudget des Projekts machen vielleicht 3-5% aus.

Ich möchte aber hinzufügen, daß unsere Hauptzielsetzung darin besteht, die Frauen gleichwertig in die gesamte Projektarbeit zu integrieren.

2. Diese Frage ist für uns kaum zu beantworten, da keine exakten Zahlen vorliegen:

a) grob geschätzt wurden bisher 80% der Ausgaben für Frauen für Bildungsmaßnahmen ausgegeben (keine Schulen)

b) entfällt, daß die Regierung direkt für die Gesundheitszentren zuständig ist.

c) 20% für Brunnen und bessere Information über Ernährungs- u. Gesundheitsfragen.

3. Ein Ausbau ist in der Weise geplant, daß die Frauen systematisch in der Landwirtschaft beraten werden sollen, da sie die Ernährer der Familie sind.

An jede Dorfkl. im Gwembetal soll eine Beratung in Ernährungs- und

Gesundheitsfragen angegliedert werden.

Ein Hauptproblem besteht darin, daß die verschiedenen Behörden zu einer gemeinsamen Strategie überzeugt werden müssen.

4. Ansatzweise sind einige Veranstaltungen über Familienplanung durchgeführt worden, aber ohne Erfolg.

Das Thema soll aber wieder aufgegriffen werden. Zambia ist ein sehr dünn besiedeltes Land. Darum spielt diese Frage noch kaum eine Rolle. Das Gwembetal wird aber in 10 Jahren überbesiedelt sein, wenn nichts unternommen wird.

5. Ja. Es finden regelmäßige Treffen statt, bei denen die einzelnen Entscheidungen und Planungsmaßnahmen beraten und verabschiedet werden.

6. Dies geschieht. Einzelheiten können dem Jahresbericht entnommen werden.

7. Wir sind unbedingt der Meinung, daß die Frauen stärker als bisher an den Entwicklungsvorhaben beteiligt werden. Wir sehen die Hauptschwierigkeit in dem Verhalten der Männer, die nach traditionellem Rollenverständnis nicht unbedingt einsehen, daß die Frauen gleichwertig an der Projektarbeit beteiligt werden.

Wir meinen darum, daß durch die verschiedenen Gremien, Behörden und mit Hilfe der Dorfältesten die Männer vor allem überzeugt werden sollen, daß die Frauen verstärkt an der Mitarbeit beteiligt werden.

Wir sind uns bewußt, daß dies das traditionelle Rollenverständnis von Mann und Frau in der Gesellschaft verändert. Darum glauben wir auch, daß wir als Ausländer nur einen geringen Beitrag leisten können, wenn die Verantwortlichen in der Gesellschaft nicht selbst diesen Wandel begrüßen und unterstützen.

8. Wir würden eine solche Klausel begrüßen, weil mit ihr unterstrichen wird, daß der Wille für eine stärkere Beteiligung der Frauen nicht nur von deklamatorischer Natur bleibt.

Auf der anderen Seite sehe ich allerdings auch Gefahren darin, daß mit Hilfe von außen und mit Hilfe von Geld ein gesellschaftlicher Prozeß gesteuert werden soll, der tief in die Kultur und das gesellschaftliche Leben eines Volkes eingreift.

9. Gezielte Schulung der Behörden, Genossenschaften und Institution, die im ländlichen Bereich tätig sind. Zugleich sollten mit ihnen konkrete Entscheidungen, die sich für Frauen auswirken, diskutiert und vorbereitet werden.

In den Schulen müßten diese Fragen behandelt werden

In die Aufsichtsgremien der verschiedenen Genossenschaften und Vereinigungen, die im ländlichen Bereich gebildet werden, müßten verstärkt Frauen gewählt werden, die damit eine aktivere Rolle im Entwicklungsprozeß spielen.

Ich hoffe, diese Beantwortung hilft Ihnen für Ihre Auswertungsarbeit ein wenig. Da wir leider erst in den Anfängen dieser Arbeit stehen, fehlen uns natürlich auch noch exakte Zahlen.

Mit freundlichen Grüßen



De Europæiske Fællesskaber
EUROPA-PARLAMENTET

Europäische Gemeinschaften
EUROPÄISCHES PARLAMENT

Ευρωπαϊκές Κοινότητες
ΕΥΡΩΠΑΙΚΟ ΚΟΙΝΟΒΟΥΛΙΟ

European Communities
EUROPEAN PARLIAMENT

Communautés Européennes
PARLEMENT EUROPÉEN

Comunità Europee
PARLAMENTO EUROPEO

Europese Gemeenschappen
EUROPEES PARLEMENT

Brüssel, den



Herrn
E. MISCHÉ
Handjerystrasse 19-20

D-1000 BERLIN 41

Untersuchungsausschuss zur
Situation der Frau in Europa

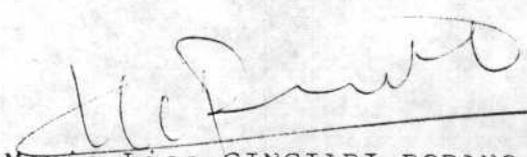
Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

das Europäische Parlament hat im Dezember 1981 einen Untersuchungsausschuss zur Situation der Frau in Europa eingesetzt. Dieser Ausschuss beschloss, einen ausführlichen Bericht über die Lage der Frau in der Dritten Welt im Zusammenhang mit der europäischen Hilfe und der Unterstützung der Mitgliedstaaten auszuarbeiten. Frau Anne-Marie LIZIN (Soz./B) wurde mit der Ausarbeitung dieses Berichts betraut.

Im Rahmen dieser Untersuchung würden wir es für sehr wichtig halten, dass Sie den beiliegenden Fragebogen beantworten. Für uns wäre die ideale Frist zur Beantwortung ein Monat nach dem Erhalt dieses Schreibens.

Wir danken Ihnen für Ihre Bereitschaft und Ihre Unterstützung. Zusätzliche Informationen können bei der Berichtserstatterin, Frau A.M. LIZIN, 97, rue Belliard, Büro 404, 1040 Brüssel, Tel. (00-32-2) 234 24 04, eingeholt werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Maria Lisa CINCIARI RODANO
Vorsitzende

FRAGEBOGEN FÜR DIE NICHT-REGIERUNGSORGANISATIONEN

1. Wie versucht Ihre Organisation, der unverhältnismäßig schwierigen Lage der Frauen der Dritten Welt im Vergleich zu den Männern Rechnung zu tragen? Können Sie uns die Anzahl und den Anteil des Budgets für Tätigkeiten Ihrer Organisation angeben, die die weibliche Bevölkerung der Dritten Welt betrifft?
2. Können Sie uns auf der Grundlage dieser Gesamtzahl die Beträge angeben, die für die besonderen Aktionen bestimmt waren, und sie nach den wichtigsten Bereichen aufgliedern, die die Frauen betreffen:
 - a) die Bildung und die Berufsbildung (Finanzierung von Zentren und Schulen),
 - b) Gesundheitswesen: Finanzierung von Krankenstationen, Entbindungsheimen,
 - c) Lebensbedingungen: Energie, Wasserleitungen, Wohnungswesen, Verbesserung der Informationen über Ernährungs- und Gesundheitsfragen.
3. Planen Sie den Ausbau dieser Tätigkeiten? In welchem Umfang?
4. Tun Sie etwas für die Familienplanung? Wie?
5. Beteiligen Sie die Frauen an der Ausarbeitung von sie betreffenden Programmen? Wie?
6. Führen Sie systematisch eine Bewertung zusammen mit den Frauen über die sie betreffenden Tätigkeiten durch? In welchem Fall haben Sie dies getan? Können Sie Einzelheiten dieses Vorhabens angeben und eine Beurteilung der bei dieser Gelegenheit abgegebenen Stellungnahmen abgeben?
7. Vertreten Sie die Ansicht, daß diese Politik der Beteiligung der Frauen ausgebaut werden sollte? Welche Mittel würden Sie empfehlen?
8. Würde Ihre Organisation eine obligatorische Klausel begrüßen, die diese Beteiligung der Frauen im Falle von staatlichen Beihilfen oder von europäischen Beihilfen vorsieht?
9. Können Sie sonstige wirksame Methoden in diesem Bereich vorschlagen?

Herrn Lenz
Berlaimont, 9. Etage
Bureau 12
Rue de la Loi 200

Brüssel - 1049

Berlin, den 23.6.1982

Sehr geehrter Herr Lenz!

Die Gossner Mission versichert, daß die im Gwembe South Development Project bereits laufenden und die neu geplanten Einzelprojekte auf jeden Fall weitergeführt werden.

Die zambische Regierung wird sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an der Finanzierung der Folgekosten beteiligen, und die Gossner Mission wird die dann noch ungedeckten Kosten übernehmen, bis die betreffenden Projekte selbständig oder überflüssig werden.

Mit freundlichen Grüßen

Erhard Mische, Pfr.
(Zambia-Referent)

Ma 1982

851021

XXXXXXXXXXXXXX

An die Kommission der Europäischen Gemeinschaften - Generaldirektion Entwicklung -

z.Hd.v. Herrn Lenz

Rue de la Loi 200
B - 1049

Parliament, 9. Etage
Bureau 12

Betr.: a) Abschlußbericht zu ONG/136/80(D)
b) Zusammenfassung zu unserem Antrag vom 15.8.81 auf Gemeinschaftsfinanzierung von Entwicklungsvorhaben in der Gwembe-Süd-Region, Zambia, im Rahmen des Gwembe South Development Project(GSDP); Nachtrag erfolgte am 10.2.82

Sehr geehrter Herr Lenz!

Bezugnehmend auf unser Telefongespräch vom 14.5.82 möchte ich Ihnen heute die gewünschten Unterlagen nachreichen.

a) Zusammen mit einem Abschlußbericht füge ich noch einmal die Abrechnung (Kopie) und drei Dias bei. Die Dias zeigen Ausschnitte aus den Arbeiten am Damm und dem neuen Hauptkanal des "extended irrigation scheme".

b) Bei der Zusammenfassung unseres neuen Antrags habe ich den neuen Umrechnungskurs berücksichtigt, der in diesen Tagen bei uns aus Zambia eingetroffen ist. Danach verbilligt sich der Gesamtfinanzbedarf. In Klammern sind noch einmal die ursprünglichen Zahlen angeführt zur besseren Orientierung. Unser Antrag, der nun Anfang Juni zur Entscheidung ansteht, bezieht sich natürlich auf die neuen Zahlen.

Bei dieser Zusammenfassung, die sich auf unseren Nachtrag vom 10.2.82 stützt, handelt es sich um neue Maßnahmen. Alte Projektarbeiten des GSDP sind nicht berücksichtigt worden. Wesentliche Kostenfaktoren sind die Gehälter der Berater und das Kilometergeld für ihre Fahrten. Nach zambischen Bestimmungen müssen pro Kilometer zwischen 26 und 40 Ngwee (1 Ngwee = 2,6070 Pf) gezahlt werden. Dies richtet sich nach Größe des Fahrzeugs und nach dem Zustand der Straße (asphaltiert oder Staubstraße, in der Gwembe-Süd-Region sind vorwiegend Staubstraßen)

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie Ihren Einfluß geltend machen können, daß dieses Projekt gefördert wird. Wir waren auch zunächst davon ausgegangen, daß wir Ende 1981 schon eine Mitteilung erhalten würden, ob über unserem Antrag positiv entschieden wird oder nicht. Die Zeit drängt für uns wegen der Trockenzeit.

Es kommt schließlich noch hinzu, daß die Regierung ihre angekündigten finanziellen Zusagen im bisherigen Umfang nicht einhalten kann. Das bedeutet, daß die Gossner Mission voraussichtlich zusätzliche Verpflichtungen auch für die weiterlaufende Projektarbeit übernehmen muß, was für uns erhebliche Schwierigkeiten verursachen wird.

Ich stehe Ihnen gerne zur Verfügung für weitere Informationen, wenn es erforderlich sein sollte und Sie noch zusätzliche Fragen haben. Ich bin auch bereit, nach Brüssel zu kommen, um unseren Antrag zu erläutern.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

[Handwritten signature]

- Anlagen
- Abschlußbericht
- Abrechnung
- 3 Dias
- Kostenaufstellung



Abschlußbericht über das Entwicklungsvorhaben Nr. ONG/136/80/N

A. Durchführung der Maßnahmen

1. Die vorgesehene Ausweitung des Nkandabwe-Irrigation-Scheme wurde am 1.9.1980 begonnen. Die Flächen wurden gerodet und gesäubert und z.T. geebnet. Ein Agraringenieur der Gossner Mission stand als Berater zur Verfügung und beaufsichtigte die Arbeiten. Das Gwembe South Development Project (GSDP) hatte die Verwaltung übernommen. Gleichzeitig wurde das Kanalsystem aufgebaut. Die Gräben wurden ausgehoben und anschließend mit Ziegeln ausgepflastert. Die Ziegel wurden von der Selbsthilfe-Einrichtung "Valley Self Help Promotion Funds" hergestellt und verkauft (Dia). Dadurch konnten zusätzliche Arbeitskräfte beschäftigt werden. An den Arbeiten beteiligten sich die betroffenen Bauern, denen eine neue Fläche zugeteilt werden sollte. Einige geschulte Maurer der Gwembe South Builders unterstützten sie darin.
2. Mit der Verstärkung und Erhöhung des Staudammes wurde schon im Sommer 1980 begonnen. Diese Aufgabe war vordringlich geworden, weil der Damm an einer Stelle in der Regenzeit 1979/80 gebrochen war. Der Damm wurde zusätzlich um 70 cm erhöht und zugleich verstärkt und an den Seiten ausgeweitet, um in Zukunft ähnliche Brüche zu verhindern (Dia). Die Planung war von der Planungsabteilung des Landwirtschaftsministeriums der Südprowinz, Choma, geleistet worden. Der Hauptkanal mußte im ersten Streckenabschnitt um einige Zentimeter erhöht werden, da das Gefälle zwischen Damm und Bewässerungs-Feldern gering ist. Insgesamt ist der Hauptkanal ca. 1 km lang und in einem guten Zustand.
3. Im alten Scheme bewirtschafteten 35 Bauern jeweils eine kleine Fläche. Nach der Erweiterung wurden 45 neue Bauern aufgenommen. Über ihre Aufnahme hat das von den Bauern gewählte Farmers' Committee entschieden. Da die Arbeiten zügig durchgeführt wurden, weil die Bauern sehr engagiert mitmachten, konnte die erste Aussaat schon zur Regenzeit 1980/81 erfolgen.

B. Die gegenwärtige Situation

1. Im Juli 1981 und im Januar 1982 besuchte ich das Projekt und konnte mich davon überzeugen, daß alle Felder bewirtschaftet werden und das neu angelegte Kanalsystem funktioniert. Der Staudamm hat auch seine erste Bewährungsprobe bestanden, denn Anfang 1981 fiel überdurchschnittlich viel Regen, wodurch der Druck des Wassers auf den Damm erheblich höher wurde. Nach menschlichem Ermessen müßte der Damm in Zukunft jeden Druck aushalten können.
2. Das Bewässerungssystem wird von der Bevölkerung akzeptiert. Immer mehr Bauern erzielen drei Ernten im Jahr. Da keine Folgekosten entstehen, ist es zugleich ökonomisch sicher. Die anfallenden Kleinarbeiten, z.B. Säuberung der Kanäle, Einteilung des Wasser, etc., werden von den Bauern selbst geregelt und erledigt.
3. Trotzdem bestehen noch einige Schwierigkeiten, die aber in naher Zukunft überwunden werden können. Sie beziehen sich vorwiegend auf den organisatorischen Bereich, in dem sich nicht mehr nur 35 Bauern, sondern insgesamt 80 Bauern zurechtfinden müssen, von denen einige längere Erfahrung mit Bewässerungslandwirtschaft haben, und andere erst noch ihre Erfahrungen sammeln müssen.

Unter der gewählten Leitung des Farmers' Committee treffen sich die Bauern sehr regelmäßig, um alle offenen Fragen und anfallenden Schwierigkeiten zu besprechen. Bei diesen Treffen fungiert noch ein Berater der Gossner Mission mit. Es zeichnet sich aber ab, daß diese Beratung bald nicht mehr nötig sein wird.

Im November 1981 haben die Bauern beschlossen, daß jeder Bauer an Wassergeld K 5,- für eine Fläche von 0,1 ha pro Jahr bezahlen muß. Dafür ist ein Sonderkonto eingerichtet worden. Dieser Betrag ist nicht viel. Er zeigt aber die Bereitschaft der Bauern, verantwortlich zu denken und zu handeln, indem Rücklagen für zukünftige Reparaturen gebildet werden. Nach menschlichem Ermessen müßte diese Summe auch ausreichen.

4. Für die Versorgung der Bevölkerung bietet dieses Projekt eine sichtbare Verbesserung. Der geerntete Reis bleibt in der Region und ist eine wichtige Ergänzung zum Mais und zur Hirse, die im Regenfeldbau angebaut werden. In der Trockenzeit kann Gemüse angeboten werden, das sonst nicht zur Verfügung steht. Die bisherigen Erfahrungen haben auch gezeigt, daß die Produkte dieses Projektes auf den lokalen Märkten abgesetzt und nicht aus dem Tal transportiert werden.

Die ganze Gwembe-Region ist für Wetterstörungen sehr anfällig. Darum wird eine Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln auf Dauer überhaupt nur lösbar werden, wenn das vorhandene Potential Wasser landwirtschaftlich wirkungsvoller genutzt wird. In der Regenperiode 1981/82 ist der Regen fast ganz ausgeblieben. Die Folge wird eine miserabele Ernte sein, was sich wiederum auf die Ernährung der Bevölkerung auswirkt, wenn nicht zusätzliche Nahrungsmittel ins Tal transportiert werden.

Erhard Mische

Anl.: Kostenabrechnung

- 3 Dias (Nr. 1 Verstärkung der Seiten des Damms
Nr. 2 Ausbau des Damms vor der Erhöhung
Nr. 3 Bau des neuen Hauptkanals im Projekt)

A b e c h n u n g

für die Maßnahmen der Rekonstruktion des Staudamms und der Erweiterung des
"Nkandabwe Irrigation Scheme" in Südzambia

Alle Angaben werden in Kwacha gemacht.

1. Arbeitslöhne insgesamt	11.447,--
2. Herstellung der Pfähle für die Umzäunung	315,--
3. Imprägnierung der Pfähle	250,--
4. Material:	
Zement	12.100,--
Concrete-blocs	1.814,--
Ziegelsteine	2.379,--
Nägel, Drähte, Zäune etc.	813,--
5. Transport:	
Ziegelsteine (20 Ladungen)	2.800,--
LKW Sand (20 Ladungen)	600,--
Concrete-Sand (40 Ladungen)	1.000,--
Bausand (20 Ladungen)	600,--
Zaunpfähle	400,--
Zäune	700,--
6. 2 Gatter (Herstellung)	250,--
7. Handwerkszeug (Schaufeln etc.)	1.195,--
8. Ventile und Wasserverteilung	344,--
9. Transport (PKW) für supervision des officers	1.680,--
10. Verwaltung (Zambia)	203,--
11. Land use office/ Choma	620,--
12. Gehalt für eine deutsche Fachkraft	19.498,--
13. Gossner Mission (3% Verwaltungskosten)	1.765,--
	<u>60.778,--</u>
	=====

Der Umrechnungskurs betrug 1 K = 2.52

DM 153.160,56

Evangelisches Missionswerk 1979	K 10 000,--	DM 25.200,--
Gossner Mission und Regierung	K 20 778,--	52.360,56
KEG	K 30 000,--	75.600,--

Generaldirektion Entwicklung
Zusammenarbeit mit
Nichtregierungsorganisationen

Rundschreiben an alle Nichtregierungsorganisationen

Während der kürzlich abgehaltenen Jahresversammlung der europäischen NRO wurde die Arbeitsgruppe "Mitfinanzierung" von den gegenwärtigen Haushaltsschwierigkeiten der Kommission unterrichtet. Die Anträge auf Gemeinschaftszuschüsse beliefen sich am 15. März 1982 auf 20.500.000 ECU, während sich der diesjährige Haushalt für die gemeinsame Finanzierung auf 20.000.000 ECU beläuft.

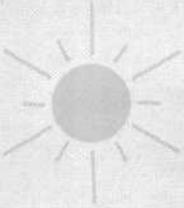
Von der Versammlung wurden verschiedene Möglichkeiten erörtert, die Gemeinschaftszuschüsse zu begrenzen. Dabei wurde folgende Maßnahme gutgeheißen: die Aussetzung der Möglichkeit, in bestimmten Ausnahmefällen den Kommissionszuschuss von 50% auf 75% anzuheben. Die Maßnahme findet ab sofort auf alle neuen Anträge Anwendung.

Ich bleibe selbstverständlich für jede Anregung Ihrerseits offen, zu einer ausgewogenen Begrenzung der Zuschüsse zu kommen, ohne unser wichtigster Ziel aus den Augen zu verlieren: das Wohlergehen der ärmsten Bevölkerungsschichten. Anregungen in diesem Sinne wollen Sie mir bitte bald zukommen lassen, damit ich diese mit dem Verbindungsausschuß bei dessen nächster Sitzung am 26. und 27. April 1982 besprechen kann.

Mit freundlichen Grüßen,



W. Ködderitzsch
Stellvertretender Abteilungsleiter



FORUM DES ONG 1982

organisé par le

G.R.E.I.-GERES

dans le cadre du Salon International
de l'Energie Solaire : 11-15 Mai 1982

Marseille, April 7th, 1982

Our file : GG/8204.10



Dear Sir or Madam,

You probably have received our first letter presenting the NGOs FORUM 1982. It will be organized by us within the framework of the 4th International Solar Energy Exhibition in Marseille.

What follows is an update :

With 320 m² of indoor exhibition area, 320 m² for the outside demonstration site, a dozen workshops, a day-long international conference, six meetings, construction workshops, a round table, continuous audiovisual shows, an NGO's dinner an organized tour of the regional solar sites, cultural activities in Marseille... the NGO's Forum becomes fuller every day.

Financing from the Marseille Fair, the Solar Energy Commissioner-ship, the Ministry of Exteriors Affairs and the Ministry for Cooperation and Development, combined with the efforts that each organization will make to be present, will certainly assure a wide participation of NGO from all the continents.

Rather than try to describe and list every event, there are only new information and several essential reminders :

1) The general schedule (established March 24th) is attached : the multiplicity of the subjects and places will force us every day to make a difficult choice between workshops, conferences, meetings,...

In this schedule, you will note :

2) The NGOs conference : will last the entire day (see the attached detailed schedule) : it will be a pajor part of the International Solar Energy and New Energies Exhibition (Friday, May 14th).

3) The National Co-ordinating Committee of Solar Association will organize, Wednesday, May 12th, a meeting for the French Solar Associations, Re : the "Associations Role in Regional solar Actions".

GERES

Université de Provence - Centre de Saint-Jérôme - Département d'Héliophysique
13397 Marseille Cedex 13 - Téléphone (91) 98.71.15

FOIRE INTERNATIONALE DE MARSEILLE
Télex 410 021 F



4) An International Meeting of NGOs concerned with the problems linked with the firewood crisis (reforestation, forest management, woodstoves, ...) is scheduled for Tuesday, May 11th, in the Ibis Hotel Salon ; here are two good reasons for this :

- the NGOs activities in the field of improved woodstoves experimentation and implementation are increasing as well in the countries directly concerned as in the European countries.

- a real international awareness of the depth of the firewood crisis and an acknowledgement of NGOs work on this subject ; hence, the World Bank is going to gather the concerned United Nations bodies in May 26th through 28th, 1982 in order to examine the NGOs role in international programs that are to be implemented in this field.

It therefore appeared advisable to examine together the real possibilities of combining our efforts (with the creation of an International Association on the subject for example...), and to write a NGOs memorandum for the World Bank's attention as a contribution to the next meeting.

5) Usually, a week long Forum ends with a farewell night... we feel a welcome night to be happier : so, it is with great pleasure that we invite you to join us, Tuesday night, May 11th, and we will let you know the exact place upon receipt of your individual participation form (at the latest, at the reception, Tuesday morning).

6) A "Forum Bookshop" will be opened to display your publications and audiovisual productions. Even if you can not come yourself this is an other way to be with us : send us some copies of your work for display... and order forms with your address.

7) The demonstration : we have 320 m² to prove our technical abilities... let us make the effort to display some completed projects in working order. We are at your disposal for any help you may require (financially) to transport, to receive and to install these "solar tools". This is yet an other way to be here with us if you can not be physically present : send us your projects.

8) The material aspects : it is very important and URGENT you confirm your intention to participate in the Forum because :

- as soon as we receive your participation form, we will send you the SNCF documents necessary for the "Congress discount".

- this is a precondition in order to be eligible for the subsidy described in our first letter (the cost of transportation above 200 French francs, will be refunded to each participant, representing an NGO, if he/she takes a second class train with a "Congress ticket discount").

- and, finally, the record of your participation is very important for the quality of the whole organization of the Forum.

.../...

9) An other material point : the hotels are almost fully booked ! We took the initiative for booking 25 rooms (double-bed) in IBIS hotel located five hundred meters from the Fair (see the hotel presentation enclosed).

Already, more than half of the rooms are taken... You needs to inform us, as soon as possible, if you intend to book one (or more) bed(s) at the group rate (93 French francs, all taxes included per person, per day). But don't forget to specify your time of arrival and departure in Marseille (see : Individual Form for Ibis Hotel Booking).

There are the essential points... for any further information or special problems, call or write to us.

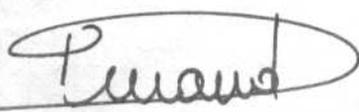
But above all, do not delay your confirmation : the confort of your stay depends upon it !

We hope that this second contact will allow you to better assess the importance of your participation in this forum.

We enclosed an other individual participation form in the case you did not receive our first letter.

Amically,

Hoping to see you very soon

2/0 

Alain ANGLADE
Robert CELAIRE
Michel DEGRAND
René MASSE

Enc. :

- Individual participation form
- Individual Ibis Hotel Booking form
- Your way in Marseille
- Invitation / International NGOs conference schedule : Energy and Development.
- General schedule
- Plan of Marseille

INDIVIDUAL PARTICIPATION FORM

FOR
"NGO FORUM 1982"

We would appreciate your sending back one form per participant to the following address :

René MASSE
GRET - GERES
Université de Provence
Centre de Saint Jérôme
13397 MARSEILLE Cédex 13
Tél. : 16 (91) 98 71 15
Télex Foire de Marseille, Melle MAUREL
410 021 F

NGO's NAME AND ADDRESS :

.....
.....
.....

PHONE :

TELEX :

PARTICIPANT'S FULL NAME :

.....
.....

HOME ADDRESS :

.....
.....

HOME PHONE :

EXHIBITION

Describe what you plan to display :

POSTERS :

.....
.....

MODELS :

.....
.....

AUDIOVISUAL :

.....
.....

OTHER :

.....
.....

PRESENTATION

Area of participation, describe :

RENEWABLE ENERGY EQUIPMENT :

.....
.....
.....

BUILDING OF AN ENVIRONMENT, CONTRIBUTION TO :

- the construction of the site
- everyday objects, photos,...
- the sound : music,...
- other :

CONSTRUCTION WORKSHOP DURING THE NGO'S FORUM :

.....
.....
.....

WORKSHOPS

Do you plan to :

- organize any ?
- participate in any?

on which subjects ?

- A)
- B)
- C)

ORGANIZER'S NAME AND ADDRESS :

.....
.....

PHONE :

MEETINGS

Will you participate in the scheduled meetings :

- WEDNESDAY, MAY 12th : meeting of the National Coordination Committee of the French Solar Associations
- THURSDAY, MAY 13th : French Speaking NGOs Meeting
- TUESDAY, MAY 11th : Meeting "NGOs - Fuel Wood Crisis"

Do you plan to organize an other meeting :

- subject :
- date :
- size of the conference room : seats

NGO CONFERENCE : FRIDAY MAY 14th

List on an attached sheet the subjects you would like to see addressed by the speakers.

FORUM DES ONG 1982

organisé par le

G.R.E.I.-GERES

dans le cadre du Salon International
de l'Energie Solaire : 11-15 Mai 1982

I N V I T A T I O N

We would be honored by your presence at :

THE INTERNATIONAL NON GOVERNMENTAL ORGANIZATIONS
(NGO) CONFERENCE

"E N E R G Y A N D D E V E L O P M E N T"

that will be held Friday, May 14th, 1982, in room 400 of the "Palais des Congrès" in Marseille.

Mr. Jean-Pierre COT, Minister of Cooperation and Development, will chair the conference.

SCHEDULE (drawn up March 24th)

- 9.00 a.m.
- * Welcome address by Mr. FRANCOIS GUY, President of SETSO, and Mr. RIO, President of the International Solar Energy Exhibition.
 - * Opening address by Mr. Jean-Pierre COT, Minister of Cooperation and Development
Re : "NGO's role in Cooperation and Development"
 - * Mr. N'GOM, CEAO General Secretary,
"Specific NGO actions for did in development"
 - * Mr. SECK MAME N'DIACK, CILSS Executive Secretary
"The Sahel and Renewable Energies"
 - * Mr. FERGUSSON, TNO-Eindhoven
"Fuel wood : Toward a notherform of assistance"
- 14.30 p.m.
- * Mr. DURAND, Président of COMES
"NGO's place in the COMES policy"
 - * Mr. WANE, Directorate for Water and Foresties, Senegal
"Fire wood : beyond the energy crisis, the struggle for life"
 - * Mrs KI-ZERBO, CILSS Regional Coordinator,
"Women's Role in the struggle against the fuel wood crisis".

GERES

Université de Provence - Centre de Saint-Jérôme - Département d'Héliophysique
13397 Marseille Cedex 13 - Téléphone (91) 98.71.15

FOIRE INTERNATIONALE DE MARSEILLE
Télex 410 021 F

Mission

Nos réf. : CG/RM.FD.8203.32

GENERAL SCHEDULE
(PRELIMINARY) written March 30 th, 1982

WORKSHOPS

MEETINGS - CONFERENCES

10
12
TUESDAY MAY 11th
14
17

AUDIOVISUAL

Energy and water pumping E. LAGRANGE	Energy needs in the third world. Messrs AINE, MAASE, ALLIER
---	--

NGOs INTERNATIONAL MEETING

"Fuelwood crisis and improved woodstoves"
IBIS hotel salon

NGOs DINNER

10
12
WEDNESDAY MAY 12th
14
17

"SIMPLE SOLAR WATER HEATERS"
R. CELAIRE, G. FAVARD

"FUEL WOOD CRISIS : IMPROVED WOODSTOVES"
Messrs FERGUSSON, STRASFOGEL

FRENCH SOLAR ASSOCIATIONS MEETING
Palais des Congrès (room 68)

ROUND TABLE organized by the National Co-ordinating Committee of French Solar Associations : **"The Associations role in Regional Solar Actions Development"**
ANME, COMES, ARENE, CAS

10
12
THURSDAY MAY 13th
14
17

"SOLAR DRYING"
MM PUIGHALI, FOURNIER, BRUNET.

"THE HOW'S AND WHY'S OF HOME ENERGY CONSERVATION"
Messrs CABANNES, MOYA

INTERNATIONAL FRANCOPHONE NGOS MEETING

Palais des Congrès
(room 70)

10
12
FRIDAY MAY 14th
14
17

"MICRO-DATA PROCESSING : A TOOL FOR COMMUNICATION AND DECENTRALIZATION IN NGO'S"
ARDEN, JL VIELAJUS

NGO INTERNATIONAL CONFERENCE
"Energy and Development"

Chair : Mr J.P. COT, Minister of Cooperation and Development
Palais des Congrès (room 400)

10
12
SATURDAY MAY 15th
14
17

"BIOGAZ INTEGRATION IN RURAL AREAS"
Messrs DE MORRAES, VARAGNAT

"WOMEN'S ROLE IN THE 3rd WORLD ENERGY CRISIS"
Mrs KI ZERBO, WANE

MARSEILLE

Autoroute
EST
Toulon,
Nice

HOTEL
IBIS
6 rue de
Cassis

FOIRE DE
MARSEILLE
Rond Point
du Prado

GARE
S N C F
"SAINT
CHARLES"

Station
de Métro
CASTELLANE

Autoroute
NORD
Paris, Lyon
Aéroport

E C H E L L E

0 100 500 1000

VIEUX PORT

FORUM DES ONG 19

HOW TO GO TO THE MARSEILLE FAIR

BY TRAIN

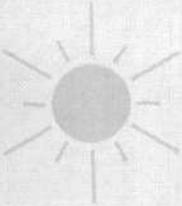
Arrival in Marseille, Saint Charles Train Station ; at the exit, take the subway to the "Castellane" (terminus) ; exit via "Prado n° Pairs". Take the bus (number 19 or 21, 22, 22, 23, 24S, 46, 72, 82A, 82B) ; Get off at "Rond Point du Prado".

BY PLANE

*Arrival : Marseille-Marignane Airport
Take the bus to Marseille "Gare Saint Charles". Follow the instructions above.*

BY CAR

*Arrival NORTH Autoroute (Paris, Lyon, Genève,...)
Exit "Vieux Port", to "Corniche", continue to the statue of David, turn left on "avenue du Prado".
Arrival EAST Autoroute (Toulon, Nice,...)
Exit "Place de Pologne" to "Prado Plage".*



FORUM DES ONG 1982

organisé par le

GRET-GERES

N.REF/ GG.RM 8202-081
dans le cadre du Salon International
de l'Energie Solaire : 11-15 Mai 1982

EINGEGANGEN
13. APR. 1982
Erledigt

Marseille, February 26th 1982

Dear Sir or Madam,

Many of the N.G.O.s * that attended the NAIROBI FORUM expressed a wish to meet again in 1982 to strengthen their network of communication and exchange in these after NAIROBI times.

Some NGOs had even bountered about the idea of meeting in May in Marseille, France. This idea has been taken a step further by a GRET-GERES collaboration that could obtain practical and financial support from French public organizations to organize your reception and participation at the "1982 NGO FORUM" that will be held may 11 through 15th in Marseille as part of the fourth International Solar Energy Exhibition.

This exhibition is the oldest in France on the subject; it gathers together every other year "professionnals" from many countries. These people are technicians, users, politicians... in other words, the people that will decide what solar energy will be to morrow! NGOs are not always appreciated by these professionnals as they don't have very often get the opportunity to hear and understand NGOs ideas and concerns the Forum will provide that opportunity.

What will the Forume be ?

We want to do our best to make all forms of participation possible by NGOs (at least those NGOs interested in "development" and/or "renewable energies"). This Forum has the potential to be what we make of it. We have set up a schedule and a Framework which will allow you to prepare your own level of participation: simultaneously there will be ;

1 - **AN EXHIBITION**

There will be a booth, inside the general exhibition hall, where you will have room to display your models, posters or show audi visual material (video cassettes, slides...) ; you will also be able to display your publications dealing with "remewable energy technologies appropriable to development".

2 - **DEMONSTRATION SITE**

Ther will be a outdoors booth on where you will be able to display your equipment : your "appropriate solar tools" can be displayed within their

* NGO : non Governmental Organization : associations non profit organizations etc...

GERES

Université de Provence - Centre de Saint-Jérôme - Département d'Héliophysique
13397 Marseille Cedex 13 - Téléphone (91) 98.71.15

FOIRE INTERNATIONALE DE MARSEILLE
Télex 410 021 F



natural environment : for example improved cookstoves in a Sahelian home, with traditional intems : cooking pots, firewood, millet, materials,... music,... there will be wind pumps, a solar brooder, biogas digesters, solar driers,...

So you can participate by bringing equipment or by building an environment depending of your knowledge.

3 - WORKSHOPS

If you are interested in exchanging ideas on a subject, you can propose a "workshop"... let us know what you plan to do and we will schedule this public meeting, within the Forum and we will put you in thouch with other NGOs with a similar interest. We will take care of typing and mailing out the reports from these workshops after the Forum has ended. We can also help you organize the meeting. The following workshops have already been programmed : "the role of women in energy use", "improvede coolstoves", "NGOs and micro computer networks", "BIOGAZ".

4 - NGO DAY Friday, may 14th

This day will be advertized by the media as the day of the Forum Progam :

a) INTERNATIONAL CONFERENCE OF NGOs :

all morning

Chairperson : M. JP. COT, French Ministry of Cooperation and Development, who will speak about "the role of NGOs in Cooperation"

other speakers :

- Mr. N'GOM, General Secretary of C.E.A.O : "Specific NGO actions to aid development"
- Mr. SECK MAME N'DIACK, Executive Secretary of the Interstates Comitee for the fight against Drought in Sahel (CILSS) : "Sahel and remewable energies"
- Mrs. WANE, Department of Foret and Water resources in Senegal : "Wood, beyond the energy crisis, a struggh for life".
- Mrs KI ZERBO, Regional Coordinator of CILSS : "the role of women in the fight against the woodfuel crisis".

b) GENERAL INFORMATION FAIR :

in the afternoon

For each type of application of remewable energies, specific explanations and demonstrations with, for example, a construction workshop on an improved cookstove in mud...

This day should enable NGOs, during the cessing of the forum, to interact directly with these important individuals who are the actual judges of our field actions.

5 - MEETINGS

The Forum will also provide an apportunity for some NGOs to meet among themselves and take the time to exchange ideas on a subject of common interest. Meeting rooms will be available for these gatherings in "Palais des Congres" (200 meters).

These meetings can be either planned in advana or organized on the spot, depending upon you preference. They will be free of charge.

We will beter be able to organize if we know in advance what are your intentions and your needs : already scheduled:

- Francophone NGO meeting
- Meeting of the liaison Comitee of french Solar Energy Associations,

You are invited to all these meetings.

An exhibition, demonstrations, workshops an international conference, meetings,... here is the frame that we suggest you fill, according to your interests and capacities. Your participations are FREE.

You can be either an exhibitor, organizer of a workshop, responsible for a demonstration or construction workshop leader, or any combination... or only an observer.

I am sure that you are aware that this 1982 NGO FORUM is an opportunity for all of us.

In order to gather the maximum number of European Solar Associations, GRET/GERES has decided to provide a subsidy on transportation costs inside France, so that each participant (member of an association) need not pay more than 200 F on his/her round trip ticket within France. On the cost of your transportation above 200 F, each participant will eligible to receive a refund, if he/she takes a second class train with a "congress ticket" discount.x

To facilitate the participation of NGOs from thirld world countries, GRET-GERES is willing to

consider, on a case by cas basis, the possibility of financing travel and accomo-
dation expenses... We can also help to finance the transportation of small display
equipment. In order to avoid return shipping expenses small equipment may be
purchased .

Our next mailing at the beginning of april 1982, will give you :

- Official invitation cards
- Programs of the activities scheduled
- Program of the exhibitions
- Eventually, pratical information on possibilities of accomodations in
Marseille,
- Miscellaneous informations : cultural programs, maps, information about
Marseille.

We hope to hear from you between now and then,

Thank you very much for your remarks, suggestions. Hope to hear from you by mail,
phone or telex soon.

Sincerely yours.

Alain ANGLADE
Robert CELAIRE
René MASSE

x Those that want to participate will receive from GRET/GERES a "congress form",
from SNCF (French railways National Company) which will enable them to get a
special ticket, with a 20% discount on the part of their route within France. This
ticket will be validated, during the Forum, at the reception desk.

SONT DEJA ATTENDUES LES ONG SUIVANTES :

CEMAT
 ENDA
 COTA
 BRACE
 CLE
 COLLECTIF D'ASSOCIATIONS
 ADERTA

RUNASCAPI

ITTA
 ASDEAR
 FONDATION BELLERIVE
 ADEREM
 ARUSHA
 CILSS
 OXFAM
 VITA
 WOODSTOVE GROUP
 ITDG
 GATE
 BORDA
 SKAT
 CAS
 VOLONTAIRES DU PROGRES
 GRET
 GERES

COMPLES
 ALEDES
 ARDEN
 BOIS DE FEU
 DELLO
 GEFOSAT
 AGEDES
 CAPENE
 AC3H
 AFEDES
 ENVIPACT
 CATADAS
 ADENAS
 ASSOCIATION D'ETUDE DE L'ENERGIE SOLAIRE VEYNES
 MIS
 ABC
 CELIB
 TERRE DES HOMMES
 LA CIMADE
 D'HOMME A HOMME
 GROUPE TIERS MONDE "CHARTREUX"
 SECOURS POPULAIRE FRANCAIS
 A.I.C.F.
 FRERES DES HOMMES
 C.C.F.D.
 BUREAU EUROPEEN DE
 L'ENVIRONNEMENT

GUATEMALA
 SENEGAL
 BELGIQUE
 CANADA
 KENYA
 SUISSE
 MARTINIQUE
 BRESIL
 FRANCO PERUVIEN
 ANGLETERRE
 TUNISIE
 TUNISIE
 SUISSE
 MAURITANIE
 TANZANIE

ANGLETERRE
 USA
 PAYS BAS
 ANGLETERRE
 ALLEMAGNE FEDERALE
 ALLEMAGNE FEDERALE
 SUISSE
 FRANCE
 FRANCE
 FRANCE (Paris)
 FRANCE (Marseille)

FRANCE
 LYON
 METZ
 MARSEILLE
 COMPIEGNE
 MONTPELLIER
 GRENOBLE
 MONTPELLIER
 CORSE
 PARIS
 TOULOUSE
 LES MEES
 GAP
 NICE
 MARSEILLE
 BRETAGNE
 MARSEILLE
 MARSEILLE
 MARSEILLE
 MARSEILLE
 MARSEILLE
 MARSEILLE
 MARSEILLE
 BELGIQUE

Roberto CACERES
 Pascal SAMBOU
 Pierre GONNAY
 Tom LAWAND
 Arlette SENNEGON-MEISTER
 Yves LADOR
 José NOSEL
 M. DE MORRAES
 Christine BENARD
 M. GIMPEL
 M. CHERIF ZAOUCH
 M. CHABBI
 M. MICUTA
 Mustapha KANE
 Mme KI-ZERBO

M. NIEUWVELT

Pierre LEBAILLIF
 M. SOUCHAS
 Robert CELAIRE, A. ANGLADE
 Michel DEGRAND, F. VARAMAT
 M. MASSE
 J.P MOYA
 G. MENGUY
 M. WERNERT
 S. STRASFOGEL
 MM. VEILAJUS, B. GAY
 Th. SALOMON

M. CASALONGA

A. LESCA
 N. WIDMER

MM MAUREL, SUGIER
 MM DABAT, IZARD
 LE NAIL

G. VERBRUGGE

INDIVIDUAL PARTICIPATION FORM
FOR

"NGO FORUM 1982"

We would appreciate your sending back one form per participant to the following address :

René MASSE
GRET - GERES
Université de Provence
Centre de Saint Jérôme
13397 MARSEILLE Cédex 13
Tél. : 16 (91) 98 71 15
Télex Foire de Marseille, Melle MAUREL
410 021 F

NGO's NAME AND ADDRESS :

.....
.....
.....
.....

PHONE :

TELEX :

PARTICIPANT'S FULL NAME :

.....
.....
.....

HOME ADDRESS :

.....
.....
.....

HOME PHONE :

EXHIBITION

Describe what you plan to display :

POSTERS :

.....
.....
.....

MODELS :

.....
.....
.....

AUDIOVISUAL :

.....
.....
.....

OTHER :

.....
.....

PRESENTATION

Area of participation, describe :

RENEWABLE ENERGY EQUIPMENT :

.....
.....
.....
.....

BUILDING OF AN ENVIRONMENT, CONTRIBUTION TO :

the construction of the site

everyday objects, photos,...

the sound : music,...

other :

CONSTRUCTION WORKSHOP DURING THE NGO'S FORUM :

.....
.....
.....

WORKSHOPS

Do you plan to :

- organize any ?

- participate in any?

on which subjects ?

A)

B)

C)

ORGANIZER'S NAME AND ADDRESS :

.....
.....

PHONE :

MEETINGS

Will you participate in the scheduled meetings :

WEDNESDAY, MAY 12th : meeting of the National
Coordination Committee of the French Solar Associations

THURSDAY, MAY 13th : French Speaking NGOs Meeting

Do you plan to organize an other meeting :

- subject :

- date :

- size of the conference room : seats

NGO CONFERENCE : FRIDAY MORNING MAY 14th

List on an attached sheet the subjects you would like to see addressed by the speakers.

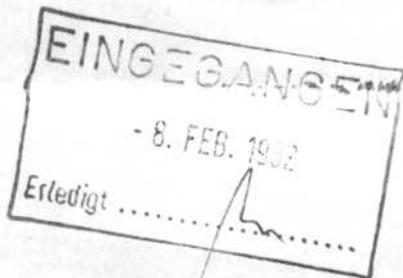
AGKED

Diemersaldenstraße 48
7000 Stuttgart 1
Telefon 0711/241947
Germany

AGKED Diemersaldenstraße 48 7000 Stuttgart 1 Germany

Gossner Mission
z.Hd. Herrn Mische
Handjerystr. 19/20

1000 Berlin 41



Datum/Date: 5.2.1982 /we

AZ/Ref: _____

Mit der Bitte um Verständnis
für diese einfache Form der
Übermittlung

Please excuse this simple
form of transmission

- aufgrund des Telefon-
gesprächs vom
- aufgrund des Schreibens
vom
- aufgrund des Gesprächs
vom
- mit der Bitte um Rückgabe
- mit der Bitte um Erledigung
- mit der Bitte um Weiterleitung
- XX zur Kenntnisnahme
- zur Stellungnahme
- zur Rücksprache
- zur Ablage bei Ihnen
- mit Dank zurück
- bitte wenden!

Re: Your telephone call
of

Re: Your letter
of

Re: Our conversation
of

Please return

Please settle

Please forward

For information

Please comment

For consultation

For your files

Returned with thanks

p. t. o.

Mit besten Grüßen von
Herrn Joachim Lindau.

Mit freundlichen Grüßen

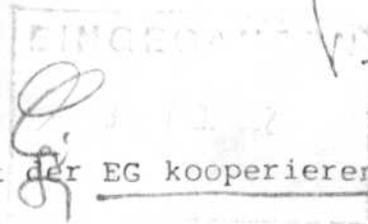
With compliments

i.A.

Ch. Westendorf

- Christa Westendorf -

Aktenvermerk



H. Linde

31.1.

2j 2. dF

Betr.: Treffen der mit der EG kooperierenden NGO's
Köln, 21.1.1982

Bei dem durch den deutschen Vertreter im Verbindungsausschuß bei der EG, Dr. Koch/Misereor, einberufenen Treffen waren mit 25 Teilnehmern etwa 20 der 35 eingeladenen NGO's im Entwicklungsbereich vertreten. Die Tagesordnung blieb wie vorgeschlagen:

- Information über die Zusammenarbeit zwischen den nichtstaatlichen Organisationen und der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Jahre 1981
- Die Rolle des Verbindungsausschusses
- Wahl der Delegierten, die die nichtstaatlichen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland auf der Generalversammlung in Brüssel vertreten sollen
- Verschiedenes

Zunächst berichtete Herr Ködderitzsch von der Europäischen Kommission in Brüssel über die Zusammenarbeit in dem letzten Jahr. Er stellte die breite öffentliche Anerkennung für die Arbeit der NGO's auf Ebene der Mitgliedsländer und der EG heraus. Der neue Kommissar für den Entwicklungsbereich, Pisani (ehemals Landwirtschaft, Nachfolger für Cheysson) will den Entwicklungsbereich aktivieren und dafür verstärkt in die Diskussion und Kooperation mit den NGO's eintreten. Der Haushaltsansatz beträgt für 1982 20 Millionen RE (entsprechend etwa DM 50 Mio., Vorjahr: 14 Mio. RE). Aufgrund des hohen Vorlaufes werden auch diese Mittel voraussichtlich im Mai 1982 vergeben sein.

Dr. Koch gab den Rechenschaftsbericht für das vergangene Jahr (mündlich; schriftlich wäre zeitsparender gewesen). Der Verbindungsausschuß hat viermal getagt und dabei u.a. Gespräche mit EG-Vertretern und dem Generalsekretär des Lomé-Abkommens geführt. Es wurde ein ständiges Sekretariat bei Peters/Brüssel eingerichtet. Wichtig waren zwei Auseinandersetzungen über die Wiederaufnahme von suspendierten Förderungen seitens der KEG: Für Vietnam können seit Dezember wieder für Krankenhäuser (namentlich bekannt) Medikamente und Ausstattung geliefert werden, über CCFD/Paris, OXFAM, CARITAS. Für El Salvador werden nach zeitweiliger Suspendierung Nahrungsmittelhilfen wieder zugelassen (über den Kanal Catholic Relief Service/USA).

Die neuen Richtlinien sind ab 1.1.1982 gültig (Verabschiedung nach verschiedenen Anhörungen durch die KEG). Punkte aus der Diskussion dazu: Regierungszustimmung (Ziffer II, 1a): In kritischen Fällen funktioniert die Fiktion, daß die Zulassung einer Organisation durch die Regierung bereits

als Gutheißung durch Regierungsstellen gelten kann. Dreijährige Befristung: Dieses wird durch die Kommission locker gehandhabt, Nachfolgeanträge sind möglich.

Dr. Koch stellte die Rolle des Verbindungsausschusses hinsichtlich seines politischen Mandats zur Diskussion. Er wies auf das Grundproblem der äußerst heterogenen Zusammensetzung der NGO's hin, die ein generelles Mandat für politische Stellungnahmen nicht zuließen. Es wurden sehr unterschiedliche Einschätzungen geäußert, meist höchst vorsichtig. Man einigte sich darauf, daß ein politisches Mandat für solche Fälle bestände, die mit Projekten im allgemein akzeptierten Arbeitsspektrum der "akkreditierten" Hilfswerke im Zusammenhang mit Projekten auftauchen (z.B. Vietnam, El Salvador). "Freie Stellungnahmen" zu aktuellen politischen Ereignissen sollten im Prinzip nicht abgegeben werden.

In einer eher formalen Nachwahl wurden drei Delegierte für die Generalversammlung turnusmäßig für die nächsten 3 Jahre gewählt (Hölter/CARITAS, Hilliges/Terre des Hommes, Tintelnott/Kolping Werk).

Es besteht Einigkeit darüber, daß im nächsten Jahr in Nachfolge für Dr. Koch der deutsche Vertreter im Verbindungsausschuß neugewählt werden muß. (Dr. Koch will nicht wieder kandidieren.) Hierzu werden Vorabstimmungen notwendig sein.

Bonn-Bad Godesberg
27.1.1982

Wd/Yu

Manfred Wadelm
EZE

GOSSNER MISSION

Kommission der
Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion Entwicklung
Zusammenarbeit mit NRO
Herrn Lenz
Rue de la Loi 200,
B - 1049 Brüssel

1 Berlin 41 (Friedenau)
Handjerystraße 19-20
Fernsprecher: (030) · 851 30 61 · 851 69 33
Postscheckkonto: Berlin West 520 50 · 100
Bankkonto: Berliner Bank, BLZ 100 200 00
Kto.-Nr. 0407480700

Berlin, den 3.2.1982

Betr.: Antrag auf Gemeinschaftsfinanzierung eines Entwicklungsprojektes in
Zambia - Gwembetal
hier: Ihr Schreiben 000986 vom 13.1.1982

Sehr geehrter Herr Lenz!

In Beantwortung des o.a. Schreibens vom 13.1.82 und bezugnehmend auf unser Telefongespräch vom 1.2.1982 möchte ich auf die einzelnen Fragen antworten in der Hoffnung, daß unser Antrag nun vollständig ist und in dieser Form anerkannt und daß positiv darüber entschieden wird.

Zu 1) Ich hoffe, Ihnen bald einen abschließenden Bericht vorlegen zu können. Auf jeden Fall füge ich noch einmal eine Kopie meines Zwischenberichtes vom 30.7.81 bei.
Vom 26.12.1981 bis 14.1.1982 habe ich wieder das Projekt besucht und konnte mich vom Fortschritt des Nkandabwe Irrigation Schemes überzeugen. Der Damm hat sich bewährt. Alle Flächen werden genutzt. Inzwischen sind schon drei Ernten erzielt worden. Die Bauern haben kürzlich beschlossen, daß sie ein Konto anlegen und jährlich K 5 pro 0,1 ha einzahlen wollen, um in Zukunft erforderliche Reparaturmaßnahmen aus eigener Kraft zu finanzieren. Dieser Beschluß ist Ausdruck einer erstaunlichen Mitverantwortung, die bisher in dieser Form nicht sichtbar gewesen ist.

Schwierigkeiten gibt es noch in Organisationsfragen (Verteilung des Wassers, etc.). Darum ist eine gelegentliche Beratung seitens eines Mitarbeiters der Gossner Mission noch erforderlich. Aber nach seiner Einschätzung werden auch in diesen Fragen langsame Fortschritte gemacht.

Zu 2) Die unterschriebene Anerkennung der Allgemeinen Bedingungen wird beigelegt (Anlage).

Zu 3) Nach dem Telefongespräch habe ich die Zahlen unseres Antrages noch einmal überprüft. In der Anlage füge ich nunmehr einen veränderten Antrag bei, der nur die Kosten berücksichtigt, die auch direkt durch die im Antrag aufgeführten Maßnahmen entstehen werden. Das betrifft auch die Zahl unserer Mitarbeiter. Drei Mitarbeiter werden nicht mehr aufgeführt. Bei einer Mitarbeiterin wird sich das Gehalt ab 1983 halbieren, weil nach unserem Verständnis nur noch eine halbe Kraft erforderlich ist. 1982 sieht dies anders aus, weil das Projekt erst aufgebaut wird. Ein entsprechender Beschluß ist vom Staff des Projekts am 8.1.1982 gefaßt worden.

Was die finanzielle Beteiligung der zambischen Regierung angeht, bin ich nicht mehr besonders optimistisch. Die vorgelegten Maßnahmen sind zuvor alle genehmigt worden. Auch wurden die entsprechenden Mittel verbal und durch Beschlüsse in Aussicht gestellt. Die gegenwärtige finanzielle Krise in Zambia erlaubt der Regierung aber keinen großen Spielraum mehr.

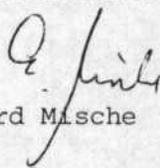
So fürchten wir, daß bei den Sparmaßnahmen vor allem die ländlichen Gebiete besonders empfindlich getroffen werden. Das kann bedeuten, daß die Gossner Mission zusätzlich belastet wird, wodurch ihre prozentuale Beteiligung deutlich höher ausfallen wird.

Als Anlage füge ich noch eine Beschreibung des Lima-Programms bei, die uns erst im November zugeschickt wurde.
Schließlich füge ich noch eine kurze Darstellung bei, die eine Antwort auf die Frage gibt, wieviele Menschen mit den Maßnahmen erreicht werden.

Ich hoffe, daß eine endgültige Entscheidung über unseren Antrag bald getroffen werden kann und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Ihr


Erhard Mische

Anl.: Kopie Zwischenbericht über Vorhaben ONG/136/80/D
Allgemeine Bedingungen - (Anerkennung)
Gesamtkosten und Personalaufstellung
Erreichte Bevölkerungsgruppen
Lima-Programm

ANLAGE 3

zu 3) der Anfrage (III.2. u. 3. (Seite 9 unseres Antrages))

3a) Wenn man die Kosten der Projektarbeit abzieht, die nicht kofinanzierungsfähig sind, weil sie sich auf Projektarbeiten beziehen, die vor dem Antrag begonnen wurden und nicht in den Antrag mit einbezogen sind, ergibt sich folgender korrigierter Zahlenspiegel:

Projektkosten in DM

Gesamtkosten des Vorhabens sind DM 1.813.647,--.

3b) Unser Antrag lautet gemäß den neuen Richtlinien des Vertrages:

Beitrag der Gossner Mission	DM	453.411,--
Beitrag der Regierung von Zambia	DM	460.236,--
Beantragter Zuschuß der KEG	DM	900.000,--
		<u> </u>
		(EKU 360.000)

Nach dem revidierten Antrag beträgt der Beitrag der Gossner Mission Deutschland mit DM 453.000,-- 25% der Gesamtkosten.

Zu III.6. unseres Antrages

Es wird um die Auszahlung in drei Raten gebeten:

- 1982 = DM 300.000,--
- 1983 = DM 300.000,--
- 1984 = DM 300.000,--

Einzelerläuterung

a) Die GSDP-laufenden Kosten umfassen Verwaltungskosten, Kilometergeld der Mitarbeiter der Gossner Mission und der mit der Aufsicht und Durchführung beauftragten Zambianer und Kosten, die direkt mit den im Antrag aufgeführten Maßnahmen zu tun haben.

Die Summe von DM 460.210,-- (K = 168.575) schlüsselt sich wie folgt auf: (dazu Anlage Ia, S.2 unseres Antrages, die Jahre 1982-84 sind zusammengerechnet)

1. Siatwiinda Irrigation Scheme: geschätzte Kosten für die drei Jahre nach der Erweiterung	K	6.000
2. entfällt		-
3. entfällt		-
4. das neue Lima-Programm (siehe neue Anlage)	K	34.000
5. entfällt		-
6. das neue Ernährungs- u. Gesundheitsprogramm	K	13.500
7. entfällt		-
8. s. 6.	K	3.000
9. reduziert sich auf	K	20.000
10. reduziert sich um 50% (Verwaltung des Projekts)	K	19.075
11. reduziert sich proportional auf	K	70.000
12. entfällt		-
13. entfällt		-
14.	K	<u>3.000</u>
		<u>K 168.575</u>
		<u> </u>

b) Personal (Betr. II.8.3, Seite 8 unseres Antrages)

Auch in diesem Bereich ergibt sich eine Korrektur, so daß die gesamten Personalkosten für den genannten Zeitraum von 1982-84 insgesamt DM 645.000,-- betragen.

Wir gehen davon aus, daß die Projektarbeit Ende 1984 weithin abgeschlossen sein wird. Wir sind zwar davon überzeugt, daß die Gossner Mission auch nach 1984 noch in der Gwembe-Süd-Region personell engagiert ist. Aber bei dieser Mitarbeiter wird so reduziert werden, daß die Gossner Mission keine weiteren Anträge stellen wird.

Nach dem Urteil der Fachleute wird die Hilfe weithin abgeschlossen sein. Zur Durchführung der im Antrag aufgeführten Maßnahmen ist folgendes Personal erforderlich:

- 2 Agraringenieure für die Erweiterungsmaßnahmen und die Durchführung des Lima-Programms;
- 1 Agrarökonomin als Beraterin für die Consumer Cooperative und die Credit Unions und für das Lima-Programm;
- 1 Bauingenieur, der bei den Baumaßnahmen notwendig ist (Kanalsysteme) und in der Betreuung der Gwembe-South-Builders (halbe Stelle)
- 1 Beraterin für VSP (halbe Stelle)
- 1 Person (Soziologin), die das Gesundheits- und Ernährungsprogramm aufbaut. Ab 1983 Berechnung als halbe Stelle

Die in unserem Antrag unter II.8.3. genannten drei weiteren Personen sind zwar für die Arbeit des Gesamtprojektes notwendig und wichtig, sie werden aber nicht mehr berücksichtigt, weil sie mit der Durchführung der Maßnahmen direkt nichts zu tun haben.

Wieviele Menschen werden erreicht?

In der Gwembe-Süd-Region des Gwembetales leben ca. 50.000 Menschen. Wieviele Menschen sind erreicht worden und werden durch die beschriebenen Maßnahmen erreicht? Es ist natürlich schwierig, exakt in statistischen Zahlen diese Fragen zu beantworten. Trotzdem lassen sich einige Schätzwerte angeben:

1. Bewässerungsprojekte

Rechnet man zu den 233 Bauern, die eine Fläche in einem der Bewässerungssysteme bewirtschaften, die Familien hinzu, kommt man etwa auf 1000-1800 Personen, die direkt von diesen Projekten profitieren. Die Bewässerungsprojekte produzieren außerdem weithin für den lokalen Markt. Reis und Gemüse werden nicht vermarktet, sondern bleiben in der Region. Vor allem Frischgemüse während der Durststrecken Oktober bis Januar sind sehr begehrt und werden nun in der eigenen Region angebaut. Dadurch haben diese Projekte entscheidend mit zur Selbstversorgung der Bevölkerung beigetragen. Nach den geplanten Erweiterungsmaßnahmen ist nicht ausgeschlossen, daß wetterunabhängig das Gebiet selbstversorgend wird. Davon würde der größte Teil der Bevölkerung profitieren.

2. Credit Union

Zur Credit Union in Siatwiinda gehören z.Z. über 150 Mitglieder, und die Zahl steigt. Weitere Kreditgenossenschaften sind vor allem in entlegeneren Gebieten geplant. Die Beratungen werden schon durchgeführt. Es ist schwer abzuschätzen, aber nach drei bis vier Jahren werden sicherlich 500-800 Menschen angesprochen werden und sich an diesen Einrichtungen beteiligen.

3. Im Regenfeldbau ist ein Limaprogramm entwickelt, das in diesem Jahr voll zum Zuge kommen soll. Es ist so konzipiert, daß alle Regionen erfaßt werden und allen Bauern einer bestimmten Region die Möglichkeit der Beratung und der Inanspruchnahme dieses Programms geboten wird. An dem Programm sind das Malima Farmers' Training Center und alle Agricultural Assistants beteiligt. Eine 1000 Bauern sollen mit diesem Programm erreicht werden, vor allem die Bauern, die bisher von der Projektarbeit noch nicht profitiert haben.

4. Die neue "multi-purpose society" - VSP - hat zwei Schwerpunkte, mit denen ein größerer Kreis von Dörfern und Personen erreicht wird.

- a) Die Unterstützung von Selbsthilfeprojekten in einzelnen Dörfern. Bisher wurde ein Rural Health Center (Rohbau) begonnen, zu dessen Einzugsgebiet zahlreiche Dörfer mit 1000-2000 Personen gehören. Diese Dörfer haben sich verpflichtet, durch Sachleistungen oder Arbeitskraft 50% der anfallenden Kosten aufzubringen. Die anderen 50% werden von VSP übernommen. Die Erweiterung einer Schule (2 Klassen) ist geplant. Mehrere Wege sollen auf diese Weise finanziert werden, die vor allem entlegener Dörfer an das Verkehrsnetz anschließen sollen.
- b) Einzelkredite bis zu DM 120,- werden an Familien ausgegeben, die dieses Geld für kleine Entwicklungsvorhaben oder zum Kauf von Schulkleidung verwenden. Sie werden nach der Ernte zurückgezahlt. Geplant ist, pro Jahr 100-200 solcher Kredite zu gewähren.

5. Gesundheit, Ernährung und Gemeinwesenarbeit

Drei Schwerpunkte sollen mit diesem Programm gesetzt werden, um möglichst viele Frauen zu erreichen.

- a) Schulung der Mütter, die einmal in der Woche zu den "under-five-clinics" der verschiedenen dörflichen Gesundheitszentren kommen. Vorgesehen ist dabei, daß neben der Schulung auch Felder von Frauengruppen zu Demonstrationszwecken gemeinsam bewirtschaftet werden.
- b) In den Bewässerungssystemen erhalten Frauengruppen ein oder mehrere Felder, die sie gemeinsam bewirtschaften. In Malima ist dies schon geschehen (20 Frauen), und in Siatwiinda ist dies bei der Erweiterung vorgesehen. Auch in Nkandabwe wird verhandelt. Das würde bedeuten, daß am Ende ca. 60-100 Frauen verstärkt berücksichtigt werden bei der Vergabe neuer Felder, wie die Farmers' Committees zugesichert haben.
- c) Beim Lima-Programm sollen vor allem auch die Frauen mit einbezogen werden. Auch in diesem Fall werden weit über 1000 Frauen erfaßt werden, wenn sich die Pläne realisieren lassen.

6. Gwembe-South-Builders

Zur Zeit arbeiten in dieser Baugenossenschaft 25 Personen mit. Bei einem Anwachsen der Auftragslage können bis zu 50 Personen beschäftigt werden. Mitglieder und Mitarbeitende der GSB sind Bauern, die während der Regenzeit ihre Felder bestellen.

Die GSB tragen vor allem zur Verbesserung der Infrastruktur der Gwembe-Süd-Region bei. Auch beraten sie Familien, die sich ein Haus bauen wollen. Sie werden auch bei den Erweiterungsmaßnahmen der Bewässerungsprojekte in der Weise einbezogen, indem sie Fachleute für den baulichen Teil abstellen.

7. Consumer Cooperative in Kanchindu / Siatwiinda

Die Initiative geht von den Mitgliedern der Siatwiinda Credit Union aus. Nur in ganz wenigen Orten entlang der Straße, die nach Maamba führt, gibt es Geschäfte und Einkaufsmöglichkeiten für die lokale Bevölkerung. Die meisten Dörfer sind weithin davon abgeschnitten. Darum ist es sinnvoll, daß eine Consumer Cooperative entsteht, die ein großes Gebiet betreuen wird, in dem mehrere 1000 Menschen wohnen.

Wenn man alle diese beschriebenen Maßnahmen zusammensieht als eine gemeinsame Projektstrategie, dann werden am Ende die meisten Menschen der Gwembe-Süd-Region von den geplanten Maßnahmen direkt oder indirekt profitieren. Der psychologische Effekt ist vielleicht noch wichtiger. Die Menschen ergreifen Initiative, wo sie früher passiv gewesen sind. Dies gilt auch für die, die an keinem Projekt direkt beteiligt sind. Z.B. kann man heute überall bei zahlreichen Familien kleine Gärten sehen, die früher nicht angelegt wurden, weil die Menschen begriffen haben, daß mit Bewässerung Gemüse angebaut werden kann. Das Gebiet um Siatwiinda gehörte vor dem Bewässerungsprojekt zu den ärmsten Gebieten mit schlechtem Boden. Die Situation hat sich allmählich gewandelt. Zugleich ist gezeigt worden, daß in dieser Gegend Bewässerungslandwirtschaft möglich ist.

Im November 1981 haben die Bauern von Malima und Siatwiinda den Beschluß gefaßt, daß sie in Zukunft für die laufenden Kosten ihrer Schemes selber aufkommen wollen. Sollte dies gelingen, dann sind diese beiden Projekte trotz der enorm gestiegenen Kosten für Diesel auch ökonomisch selbständig.

Anerkennung der allgemeinen Bedingungen
für Mitfinanzierungen

Die Organisation: Gossner Mission, Handjerystraße 19/20, 1000 Berlin 41
vertreten durch : Herrn Direktor Siegwart Kriebel

erklärt sich mit den Allgemeinen Bedingungen für Verträge über Mitfinanzierungen zwischen der KEG und den NRO einverstanden. Diese Allgemeinen Bedingungen sind Bestandteil des gegebenenfalls zu schließenden Vertrages.

.....*Siegwart Kriebel*.....
(Siegwart Kriebel)

An die Kommission der
Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion Entwicklung
Herrn Lenz
Rue de la Loi 200,
B-1049 Brüssel

Berlin, den 22.2.1982

Betr.: ONG/136/80(D)
hier: Kostenrechnung

Sehr geehrter Herr Lenz!

In der Anlage übersende ich Ihnen die Abrechnung für das kofinanzierte Entwicklungsvorhaben in Zambia. Die Maßnahmen wurden entsprechend unserem Antrag in 1980 abgeschlossen.

Wie schon berichtet, werden alle Felder bewirtschaftet. Das Kanalsystem funktioniert. Weitere Kosten entstehen nicht mehr. Die Bauern haben im November beschlossen, daß jeder Bauer für 0,1ha Wassergeld in Höhe von 5 Kwacha im Jahr bezahlen muß. Dieses Geld wird auf ein Sonderkonto eingezahlt, um Rücklagen für mögliche Reparaturmaßnahmen in der Zukunft zu bilden.

Vom ökonomischen Standpunkt ist das Projekt selbständig und lebensfähig. Im organisatorischen Bereich muß noch zusätzliche Beratung angeboten werden. Diese Beratung wird vom Gesamtprojekt geleistet. Es ist aber zu erwarten, daß diese Schwierigkeiten in naher Zukunft überwunden werden können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Erhard Mische
(Zambia-Referent)
(ich Dikat verreist)

i.A. Lischewsky, Sekr.

Abrechnung

für die Maßnahmen der Rekonstruktion des Staudamms und der Erweiterung des "Nkandabwe Irrigation Scheme" in Südzambia

Alle Angaben werden in Kwacha gemacht.

1. Arbeitslöhne insgesamt		11.447,--
2. Herstellung der Pfähle für die Umzäunung		315,--
3. Imprägnierung der Pfähle		250,--
4. Material:		
Zement		12.100,--
Concrete-blocs		1.814,--
Ziegelsteine		2.379,--
Nägel, Drähte, Zäune etc.		813,--
5. Transport:		
LKW		
Ziegelsteine (20 Ladungen)		2.800,--
Sand (20 Ladungen)		600,--
Concrete-Sand (40 Ladungen)		1.000,--
Bausand (20 Ladungen)		600,--
Zaunpfähle		400,--
Zäune		700,--
6. 2 Gatter (Herstellung)		250,--
7. Handwerkszeug (Schaufeln etc.)		1.195,--
8. Ventile und Wasserverteilung		344,--
9. Transport (PKW) für supervision des officers		1.680,--
10. Verwaltung (Zambia)		208,--
11. Land use office/ Choma		620,--
12. Gehalt für eine deutsche Fachkraft		19.498,--
13. Gossner Mission (3% Verwaltungskosten)		1.765,--
		<u>60.778,--</u>

An die Kommission der
Europäischen Gemeinschaften
-Generaldirektion Entwicklung-
Herrn Lenz
Rue de la Loi 200
B-1049 Brüssel

Berlin, den 10.2.1982

Betr.: Unser Antrag auf Gemeinschaftsfinanzierung eines EP in Zambia
hier: Nachreichung der Finanzaufstellung

Sehr geehrter Herr Lenz!

Leider haben wir vergessen, Ihnen die korrigierten Zahlen in der Zusammenstellung mit dem neuen Antrag zuzuschicken. Sie beziehen sich auf Punkt III, 3.1 und 3.2 (Seite 9) unseres ersten Antrages.

Ich bitte um Entschuldigung und freundliche Kenntnisnahme.

Mit freundlichem Gruß

GOSSNER MISSION
i.A.

G. Lischewsky, Sekr.

Anl.: Aufstellung

GOSSNER MISSION

A N L A G E

3.1 Projektkosten in DM

GSDP-Personal-Beratung			DM	695.000,--
GSDP-laufende Kosten	K 168.575	=	DM	460.210,--
Siatwiinda-Extension	K 120.225	=	DM	328.214,--
Malima (Haushalt)	K 41.725	=	DM	113.909,--
Malima (Extension)	K 16.135	=	DM	44.048,--
VSP Kapitalerhöhung	K 10.000	=	DM	27.300,--
2.5t Toyota Pick up			DM	34.500,--
1.0t Toyota Pick up			DM	15.942,--
Gwembe South Builders			DM	27.300,--
Kapitalerhöhung				
Unvorhergesehenes			DM	14.400,--
			<u>T o t a l</u>	<u>DM 1.760.823,--</u>

3.2 Projektbearbeitungskosten der Gossner Mission in DM:

3% der Gesamtkosten für Verwaltung und Bearbeitung DM 52.824,--

G e s a m t DM 1.813.647,--

expenditures in 1979 - 1981 for

Nkandabbi Irrigation Extension

" " Dam [Repair]

" " Dam [strengthen and raise]

Separate listed costs in KWACHA:

1. Labour

2. Material

3. Transport

4. Tools

5. Land use and Planning Section [CHOMA]

6. Workshop [GSDP]

7. Salary of a german expert

8. Administration - costs / Gossner Mission, Berlin

<u>item 1.</u>	<u>Labour</u>	Amount in K
	Salary for Nov. and Dec. 1979	1644.17
	Salary for Sept. 1980 - Jan. 1981	9803.50
	Piece-work for 1980	315.98
		11763.65

<u>item 2.</u>	<u>Material</u>	
	Cement 2200 bags	12100.00
	concret blocks 2 different sizes	1814.00
	Bricks	2297.60
	Fencing material like poles, barbed wire, nails etc.	813.50
		17025.10

<u>item 3.</u>	<u>Transport</u>	
	Big Trucks 28 Loads [siabawis]	2800.00
	River Sand 20 "	600.00

item 3.	concret Sand 40 Loads	1000.00	
	Building Sand 20 "	600.00	
	KM-claim [supervising officers]	1680.00	
	Poles 2 loads [CHOMA]	400.00	7
	Barbed-wire 1 load [Zusaka]	700.00	7780.00

item 4.	<u>Tools</u>		
	Wheelbarrows, shovels, pickets and trowels	1115.53	
	water-pump [petrol consumption]	322.95	1518.48

item 5.	<u>Land use and Planning Section</u>		
	Subsistence allowance for surveyor	620.50	
	Travel costs for officer in charge	208.00	828.50

item 6.	<u>Workshop - G.S.D.P.</u>		
	2 gates [irrigation fence]	250.00	
	maintenance of water-pump	100.00	
	Treatment of poles [diesel/tax]	250.00	600.00
	sub total		<u>39515.73</u>

item 7.	Salary of German expert	19498.00	
---------	-------------------------	----------	--

item 8.	Administration Cost in GM-Berlin	1764.50	<u>21262.50</u>
---------	----------------------------------	---------	-----------------

	total		<u>60778.20</u>
--	-------	--	-----------------

An die
Kommission der
Europäischen Gemeinschaften
Generaldirektion Entwicklung
Rue de la Loi 200,
B-1049 Brüssel

Berlin, den 30.7.1981

Betr.: Vertrag in Form eines Briefwechsels zwischen der KEG und der Gossner Mission, Handjerystraße 19/20, D-1000 Berlin 41, über die gemeinsame Finanzierung des Entwicklungsvorhabens Nr. ONG/136/80/D
hier: Zwischenbericht

Bezug: Unser Antrag vom 3.3.1980 "Rekonstruktion eines Staudamms in Zambia"

Am 1.9.1980 wurde mit der geplanten Ausdehnung begonnen. Der Dammbau wurde stärker gebaut und um 70 cm erhöht. Der Hauptkanal wurde um 10 cm erhöht. Ein Kanal- und Drain-System in der Erweiterungsfläche wurde ausgebaut.

Neben den 35 Bauern im alten Bewässerungssystem wurden 45 neue Bauern aufgenommen. Die erste Aussaat erfolgte zur Regenzeit 1980/81. Die zweite Ernte (vor allem Gemüse) wird in diesen Tagen eingebracht. Alle Flächen werden intensiv bewirtschaftet und genutzt.

Bei meinem Besuch im Gwembetal vom 25. Juni - 16. Juli 1981 konnte ich mich davon überzeugen, daß die Erweiterungsarbeiten vollständig abgeschlossen sind und die Bauern im o.g. Sinne ihre Felder bewirtschaften. Ein ausführlicher Abschlußbericht wird Ihnen im September oder Oktober d.J. zugeschickt werden.

Nochmals besten Dank für den bewilligten Zuschuß, dessen Investition sich sehr positiv ausgewirkt hat.

Mit freundlichen Grüßen

Erhard Mische, Pfr.
Zambia-Referent

Comité Préparatoire de l'Assemblée Mondiale des ONG Preparatory Committee of the World Assembly of NGOs

West Berlin January 25th 1982

Dr Bernard Granotier

Président
Chairman

to : Gossner Mission

The World Assembly of Non Governmental Organizations takes place at the Intercontinental Hotel of Vienna (Austria) on September 1st-3rd 1982.

Four hundred delegates representing all the professional, social and ideological sections of the international public opinion will define common priorities in

1) Food security and development of poor countries

2) International security, desarmament, peace

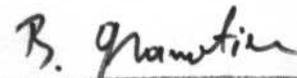
3) Human Rights

4) The Common Heritage of Mankind: Outer Space, Law of the Sea, Nature

5) Prospects for the future: the scientific revolution, social needs

The report of this unprecedented meeting will be brought to the attention of the 158 governments of the world through the next session of the General Assembly of the United Nations.

During a short visit to your country, my agenda did not allow me to make arrangements for an appointment with you. I regret it but the preliminary documentation of the first World Assembly of Non Governmental Organizations will be soon sent to your office.
Sincerely,



Bernard Granotier

OCDE

ORGANISATION DE COOPÉRATION ET
DE DÉVELOPPEMENT ÉCONOMIQUES

94, rue Chardon-Lagache
75016 PARIS CEDEX

CD/LC/1394
VDG/eb



OECD

ORGANISATION FOR ECONOMIC
CO-OPERATION AND DEVELOPMENT

Téléphone : 527 65-19
Télégrammes : DEVCENTRE
Télex : 62.160 OCDE PARIS

January 1982

Dear Sir or Madam,

We have pleasure in informing you of the publication of the Directory of Non-Governmental Organisations in OECD Member Countries active in Development Cooperation. The attached leaflet includes information on the contents of this publication, its potential interest, and how to obtain it.

It is thanks to the collaboration of numerous NGOs that the compilation of the Directory was made possible. We have therefore been able to arrange for NGOs which have participated in our survey to obtain copies at the special price of FF.220 or US\$49 (postage paid).

If you wish to buy a copy at the reduced price, kindly complete and return the enclosed order form directly to the Development Centre at the address below, so that we can take the necessary steps.

We would also like to draw your attention to the fact that this Directory has been compiled from a computerised data base which permits selective information retrieval at the request of interested public or private organisations. Such requests should be addressed to:

→ | Liaison and Cooperation
OECD Development Centre
94, rue Chardon-Lagache
75016 Paris
France.

We very much hope to be able to be of service to your organisation, either by supplying you with an order, or by answering a request from you for information from the data base.

Yours sincerely

Giulio Fossi
Head, Liaison and Cooperation,
Exchange of Experience, Publications

THE INTERNATIONAL DEVELOPMENT INFORMATION NETWORK DATA BASE

I. HISTORICAL BACKGROUND

The OECD Development Centre, within the framework of its liaison and co-operation activities, undertook to be the focal point of the network for the collection, analysis and processing of data on development research and training institutes, and development research projects in progress in the field of economic and social development.

This initiative was requested by the ICCDA (the Inter-Regional Co-ordinating Committee of Development Associations), the five regional Associations being:

- The Association of Development Research and Training Institutes of Asia and the Pacific (ADIPA)
- The Association of Arab Institutes and Centres for Economic and Social Research (AICARDES)
- The Latin American Social Science Council - Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO)
- The Council for the Development of Economic and Social Research in Africa (CODESRIA), and
- The European Association of Development Research and Training Institutes (EADI).

The activities undertaken within the framework of the network fall within the wider scope of the DEVSIS (International Information System for the Development Sciences) project which was developed as a result of the collaboration between the IDRC (the International Development Research Centre of Canada), ILO, UNDP, the Department of Economic and Social Affairs of the United Nations, UNESCO, and the OECD.

II. RESEARCH AND TRAINING INSTITUTES AND ONGOING RESEARCH PROJECT DATA

The information supplied by the institutes, researchers and/or financial sponsors includes, for the institutes: name, address and general information relating to the institute's training, research and other activities, and the facilities available. For the ongoing research projects, data include: name and address of the institute; name/s of researchers; financial sponsor, if any; title of the project; starting date and expected duration; a short text describing the project; and a keyword analysis. The OECD *Macrothesaurus* (which was designed specifically for indexing use on issues of economic and social development) is used for the analysis by keyword of the research projects and of the main fields of interest of the institutes. These keywords are used for the extraction of bilingual indexes for publication purposes, and for automatic information retrieval (see paragraph IV below).

III. LIAISON BULLETIN REGISTER SERIES

The ongoing research data collected to date have been published in the regional issues of the Register series of the *Liaison Bulletin*: Africa (1979), Latin America (1979) and Asia (1980).* Preparations are now under way for updating the Registers, starting with Africa, to be published in 1981.

(Note to librarians: In view of the contents, may we suggest that the Registers be classified and located with other reference material).

IV. INTERROGATION OF THE DATA BASE

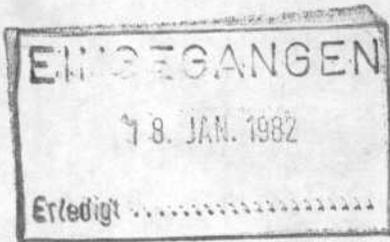
Information can also be obtained through interrogation of the data base using *Macrothesaurus* keywords to select specific areas of interest. This service is available to all, upon request to "Liaison and Co-operation" (see address above) and a printout is provided, at present free of charge.

V. NON-GOVERNMENTAL ORGANISATIONS DATA BASE

An additional data base, covering Non-Governmental Organisations based in OECD Member countries who are active in the field of development in Third World countries and/or development education in their own countries, has been established and will be available for interrogation.

(Paris, Spring, 1981).

Generaldirektion Entwicklung
Zusammenarbeit mit
Nichtregierungsorganisationen



Herrn Pfarrer Erhard MISCHE
Zambia Referat
GOSSNER MISSION

Handjerystraße 19-20

D - 1000 BERLIN 41 (Friedenau)

Sehr geehrter Herr Pfarrer Mische,

wie mein Mitarbeiter, Herr Lenz, Ihnen bereits im Dezember telefonisch mitteilte, wurde Ihr Antrag auf gemeinsame Finanzierung des Vorhabens "Integriertes landwirtschaftliches Entwicklungsprojekt in Zambia" auf das Haushaltsjahr 1982 übertragen.

In der Absicht, die Prüfung dieses Vorhabens nunmehr rasch zum Abschluß zu bringen, bitte ich um Übersendung folgender Unterlagen bzw. zusätzlicher Angaben:

- 1) Einen ausführlichen Durchführungs- oder Situationsbericht über das Vorhaben ONG/136/80/D.
- 2) Die vervollständigte und unterschriebene Anerkennung der Allgemeinen Bedingungen (Anlage III der Allgemeinen Bedingungen).
- 3) Klarstellung einiger Punkte der Finanzierung des Vorhabens:
 - a) Wie hoch ist die Beteiligung der Gossner Mission Deutschland aus eigenen Mitteln?
 - b) Die laufenden Kosten des bereits 1970 in Angriff genommenen Vorhabens in Höhe von 945.535 DM sind nicht kofinanzierungsfähig. Bitte, verringern Sie entsprechend das Projektvolumen und den KEG-Beitrag.

/...

00322 / 23511 / 235111

- c) Wir benötigen eine genaue Aufschlüsselung der geplanten Verwendung des beantragten KEG-Beitrags, sowie des Postens "Personalberatung" unter Punkt 3.1. auf Seite 9 Ihres Antrags. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang vorsorglich darauf hinweisen, daß Personalkosten nur proportional für den kofinanzierten Teil des Vorhabens übernommen werden können, und dies nur für den Zeitraum der EG-Beteiligung. Alle sonstigen Personalkosten im Rahmen dieses zehnjährigen Vorhabens sind von einem Zuschuß der Kommission ausgeschlossen.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir baldmöglichst die fehlenden Unterlagen, Informationen und Klarstellungen übersenden würden, damit eine endgültige Entscheidung ergehen kann.

Mit freundlichen Grüßen

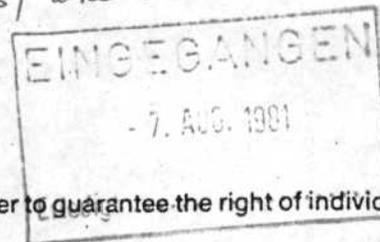
W. Ködderitzsch

W. KÖDDERITZSCH
Stellvertretender Abteilungsleiter

Q. Z. Beifügung

FOOD AND DISARMAMENT INTERNATIONAL
NOURRITURE ET DESARMEMENT INTERNATIONAL
CIBO E DISARMO INTERNAZIONALE

- 1) Linder 2. Ktn.
- 2) Beste oder 2. Ktn.
- 3) Kretzel ✓



Excerpts from the rules of the association... «aims»:

- To promote and support the organisation of nonviolent campaigns (Satyagraha) in order to guarantee the right of individuals and peoples to food and disarmament;
- To safeguard individuals' and peoples' right to information on possible solutions to the problems of hunger and disarmament;
- To support and promote - by means of satyagraha and information - governmental, institutional and legislative acts, so that the very right to live is ensured to all individuals and peoples - a right denied by hunger, arms, underdevelopment and violence.

July 1981

Dear Friends,

We need your immediate attention and your help in the coming weeks.

On June 24th, we launched (in Rome, Paris, New York, and Brussels) an appeal of 53 Nobel Prize winners against the on-going extermination of millions of persons every year by means of hunger. Such a manifesto aims at ensuring the immediate survival (i.e. today, not tomorrow) of millions of people who will otherwise die over the next 12 months. It says that this must be the absolute top priority of any action and human policy, that new laws, new budgets, new measures, new government programmes must be proposed and voted, and it says that nonviolent mass popular actions must be undertaken immediately in order to reach this objective.

In support of this initiative, Marco Pannella (who as you know is also currently member of the European Parliament) will start on August 1st an unlimited hunger strike until the survival, over a period of at least 12 months, of at least 4 million persons among those who are - as things stand now - bound to die of hunger and poverty is ensured.

We know such an objective may seem foolish and excessively ambitious. Yet we also know that unless we manage to impose a change on such a scale, whatever action we undertake is bound to be nothing more than a mere symbolic action.

For those readers who know little about us, we are nonviolent activists who have been involved for years in the work of the Italian "Committee for Life, Disarmament and Peace" against hunger in the world, as well as with the nonviolent radicals in Italy (Partito Radicale) who took up this struggle at the beginning of 1979. Enclosed you will find some documents giving you an idea of some of the actions which have been undertaken so far. Others are available on request.

The present campaign which is open to all those who wish to take it up and make it their own or which may generate other initiatives with similar and convergent aims, stems from the need to obtain results in the struggle against death which takes its toll of victims in increasing numbers and has reached such proportions that we can speak of a policy of holocaust.

Many studies have been made on the causes of as well as the solutions to this extermination, and a lot of documents have been produced also on the moral and political obligations to endeavour for such an objective. There exists the Brandt Report, the documents of the Carter Commission, those of the 77 non-aligned countries, of the World Food Council, of FAO, UNICEF, of the World Health Organisation, of the Club of Rome, of the OECD, the resolutions of the UNO (in particular resolution 2626 of 1970 on the 0,7% of GNP in public aid to development); of the UNCTAD, and also the summons of the World Council of Churches, the Catholic Church, the studies of René Dumont, Susan Georges, Servan Schreiber, and thousands more.

However, the death ratio continues to increase, as well as poverty, underdevelopment and malnutrition, and may well annihilate the work carried out by many Non Governmental Organisations and specialised agencies. Military expenditures are soaring up in our part of the world as well as in the Third World. The Eastern bloc still has no other policy of cooperation than military ones. The richest countries in the world have set new priorities and decided to resume the arms race at the expense of public aid to development and the objective of putting an end to hunger on the planet by the end of the decade has been postponed to the year 2000... at the earliest ! One billion people will perish in the meantime, victims of the violence of the world economic established "disorder" and the policies which millions of voters continue to support.

It becomes clear that even NGOs may be soon facing increasing difficulties in their work : because of the degradation of the overall situation as well as because of the cuts in funds which are available to them altogether.

We must not wait idly nor can we accept unconscious or already defeated these gloomy developments. We must reverse present trends, and be able to give strength to the objectives of the North-South report, the Carter report, the requests of the 77, and of other groups or bodies.

It is our experience that with nonviolent initiatives and also parliamentary action, a lot can be accomplished. But we have to set ourselves a new objective, and change our method to approach these questions. It is true that we need development, justice, political changes, a new international economic order, and less interventions in the economy of the poorest populations. But we cannot wait for these things to happen if it means death for millions of people every year and hundreds of millions every decade. Nor can we take these overall needs as a pretext to postpone what needs being done immediately : to ensure the survival of those who are now

condemned to death. Without ensuring survival, we cannot guarantee life, and where there is no life, there is no development nor any justice. Hence the new approach to the problem, the objective set by the Nobel Prize winners and the objective of the hunger strike which will start on August 1st.

We have already informed governments of this action. We have informed a number of parliaments or members of parliaments in various countries. We have informed various international organisations at the highest level. The hardest part of the work still needs being done.

We are working with the Members of the European Parliament Marco Pannella and Emma Bonino, and have been able to do all this work thanks to the help of the structure of a part of the Groupe of Coordination and of Defence of Independent Members of Parliament at the European Parliament. We believe this project deserves full attention.

We are at present promoting coordinated action in various national parliaments as well as in the European Parliament to propose resolutions which would meet the requirements spelled out in the Appeal of the Nobel laureates. Yet we know that no significant result will be obtained shortly if no public pressure is put, through big nonviolent actions, with hunger strikes, fasts, direct actions, and actions aiming at informing as many people as possible.

We could say a lot more, but we also know you could too. It is essential now that we communicate together either to plan common actions, or to coordinate parallel initiatives, or else to be mutually informed about what each of us undertakes in that field. Whatever the choices made by your organisation are and will be, we think it to be of the utmost importance to find a way to unite or to link up the efforts of those who have enough common roots to share a common understanding of the situation and see the absolute need for a policy of life - conscious also that nonviolent action is one of the essential keys of the problem.

We ask you, although this period of time might not be the easiest - we are aware of that - to write us immediately. As you quite well know, for this overall campaign as well as for the hunger strike of unlimited duration starting now on August 1st, your involvement and your initiatives may be literally of vital importance as well as decisive.

We would also like to draw your attention on the fact that the outcome of such a campaign depends very much on the role which will be played by mass-media. Instead of making services on the horror of poverty, famine and underdevelopment which serve only to feed TV watchers and press readers with "exciting" pictures, we need to obtain that the mass-media inform people on the requests we all put forward, on the fact that we are struggling not to "aid" but to change a structure and a situation which produce poverty, death and despair.

We may not know what all the immediate measures which need being taken to reach our first objective are. Yet we know that it could easily be reached if a political will to reach it springs up, just as we are also aware that it is impossible to pretend to eliminate hunger and poverty while pretending to continue spending so much money and so many resources on armaments.

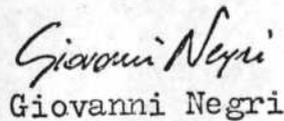
We know we must move forward with maximum strength and determination. It is probably necessary now to "link the life" of some of "us" to "theirs" if we do not want to salve our consciences at cheap rate as we are aware that if we dedicate our lives to save those lives which are in danger, we cannot be satisfied when we have missed the objective. However hard we have tried in the past, we know we must try again, and probably this time with this new objective.

We are very much looking forward to hearing from you very soon.

With our very best greetings,

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Jean Fabre', written in a cursive style.

Jean Fabre

A handwritten signature in dark ink, appearing to be 'Giovanni Negri', written in a cursive style.

Giovanni Negri

P.S.

A number of Members of Parliament from several countries have already signed the appeal and some have presented specific resolutions on that basis (in Belgium, Italy, in the European Parliament, in the United Kingdom, etc.). Several groups have already used the appeal as a basis for new nonviolent initiatives, and one of the concrete outcomes has been the recent unanimous approval of a strong resolution on hunger by the Belgian Senate. This is of course but a beginning. Yet, it is encouraging as it opens up new possibilities in the struggle against hunger.